Einzelpreis 15 Pfennig

Volksstimme

Tageszeitung der Sozialdemokratischen Partei im Regierungsbezirk Magdeburg

Die Volksstimme erscheint an jedem Wochentag abends. — Verantwortlich Albert Pauli, Magdeburg — Verantwortlich für Inserate Wilhelm Lindau, Magdeburg. — Druck und Verlag von W. Pfannkuch & Co., Magdeburg, Gr. Münzstraße 8. — Fernsprech-Anschlüsse 6264 bis 6267. — Postzeitungsliste Seite 210. — Bezugspreis der Zeitung Monatlich 2.00 Mark, Abholer 1.80 Mark, Einzelpreis 15 Pfg., Sonntags 20 Pfg. Anzeigenpreise: Die 19gespaltene 27 mm breite Nonpareillezeile örtlich 25 Pfg., auswärts 30 Pfg., Familienanzeigen und Stellengesuche 15 Pfg., Vereinskalender 50 Pfg., die 3gespaltene 90 mm breite Reklamezeile 1.50 Mark. Rabatt geht verloren, wenn nicht binnen 10 Tagen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Anzeigen unterm Text 33⅓ % Aufschlag. Für Platzvorschrift keine Gewähr. Erfüllungsort Magdeburg. Postscheckkonto 122 Magdeburg.

Nr. 40 — Magdeburg, Donnerstag den 17. Februar 1927 — 38. Jahrgang

Eine Warnung!

Zur selben Zeit, da die kommunistischen Gewerkschaftszerstörer den machtlüsternen Scharfmachern der sächsischen Metallindustrie durch verschärfte Hetze gegen die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer Handlangerdienste leisten, ist der engere Ausschuß der Verleumdeten, ist der Bundesausschuß des Allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbundes in Berlin zusammengetreten und hat sich einmütig und rückhaltlos für den Achtstundentag und

für die kämpfenden Metallarbeiter

in Leipzig ausgesprochen.

Eine bessere Antwort auf die infame kommunistische Verleumdung der Gewerkschaftsführer mitten im Kampfe konnte nicht gegeben werden. Schrieb doch das Magdeburger scheinrevolutionäre Kommunistenblättchen noch in seiner Mittwochnummer im Hinblick auf den Kampf der Leipziger Metallarbeiter:

> Zwei Tatsachen müssen die Arbeiter festhalten: 1. Der Schiedsspruch, der in einer Zeit der größten Arbeitslosigkeit und der besten Profitkonjunktur der Metallindustrie gefällt wird, ist ein Auftakt zur Generaloffensive gegen den Achtstundentag. 2. Der Schiedsspruch wurde vom sozialdemokratischen Schlichter Brand gefällt. Er gehört gegenwärtig der Alten Sozialdemokratischen Partei Sachsens, der A. S. P. D. an, unterhält nach wie vor die besten Beziehungen zu seinen altsozialdemokratischen Parteigenossen, die die führenden Posten in den sächsischen Gewerkschaften innehaben und steht so in Verbindung mit dem Allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbund und mit dem Parteivorstand der S. P. D.

Gegen diese Giftsaat des Hasses halte man die Tatsachen, und wir sind sicher: jeder denkende Arbeiter wird nur noch stillschweigende Verachtung gegen die kommunistischen Hetzapostel empfinden. Wie sehen diese Tatsachen aus?

In der Tagung des Bundesausschusses der freien Gewerkschaften Deutschlands, der am Dienstag in Berlin zusammentrat, über die wir ausführlich im Gewerkschaftsteil berichten, wurde in einem Referat des Vorsitzenden Graßmann und in der folgenden Debatte von den Vertretern aller Verbände eine schneidend scharfe Kritik an der

unverantwortlichen Spruchpraxis einiger Schlichter

sowie der Verbindlichkeitserklärung derartiger Schiedssprüche durch den Reichsarbeitsminister geübt. Vor allem der Schiedsspruch des sächsischen Schlichters zur Reglung der Arbeitszeit der Metallarbeiter des Tarifgebiets Leipzig wurde allgemein als eine unerhörte Provokation empfunden. Der Bundesausschuß nahm einstimmig folgende Entschließung an:

> Der Bundesausschuß des Allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbundes erhebt einmütig Protest gegen die zahlreichen Schiedssprüche, die auch in der letzten Zeit noch den Arbeitern die Leistung von weitgehender Ueberzeitarbeit über den Achtstundentag hinaus auferlegt haben. Es ist eine offene Brüskierung der Gewerkschaften und der gesamten organisierten Arbeiterschaft und eine Verhöhnung der Arbeitslosen, wenn solche Schiedssprüche obendrein noch vom Reichsarbeitsminister verbindlich erklärt werden. Der Bundesausschuß hält es für seine Pflicht, vor den Folgen öffentlich zu warnen, die in absehbarer Zeit dazu führen müssen, das öffentliche Schlichtungswesen vollkommen zu erschüttern.
>
> Das Lebensinteresse der Arbeiterschaft und die immer steigende Notlage der Millionen Arbeitsloser erfordern es, jeder Verlängerung der Arbeitszeit über 8 Stunden täglich mit allen Kräften entgegenzutreten. Der Bundesausschuß erklärt es deshalb erneut als Pflicht der gesamten Arbeiterschaft, der Parole ihrer Verbände zu folgen und die Leistung von Ueberzeitarbeit fortab aus eignem Entschluß unbedingt zu verweigern.
>
> Den streikenden und ausgesperrten Metallarbeitern in Leipzig spricht der Bundesausschuß seine volle Sympathie aus und behält sich bei größerer Ausdehnung des Kampfes weitere Beschlußfassung vor.

Das ist der klare und eindeutige Kampfentschluß des Allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbundes für den Achtstundentag, für die im Kampfe stehende Leipziger Vorhut, für die Erwerbslosen und

gegen reaktionäre Schiedssprüche

und Verbindlichkeitserklärungen durch das Reichsarbeitsministerium. Das ist das Bekenntnis erfahrener und erprobter sozialdemokratischer Gewerkschaftsführer, die nach dem kommunistischen Gegeifer, wie oben nachzulesen, angeblich mit dem Schlichter Brand in Verbindung stehen, um — die Arbeiterschaft zu verraten. Graßmann wurde beauftragt, die Entschließung dem Reichsarbeitsminister persönlich mitzuteilen.

Die Lächerlichkeit kommunistischer Anwürfe hat sich selten klarer erwiesen als hier. Sie sind aber auch verderblich. Sie zersetzen die proletarische Kampffront just in dem Moment, da es gilt, zum Sammeln zu blasen. Das Gros der Arbeiterschaft hat daraus längst die Konsequenzen gezogen. Für den kleinern Teil, für die kommunistischen Nachläufer, wird es endlich die höchste Zeit, daß sie Schädlingen der Arbeiterbewegung den Rücken kehren.

*

Sicherungen der Unternehmer

Die Leipziger Metallindustriellen verschicken an ihre Kunden im Reich ein Rundschreiben, das die Bitte um Unterstützung in dem „ihnen aufgedrängten schweren Arbeitskampf" enthält. Unterstützung insofern, als die Kunden mit der Lieferung von Aufträgen nicht drängen sollen. Der Metallarbeiterverband hätte Teilstreike angezettelt, die mit der Aussperrung von 155 000 sächsischen Metallarbeitern beantwortet werden mußten.

Die sächsischen Unternehmer setzen also — im Gegensatz zu den Kommunisten — alles auf Sieg. Sie treffen neben den eignen Kampfvorbereitungen auch Sicherungen, daß ihre Kundschaft nicht inzwischen zum außersächsischen Konkurrenten läuft. Sie sprechen dabei von Opfern, die sie der Gesamtheit der Unternehmer bringen, was Anerkennung und Unterstützung finden müßte. —

Englisch-russische Spannung

Englisch-russische Spannung

Wb. London, 16. Februar. Der politische Korrespondent der „Daily Mail" berichtet, es verlaute, daß das Kabinett sich in der heutigen Sitzung mit den englisch-russischen Beziehungen im Zusammenhang mit der zunehmenden englandfeindlichen Propaganda befassen werde. Allerdings scheine Chamberlain nach wie vor an seiner „unentschlossenen" Politik festzuhalten. Das Ergebnis der heutigen Sitzung werde von den Konservativen, die für einen Bruch mit Rußland seien, mit großer Spannung erwartet. —

„An die Mauer gestellt"

Wb. London, 16. Februar. Der Generalstaatsanwalt Sir Douglas Hogg sagte gestern abend in einer Rede über China und Rußland: Macdonald habe bewiesen, daß er nur ein Werkzeug der Extremisten sei.

Der Generalpostmeister Thomson kam in einer Rede auf die Erklärungen gewisser sozialistischer Führer zu sprechen, die gesagt hätten, daß sie, wenn es zum Kriege käme, ihr Bestes tun würden, um die Zusammenziehung britischer Truppen zu verhindern. Thomson sagte, wenn sie das täten, dann würden sie an die Mauer gestellt und erschossen werden. Es sei gut, wenn sie das von vornherein wüßten. —

Gegen den Aufenthalt der Russen

Wb. London, 16. Februar. Sir Alfred Mond sagte gestern abend in einer Rede, er könne die Haltung der Regierung in der Frage der bolschewistischen Propaganda nicht begreifen. Wenn die Engländer ein Gefühl für Verantwortlichkeit und Würde hätten, dürften sie nicht länger dulden, daß die Russen die ihnen gewährte Gastfreundschaft mißbrauchen. —

Handelsprovisorium mit Frankreich

Berlin, 16. Februar. (Eigner Drahtbericht.) In Paris wird heute zur Vermeidung eines vertragslosen Zustandes zwischen Deutschland und Frankreich ein Abkommen unterzeichnet, welches das bisherige Handelsprovisorium um 3 Monate verlängert. Frankreich wird jedoch das Recht eingeräumt, am 21. März das Abkommen mit Wirkung zum 1. April zu kündigen.

Dieses Uebereinkommen ist ein Kompromiß zwischen dem deutschen Standpunkt, der eine bedingungslose dreimonatige Verlängerung wünschte, und dem französischen Standpunkt, der sich nur auf 6 Wochen Verlängerung einlassen wollte. In der Zwischenzeit werden die Verhandlungen über die definitive Reglung des deutsch-französischen Handelsvertrags fortgeführt werden. Ergibt sich dabei die Unmöglichkeit, zu einer Verständigung zu gelangen, so muß damit gerechnet werden, daß Frankreich am 21. März von seinem Kündigungsrecht Gebrauch machen wird.

Deutschland hat auf Gegenseitigkeit in diesem Punkte keinen Wert gelegt, um zu beweisen, daß es mit der Verlängerung auf 3 Monate unter allen Umständen einverstanden ist. —

Tu. Paris, 16. Februar. Wie von unterrichteter Seite mitgeteilt wird, werden die Verhandlungen über den endgültigen Abschluß eines Handelsvertrags bereits am 22. Februar auf deutschen Vorschlag hin in Paris wieder aufgenommen werden. —

Der Fall Junkers

Der Haushaltsausschuß des Reichstags hat sich in zweitägiger Debatte mit den finanziellen Beziehungen des Reiches zu der Junkers-Flugzeug-A.-G. beschäftigt. Anlaß dazu gab die Tatsache, daß Ende 1926 ein Vertrag abgeschlossen worden ist, in dem das Reich endgültig auf jeden finanziellen Einfluß bei Junkers verzichtet, also die Aktienmehrheit Professor Junkers zurückgibt und auf die geliehenen Gelder verzichtet. Dieses Ergebnis müssen die Steuerzahler teuer bezahlen. Es hat deshalb an heftiger Kritik an den maßgebenden Regierungsstellen nicht gefehlt. Die bürgerlichen Parteien haben trotzdem keinen Versuch gemacht, einen Beschluß herbeizuführen, der den Vertragsabschluß zwischen Reich und Junkers billigt.

Es hat verschiedene Ursachen, daß es zu diesen finanziellen Beziehungen zwischen dem Reich und Junkers gekommen ist. Zweifellos ist es die Aufgabe des Reiches, den großen technischen und kulturellen Fortschritt, der mit dem Flugwesen verbunden ist, zu fördern, denn auch wirtschaftlich kann Deutschland hierdurch erhebliche Vorteile haben. Da das von Professor Junkers erfundene Metallflugzeug das deutsche Flugwesen maßgeblich beeinflußt und gefördert hat, so ist an und für sich gegen eine Unterstützung seines Unternehmens nichts einzuwenden. Noch für längere Zeit wird man mit der Möglichkeit rechnen müssen, daß der Flugzeugbau und der Flugverkehr sich nicht aus eignen Mitteln erhalten können.

Aber die Beziehungen des Reiches zu Junkers gingen über die vorerwähnten Absichten weit hinaus. Der Größenwahn unsrer Militärs hat den Gedanken nicht ertragen, daß Deutschland das militärische Flugzeugwesen nicht mehr uneingeschränkt betreiben dürfe. Deshalb veranlaßte man im Jahre 1922 Junkers zur Errichtung einer Flugzeugfabrik in Rußland und versprach ihm dafür sehr weitgehende finanzielle Unterstützung. Die Erwartungen der Militärs aber gingen nicht in Erfüllung. Es entstanden Differenzen zwischen ihnen und Junkers, die lange Zeit hindurch unerledigt waren, weil die militärischen Stellen sich jeder direkten Auseinandersetzung mit Junkers widersetzten und ihm die Inanspruchnahme des Rechtswegs durch die Drohung der Verfemung wegen mangelnden Patriotismus unmöglich machten.

In den Erörterungen des Haushaltsausschusses des Reichstags ist diese militärische Seite des Falles Junkers ganz in den Hintergrund getreten. Die Reichsregierung hüllte sich in Schweigen. Der deutschnationale Berichterstatter Dr. Quaatz tat das gleiche. Alle Versuche der sozialdemokratischen Redner, das Schweigen zu brechen, blieben erfolglos, da man sich hinter Zuständigkeitsschranken versteckte. Deshalb wird die Sozialdemokratie bei der Beratung des Etats des Reichswehrministeriums, wo Bedenken solcher Art nicht vorgebracht werden können, die Urheber dieses verfehlten militärischen Abenteuers festzustellen und seine Kosten aufzuhellen suchen.

Denn wenn auch der Schaden, der außenpolitisch angerichtet worden ist, nicht allzu groß sein mag, so bleibt doch die Tatsache bestehen, daß die Errichtung der Flugzeugfabrik in Rußland die Hauptursache für den Verlust von fast 30 Millionen Mark Reichsgeldern ist. Junkers behauptet, und wahrscheinlich mit Recht, daß er in das russische Geschäft viele Millionen hineingesteckt habe, die er seinem deutschen Unternehmen habe entziehen müssen. Nur dadurch sei er in finanzielle Schwierigkeiten gekommen und habe die Hilfe des Reiches in Anspruch nehmen müssen. Wenn er sich auf das russische Experiment nicht eingelassen hätte, so hätte er sein deutsches Unternehmen ohne öffentliche Gelder rentabel betreiben können. Es unterliegt auch keinem Zweifel, daß das Reich sich im Jahre 1925 auf die Sanierungsaktion bei Junkers vor allem deshalb eingelassen hat, weil man eine Erörterung der Ursache der Finanzschwierigkeiten vermeiden wollte.

Infolgedessen ist auch der Reichstag vor der Einleitung der Sanierungsaktion nicht gefragt worden. Unter der Herrschaft des deutschnationalen Finanzministers v. Schlieben wurde die Aktienmehrheit von Junkers erworben und wurden weitere erhebliche Beträge als Sub-

vention gegeben. Erst später ist dem Reichstag Mitteilung darüber gemacht worden. Von den 29,3 Millionen, die in den Jahren 1925 und 1926 an Junkers geflossen sind, verliert das Reich durch den jetzigen Vertragsabschluß 17 bis 18 Millionen. Da außerdem die Reichsregierung in den Jahren 1922 bis 1924 10 Millionen in das Russengeschäft gesteckt hat, die niemals vom Reichstag bewilligt worden sind, so steht ein Gesamtverlust von 27 bis 28 Millionen Mark unzweifelhaft fest.

An dieser Tatsache ist heute nichts mehr zu ändern. Es ist aber wichtig, sich die Verantwortlichen dafür genau vorzustellen. Es sind in erster Linie die Militärs, die den Anlaß zu der ganzen Aktion geliefert haben. Aber auch die Reichsregierung trägt große Schuld. Sie hat die militärischen Absichten gefördert und unterstützt, ohne ihre Sinn- und Aussichtslosigkeit zu erkennen und ohne das Maß von Sorgfalt an den Tag zu legen, das bei der Hergabe öffentlicher Gelder erforderlich ist.

Schließlich darf man aber nicht vergessen, daß sich die Reichsregierung der Unterstützung der bürgerlichen Parteien dabei stets gewiß war. Die bürgerlichen Parteien reden zwar sehr gern von der Sparsamkeit, sie üben sie aber nie, wenn militärische Dinge in Frage kommen oder wenn sie das Geld in die eigne Tasche stecken können.

Zum Schaden des Kleingewerbes

Der Wohnungsausschuß des Landtags beschäftigte sich Montag abend mit den Anträgen, die ihm bei der Beratung des Wohlfahrtsetats zu der bekannten Verordnung über die Herausnahme gewerblich benutzter Räume aus der Zwangswirtschaft überwiesen waren. Darunter befindet sich auch der sozialdemokratische Antrag, der völlige Aufhebung der Verordnung verlangt und für den Fall der Ablehnung das Inkrafttreten derselben auf den 1. April 1928 verschieben will.

Der Wohlfahrtsminister Hirtsiefer verteidigte seine Verordnung damit, daß die Zahl der an ihn gelangten Beschwerden von über 700 wegen ungerechtfertigter Mietsteigerung nicht in Betracht käme gegenüber den Hunderttausenden von Mietverhältnissen gewerblicher Räume über Preußen. Sämtliche Regierungspräsidenten hätten sich auf Umfrage für die Aufrechterhaltung der Verordnung ausgesprochen.

Nach lebhafter Debatte, an der sich die Vertreter sämtlicher Fraktionen beteiligten, wurde der sozialdemokratische Antrag auf Aufhebung der Verordnung von allen bürgerlichen Abgeordneten abgelehnt. Dafür stimmten nur Sozialdemokraten und Kommunisten. Ebenso abgelehnt wurden sämtliche Milderungsanträge. Die Deutschnationalen und die Volksparteiler stimmten dabei sogar ihre eignen, vom Plenum dem Ausschuß überwiesenen Abänderungs- und Milderungsanträge nieder, ein für weitere Kreise heilsamer Beitrag zum Kapitel „Rechtsparteiliche Konsequenz".

Angenommen wurde lediglich der sozialdemokratische Antrag, die Ateliers der bildenden Künstler aus der Verordnung herauszunehmen.

Das Kleingewerbe und die sonstigen Mittelständler, die dem deutschnational-volksparteilichen Interessenklüngel immer noch nachlaufen, werden bald furiert sein. —

Räumung und Bürgerblock

In Beantwortung einer Interpellation über die Aufhebung der Interalliierten Militärkontrolle hielt der belgische Minister des Aeußern, der sozialistische Arbeiterführer Vandervelde, eine Rede, in der er sich auch über die Räumungsmöglichkeiten ausließ und dabei meinte, daß alles abhängen werde von den Sicherheitsgarantien, die Deutschland besonders bezüglich der entmilitarisierten Zone werde geben können, ferner vielleicht auch von einer endgültigen Reglung der Reparationsfrage und endlich „vom Grade des Vertrauens, das die Nachbarn Deutschlands in die Beständigkeit der republikanischen Einrichtungen, in die Verwirklichung eines demokratischen und friedlichen Fortschritts auf der andern Seite des Rheines werden haben können".

In diesem Zusammenhang erklärte Vandervelde, er zweifle nicht daran, daß die Politik Stresemanns sich nicht geändert habe, dann fuhr er jedoch fort:

„Aber Dr. Stresemann wird nicht darüber erstaunt sein, daß selbst diejenigen, die einem Deutschland, das sich entschieden auf Demokratie einstellt, das größte Vertrauen entgegenbringen würden, sich fragen, was man von einem Deutschland denken muß, in dem das Heer als eine unabhängige Macht auftritt und in dem die leitenden Führer fast alle Männer des alten Regimes sind und in dem man den Schutz der Verfassung von Weimar nur verspricht, indem man der Vergangenheit und ihren Symbolen Achtung zollt. Also liegen ernste Gründe vor, um mit Vorsicht vorzugehen und in gemäßigtem Tempo. Daher darf man nicht erstaunt sein, daß heute in Kreisen, die noch gestern optimistisch dachten, sich doch viele fragen, ob man nicht allzu schnell vorgegangen ist und ob Deutschland tatsächlich entwaffnet ist. Nach vielen Gesichtspunkten ist die Abrüstung Deutschlands Wirklichkeit geworden. Aber sieht man denn nicht auch die verborgenen Waffen und die militärischen Uebungen bei den Sportverbänden und den patriotischen Verbänden sowie die Herstellung und Aufstapelung von Kriegsgerät in den benachbarten Ländern wie z. B. Rußland?"

Vandervelde fügte hinzu, daß die verantwortlichen Stellen in Belgien diesen Dingen keine übertriebene Bedeutung beimessen, denn Deutschland würde in den nächsten Jahren, wenn es allein dastehe, unfähig sein, an der Westfront entscheidende Offensiven zu führen. Dennoch blieben Deutschlands Kriegsfähigkeiten in bezug auf Mannschaftsersatz, chemische Industrie, Luftfahrt usw. sehr groß. Daraus zog Vandervelde die Schlußfolgerung, daß erstens die Kontrollmaßnahmen nur sehr relativ wirksam seien, und daß zweitens die Abrüstung allgemein — also nicht einseitig — sein müsse oder es werde überhaupt keine geben. —

Der harmlose Keudell

Die am 11. Februar vom Reichskanzler im Reichstag abgegebene Erklärung zur Verteidigung des Reichsinnenministers von Keudell hat bis weit in die Reihen des Zentrums hinein aus politischen und juristischen Gründen eine peinliche Wirkung hinterlassen. Von diesem Eindruck scheint sich inzwischen Herr Dr. Marx selbst überzeugt zu haben, denn in der „Germania" unternimmt er in Form eines Interviews einen weitern Versuch zur Rechtfertigung seines Innenministers und bestätigt damit, daß die von der Opposition an den Ausführungen vom 11. Februar geübte Kritik berechtigt war. Aber auch durch den neuen, geradezu naiv anmutenden Rechtfertigungsversuch wird diese Kritik keineswegs abgeschwächt, sondern im Gegenteil gerechtfertigt.

Marx bringt es fertig, in seinen jüngsten Ausführungen sozusagen zwischen klugen und dummen Beamten zu unterscheiden. Klug waren damals alle Beamten, die den Kapp-Putsch als widerrechtliches Unternehmen erkannten und sich gegen ihn auflehnten. Der gegenwärtige Reichsinnenminister gehörte zu der andern Kategorie. Er erkannte nicht oder wollte nicht erkennen, putschte, weil seine vorgesetzte Behörde nun einmal rebellierte und unterließ jede Gehirnanstrengung trotz seiner persönlichen Verantwortung als politischer Beamter. Auf Grund dieser politischen Unfähigkeit ist er für Herrn Marx rehabilitiert und reif für die Leitung des Reichsministeriums des Innern. Er erkannte damals nicht, was vorging, wußte von nichts . . . und wurde aus Dummheit zum Putschisten. Da Dummheit vor Strafe schützt, ist von Keudell gerechtfertigt.

Diese Logik muß zu wunderbaren Zuständen führen, wenn sie auch für die Zukunft angewandt werden sollte. Aber da anzunehmen ist, daß sie nur Berücksichtigung findet, soweit es sich um gewordene oder werdende kappistisc Reichsminister handelt, brauchen wir uns darüber im Auge blick den Kopf nicht zu zerbrechen. Ein tüchtiger B amter würde es jedenfalls ablehnen, sich für seine Han lungsweise in einer Art entschuldigen zu lassen, wie es He Marx in bezug auf Herrn von Keudell beliebt. Der gege wärtige Reichsinnenminister dürfte das nach allen Erfa rungen nicht tun. Er hat damals nicht erkannt, wo los war und er wird auch heute nicht erkennen, wie b schämend die neuste Rechtfertigung für ihn ist. Als Landr war er ein politischer Beamter und als solcher mußte die Situation erkennen. Er hat es nicht getan, ode wollte es nicht tun, und daraus ergibt sich entweder sei mangelhafte politische Befähigung oder seine Unzuverlässig keit. Das eine wie das andre macht ihn für das Amt de Reichsinnenministers trotz seiner platonischen Erklärunge unmöglich. In dieser Auffassung vermag uns der neus Rechtfertigungsversuch des Reichskanzlers nur zu bestärke

Die Studenten lenken ein

Vor einiger Zeit hat der preußische Kultusminister sich ge zwungen gesehen, dem antisemitischen Treiben der Studenten, d deutsche Juden als „Nichtdeutsche" von ihren Organisationen aus schlossen, dadurch ein Ende zu machen, daß er die Studenten vo die Frage stellte: entweder alle deutschen Studenten aufzunehme oder auf die staatlichen Privilegien zu verzichten. Bis 1. Mär mußten sich die Studenten entscheiden. Jetzt haben sich die Stu denten — wenn auch mit Widerstreben — gefügt. Amtlich wir mitgeteilt:

Mit den Vertretern der preußischen Studentenschaften ist i Gegenwart des Vorstandes der deutschen Studentenschaft unte Mitwirkung mehrerer Rektoren preußischer Hochschulen und de Vorsitzenden des Verbandes der deutschen Hochschulen im preu ßischen Kultusministerium am 15. Februar über die zurzei schwebenden Fragen des Studentenrechts verhandelt worden. Im Verlauf dieser Verhandlungen gaben die preußischen Studenten schaften als Antwort auf das Schreiben des Ministers vom 24. Dezember 1926 folgende Erklärung ab:

Die preußischen Studentenschaften sind der Meinung, daß sie in ihrer Organisation und Praxis weder vom Geiste noc vom Wortlaut der preußischen Staatsministerialverordnung vom 18. September 1920 abgewichen sind. Die preußischen Studentenschaften sehen sich jedoch infolge der durch den Erlaß des Herrn Ministers geschaffenen Lage zu folgende Stellungnahme genötigt:

In der Koalitionsfrage stellen die preußischen Einzelstudentenschaften fest, daß einer Aenderung des Aufbaues der Studentenschaften an den auslandsdeutschen Hochschulen außerordentlich große Schwierigkeiten entgegenstehen. Die preußischen Studentenschaften verpflichten sich, in Verhandlungen mit den österreichischen Studentenschaften einzutreten. Sie werden dabei versuchen, Wege zu finden, die zur Schaffung behördlich anerkannter Studentenschaften als Gesamtvertretung aller deutschen Studierenden führen können, so daß die Koalition der preußischen Studentenschaften mit ihnen erhalten bleibt.

Sollten diese Versuche zu keinem Ergebnis führen, so müssen die preußischen Studentenschaften aus ihrer großdeutschen Einstellung heraus es ablehnen, von sich aus der Zugehörigkeit der auslandsdeutschen Studentenschaften zur deutschen Studentenschaft Hindernisse in den Weg zu legen. Da keine andre Möglichkeit besteht, werden in diesem Falle die preußischen Studentenschaften zu ihrem Bedauern zur Aufrechterhaltung ihrer staatlich anerkannten Selbstverwaltung die sich für sie ergebenden Folgerungen ziehen müssen.

In der Frage der Zugehörigkeit der Auslandsdeutschen zur Einzelstudentenschaft sind die preußischen Studentenschaften bereit, einer Mitwirkung des Rektors als Berufungsinstanz zuzustimmen.

Die preußischen Studentenschaften bitten den Herrn Minister, ihnen zur Durchführung dieser Maßnahmen bis zum 1. Oktober 1927 Frist zu geben.

In den weitern Verhandlungen wurde auf die in der Antwort der Studentenschaften angedeutete Rechtsfrage nicht eingegangen. Die Frage der Zugehörigkeit der auslandsdeutschen Studenten zu den Einzelstudentenschaften wird vom Ministerium als geklärt angesehen. In Zukunft wird die Aufnahme der auslandsdeutschen Studenten in die Einzelstudentenschaften durch die Studentenschaften in Verbindung mit den Rektoren erfolgen. Die preußischen Studentenschaften haben sich bereit erklärt, mit den auslandsdeutschen, und zwar in erster Linie mit den österreichischen Studentenschaften, darüber zu verhandeln, daß mit Unterstützung der dortigen Hochschulbehörden anerkannte, alle deutschen Studentengruppen umfassende Studentenschaften gebildet werden. Diese Verhandlungen sollen bis zum 1. Oktober 1927 abgeschlossen sein.

Stadttheater

„Die Bohème" von Puccini. Durchaus kein seltener Gast auf unsrer Opernbühne, im Gegenteil: sogar eine Art Zufluchtsstück. Dafür nun eigentlich doch zu schade. Bei den deutschen Reißern reißt man sich ein Bein aus, — die Italiener, die sich ja schließlich auch ein wenig auf Opernschreiben verstehen, behandelt man gern so obenhin, spielt sie nur „fürs Publikum".

Auch die Aufführung am Dienstag ein bißchen stark vernachlässigt, wenigstens im Musikalischen. Die Partitur hatte unsaubere Nähte. Vielleicht wurde der Dirigent Siegfried Binmann durch den etwas unzuverlässigen Gast Rudolf behindert. Dieser, Gustav de Loor aus Düsseldorf, ließ eine geschmeidige, aber enge und gepreßte Stimme hören. Die Mittellage zudem etwas matt. Die Höhe stark genug für den „Lohengrin", aber nicht entsprechend timbriert. Das Spiel brav, jedoch nicht erschütternd.

Die einheimischen Künstler recht munter und lebendig im Spiel. Auch gesanglich gut. Toni Weiler: Marcel, Kurt Glaeßner: Colline, Klemens Adami: Schaunard. Ilse Hebichts Mimi sehr ordentlich, jedoch ein wenig zu gesund. (Wer lenkt uns hier gegen Assoziation? Man wird Lilian Gishs filmische Mimi nicht los.) Emmi Seithe eine keke Musette mit spitzer Stimme, Anprecht Hatz ein komischer Hausherr Bernard. Die Szenenbilder gut (bekannt), Schultheiß' Regie im Chor etwas gelockert — —

Wir müßten wieder Kurzgrill schreiben. Aber unsre Setzer trinken des Nachts vom hohen C, da müßen wir ihre Beschäftigung mit der Gesangskunst schon ein wenig eindämmen. Eck.

Klavierabend

Wenn heute ein Künstler den Mut aufbringt, sozusagen auf eigne Faust, ohne sich hinter eine stabile Organisation zu verstecken, ein Konzert zu veranstalten, so ist diese Tatsache allein schon anerkennenswert. Kurt Dippner, der Magdeburger Pianist, gab also einen Klavierabend.

Die Programmgestaltung, die sich beim ersten Anblick etwas problematisch zeigte, brachte bei näherm Zusehen zwei Meister, zu deren Interpretation sich Dippner besonders berufen fühlte: Bach und Strawinsky. Fällt auch ein Vergleich, bei welchem von beiden Dippners Hauptstärke beruhert ist, nicht allzu leicht, so kann man doch mit einiger Sicherheit sagen, daß der zweite Teil des Abends der eindrucksvollere war. Fantasie und Fuge A-Moll von J. S. Bach leitete den Abend ein. Dippner brachte durch fein ziselierte Kleinarbeit, in tadellos ausgeglichenen Passagen, hervorragende Leistungen. Die Englische Suite Nr. 6 D-Moll, ein Werk voll froher und klangvoller Melodik, — Sarabande! — zeigte Dippners tiefes Einfühlen in Bachsche Kunst, auch wenn man die fast zu strenge Formulierung gerade dieser Suite durch den Pianisten berücksichtigt. Hier fielen manche Feinheiten unter den Tisch, die, mit mehr Liebe angefaßt, stärker zur Wirkung gekommen wären. Dippner, der sich heute schon fast ganz auf die moderne Musik eingestellt hat, assoziiert hier vielleicht etwas unbewußt. Ein Erlebnis dagegen die Fantasie und Fuge Es-Dur für Orgel in der Bearbeitung von Busoni. Die grandiose Linie dieser Fuge steigerte sich durch Dippners großes Können in höchste Höhen. Technik und Empfinden gingen so Hand in Hand, daß das Werk wie aus einem Guß in ausgeglichener Formschönheit vor uns erstand.

Mit Strawinskys Klaviersonate (1924 komponiert) zeigte der Künstler eindeutig seine Stellungnahme zur modernen Musik. Strawinskys manchmal fast brutale Atonalität findet in Dippners Gestaltung stärkste Ausdrucksmöglichkeiten. Man fühlt es deutlich, wie diese Art von Musik dem Pianisten wie aus der Seele gesprochen ist. Wie er dann die Szenen aus Petruschka behandelte, mit welcher Liebe er sich dieser Musik annahm, zeigte uns nicht nur Dippner als bedeutenden Künstler, sondern auch, daß der Weg unsrer „Atonalen" nicht nur ein Suchen, sondern auch eine Vollendung ist. P.

Jonny spielt auf

(Uraufführung von Kreneks neuer Oper in Leipzig.)

Da haben wir nun die Jazz-Oper, die mancher ekstatische Musikschreiber kaum erwarten konnte in dem etwas ungeschützten Glauben, die Opernkrise könne überwunden werden durch die Einführung modischen Tanzes und bargemäßer Instrumentierung. Da haben wir die Oper der Sensationen mit Lautsprecher, Automobil, Bahnhof, Kriminalfilm-Einlage. Mitten drin, etwas mystisch, ein redender Gletscher, der einen mit Selbstmord kokettierenden Komponisten mit Urwerten ins Leben zurückschickt. Und da hatten wir, bei der Leipziger Uraufführung, einen rauschenden Erfolg, der den 26jährigen Text- und Tonverfasser an die Rampe brachte, aber in deutlicher Weise mehr als ihn den Operndirektor Brügmann feierte, weil der mit glänzender einfallsgesegneter Inszenierung zweifellos gesiegt hatte. Zwei und eine halbe Stunde dauerte das Ganze, und anderthalbe davon amüsierte sich das Publikum trefflich in dieser ersten Revue, die den einem Komponisten hohen Ranges illustriert war.

Der Text: Kolportage. Hilfloser Dialog, Groschenlyrik, schablonierte Charaktere. Der Neger Jonny, Jazzbandhäuptling, begeht neben andern Delikten einen erfolgreichen Geigendiebstahl. Das genügt dem Autor, um den Sieg des Menschen aus der neuen Welt über den Europäer zu motivieren. Am Ende spielt Jonny, in dem wohl Ernst Krenek die schwarze, frische Hälfte seiner Seele sieht, der Erdkugel zum Tanz auf. Mit der Diebskomödie ist der konventionelle Liebeskonflikt eines Künstlerpaares äußerlich verknüpft. Die gewählten Personen sind zufällig, modisch doch nicht neu. Ein Harry Piel-Film steht textlich und zeitsymbolisch auf dem nämlichen Niveau. Modern sind nur die Requisiten. Den Briefboten ersetzt der Lautsprecher, ein Filmstreifen erfüllt etwa die Aufgaben der Romerzählung Tannhäusers. Der in der konzessionslosen visionären „Zwingburg" vieles verhieß; Krenek sollte sich einen bessern Dichter suchen als sich selber, einen, der des Musikers würdig wäre.

Ich vermag freilich in seiner Musik auch keinen wesentlichen Schritt in neues Land, keine originelle Persönlichkeit zu erkennen. Zwingend ist in dieser Oper nicht viel, den meisten Vorgängen ließe sich leichtlich andre Musik unterlegen. Beinahe alles könnte — wenn er es wollte — von Strauß sein. Die Stilverwandtschaft mit dessen „Intermezzo" fällt auf bis in Kleinigkeiten der Anlage und Diktion. Doch wären Strauß' Zwischenspiele wohl ergiebiger ausgefallen als die Krenecks in ihrer starren Erfindungsarmut. Erfrischend alle operettenhaften Szenen, die Blues und Onesteps, stark und fesselnd die polyphonen Führungen, aber leer und kalt der beabsichtigte tragödische Teil. Nicht ein einziges Mal erreicht die Oper die Erschütterung des Herzens. Blendende technische Könnerschaft, temperamentvolles musikalisches Wollen erheben den Autor über viele, doch nicht sein Werk über ein raffiniert und naiv gemischtes, derzeit noch vereinzeltes Amüsement.

Heinrich Wiegand.

Von den städtischen Bühnen. An Stelle von Herrn Gaebler ist als Bariton für die nächste Spielzeit Herr Dietz verpflichtet worden. — Auf Grund der großen Erfolge, die die neue Komödie von Kurt Götz „Hokuspokus" in Hannover und Berlin erzielte, hat sich die Intendanz entschlossen, am zweiten Abend des Gastspiels an Stelle „Die tote Tante und andre Begebenheiten" ebenfalls „Hokuspokus" zu geben. —

Für die „Junge Bühne" gelangt am Donnerstag den 24. Februar, abends 8 Uhr, im Wilhelm-Theater „Der Schrei aus der Straße" von Rolf Lauckner zur Erstaufführung für Magdeburg. Das Werk ist bei Karl Reißner in Dresden erschienen

Die mit den österreichischen Studentenschaften zu führenden Verhandlungen sollen durch Besprechungen preußischer Rektoren und des Vorsitzenden des Hochschulverbandes mit den österreichischen Hochschulbehörden unterstützt werden. Falls die Verhandlungen scheitern, wird die bisherige Form der Koalition der preußischen Studentenschaften gemäß ihrer Erklärung ein Ende finden.

Regierungskrise um Külz?

Aus Sachsen kommt jetzt die Meldung, daß die Wirtschaftspartei nun doch noch gegen die Ernennung des bisherigen Reichsinnenministers Külz zum sächsischen Minister des Innern Sturm läuft.

Unter anderm heißt es, daß sie die ganze Regierung durch einen Mißtrauensantrag zum Rücktritt zwingen wolle, falls Külz ernannt werden sollte.

Die Demokraten erklären, daß sie es im Ernstfall nicht so weit kommen lassen, sondern sich sofort aus der Regierungskoalition zurückziehen würden. Eine Entscheidung darüber wird von den zuständigen Kreisen am Mittwoch erwartet. —

Landtag

Der Preußische Landtag trat am Dienstag nach 14tägiger Pause, die für die Haushaltsberatungen im Haushaltsausschuß eingeschaltet war, wieder zusammen. Er verhandelte zunächst einen kommunistischen Antrag auf restlose Wiederherstellung der Siebenstundenschicht für die Untertagearbeit im Bergbau, eine Frage, die im Landtag gerade in letzter Zeit schon sehr häufig erörtert worden ist, auf deren Erledigung er aber einen sehr geringen Einfluß hat.

Abg. Otter (Soz.) erinnerte die Kommunisten daran, daß der Bergarbeiterverband das Ueberzeitabkommen bereits gekündigt hat, und sie lieber in der Gewerkschaft mitarbeiten als reine Demonstrationsanträge stellen sollten.

Auch der Zentrumsbergarbeiter Steger hatte nicht unrecht, wenn er darauf verwies, daß der schwere Mißerfolg des englischen Bergarbeiterstreiks unter der Führung des Halbkommunisten Cook den deutschen Bergarbeitern die Auseinandersetzung mit ihren Arbeitgebern nicht gerade erleichtern wird.

Der Antrag ging schließlich an den Ausschuß für Handel und Gewerbe.

Nachdem einige Reste nach der Beratung des Wohlfahrtsetats erledigt waren, wandte sich das Haus dem Domänenetat zu, dessen Beratung Abg. Klaußner-Storkow (Soz.), selbst ein praktischer Landwirt, mit sachkundigen Bemerkungen einleitete. Insbesondere wies er eindringlich darauf hin, daß aus der guten alten Zeit noch ungeheuer viel soziale Rückstände in den staatlichen Domänenbetrieben auszumerzen seien und ihre Reformarbeit, z. B. der Bau von Landarbeiterwohnungen, viel zu langsam vorwärts schreite.

Die Fortsetzung dieser Beratung wurde auf Mittwoch vertagt. —

Arbeitsplan des Landtags

Wb. Berlin, 16. Februar. Der Aeltestenrat des Preußischen Landtags legte am Mittwoch den Geschäftsplan für die nächsten Wochen fest. In der Zeit bis zum 26. Februar sollen nach Abschluß des Etats der Domänenverwaltung noch der Landwirtschaftshaushalt und der Haushalt der Forst- und der Gestütsverwaltung erledigt werden. Außerdem sollen u. a. noch erledigt werden die Anträge zum Westprogramm, eventuell auch die Anträge des Ostausschusses für Kredithilfe des Reiches.

Die Abändrungsanträge zur Lockerung der Zwangswirtschaft für gewerbliche Räume sollen am morgigen Donnerstag erledigt werden.

Für das kommunistische Mißtrauensvotum gegen den Kultusminister Becker ist der Freitag dieser Woche in Aussicht genommen. Die Abstimmung soll erst am darauf folgenden Mittwoch stattfinden. An dem gleichen Tage steht auch die Groß-Hamburg-Frage zur Beratung.

Es soll dann eine Pause eintreten vom 26. Februar bis zum 14. März, in der der Etat weiter gefördert werden soll. Daran schließt sich der letzte Beratungsabschnitt vor Ostern bis zum 2. April. In diesem Abschnitt will man zunächst den Kultushaushalt in zweiter Beratung erledigen. —

Ein vernünftiges Urteil

Aus Breslau wird berichtet:

Ein recht anfechtbares politisches Strafverfahren hatte die Staatsanwaltschaft in Schweidnitz gegen den Redakteur des sozialdemokratischen „Proletariers aus dem Eulengebirge" angestrengt, der in einem Artikel den Schulrektor Günther wegen monarchistischer Propaganda in der Schule scharf angegriffen hatte.

In der Verhandlung vor dem Großen Schöffengericht in Schweidnitz machte Rektor Günther geltend, daß für eine Kritik seines Geschichtsunterrichts nur seine vorgesetzte Behörde maßgebend sei, die ihm voll zur Seite stehe, nie aber ein Redakteur.

Das Gericht sprach den Angeklagten in vollem Umfang frei, stellte fest, daß der Geschichtsunterricht tatsächlich streng monarchistisch gewesen sei und daß der Redakteur in Wahrnehmung berechtigter Interessen gehandelt habe, wenn er als Republikaner die Interessen der Republik zu schützen versuche. Ein Recht der Kritik könne ihm unter keinen Umständen abgesprochen werden, und eine Beleidigung sei in seinem Artikel nicht zu erblicken.

Wir freuen uns, Gelegenheit zu haben, auch einmal ein einleuchtendes Urteil eines deutschen Gerichts in einem politischen Prozeß mitteilen zu können. —

Notizen

Demokratischer Parteitag. Auf Grund einer Einladung der hamburgischen Demokraten hat der Parteivorstand der Deutschen Demokratischen Partei in seiner letzten Sitzung beschlossen, den Parteitag für 1927 vom 21. bis 24. April in Hamburg abzuhalten.

Tagung der republikanischen Studenten. Vom 26. bis 29. Mai wird in Heidelberg eine vom Kartell Republikanischer Studenten Deutschlands und Oesterreichs einberufene Studententagung stattfinden, zu der alle reichs- und auslandsdeutschen republikanischen Studentenorganisationen ihre Vertreter entsenden werden. Gleichzeitig finden die Reichskonferenzen der dem Kartell angeschlossenen studentischen Verbände der Deutschen Zentrumspartei, der D. D. P., der S. P. D. sowie der freien republikanischen Bünde statt. Namhafte Politiker und Wissenschafter haben bereits ihre Mitwirkung zugesagt. —

Fascistischer Terror in Litauen. Die neue mit Mussolini sympathisierende litauische Regierung hat in den letzten Tagen dreißig sozialdemokratische Führer verhaftet und in einem Konzentrationslager unterbringen lassen. Auch die Gewerkschaften sind in ihrer Aktionsfreiheit stark behindert. Die Regierung verfolgt mit ihren Maßnahmen den Zweck, die aus der Arbeiterbewegung heraus gegen sie gerichtete Opposition wirkungslos zu machen. Die sozialdemokratische Fraktion des Sejm hat inzwischen eine energische Protestaktion eingeleitet, ohne daß jedoch bisher ein Erfolg zu verzeichnen wäre. —

Coolidges Wahlparole

Aus Paris wird uns geschrieben: Der französische Ministerrat hat am Dienstag einstimmig die von Briand vorgetragene Antwort der französischen Regierung auf den Vorschlag des Präsidenten Coolidge zur Einberufung einer neuen Abrüstungskonferenz gebilligt. Die Antwort ist im Laufe des Nachmittags bereits dem amerikanischen Botschafter in Paris zugestellt worden.

Die Presse gibt ihrer Genugtuung darüber Ausdruck, daß Frankreich in dieser Antwort es durchaus ablehnt, an der Abrüstungskonferenz, wie Coolidge sie plant, teilzunehmen und gibt dem Wunsche Ausdruck, daß Italien und England sich in dem gleichen klaren, ablehnenden Sinne äußern werden. Der „Temps" zieht aus der angeblichen Absicht des Präsidenten Coolidge, im Falle eines Scheiterns der Abrüstungskonferenz einen Dreipakt zwischen Amerika, England und Japan vorzuschlagen, den Schluß, daß Amerika überhaupt nicht die allgemeine Abrüstung und den Weltfrieden, also ideale Ziele im Auge habe, sondern es sich nur darum handle, in einem, seinen Interessen entsprechenden Sinn ein Problem zu lösen, das gleichzeitig alle andern Nationen interessiert.

Coolidges Vorschlag einer neuen Seeabrüstungskonferenz ist um so überraschender gekommen, als in den vergangenen Wochen die Vereinigten Staaten nicht gerade das Musterbeispiel einer pazifistischen Außenpolitik geboten haben. Aber es besteht wohl ein innerer Zusammenhang zwischen dem imperialistischen Säbelrasseln Amerikas gegenüber Mexiko bzw. Nikaragua und der neuen Abrüstungsinitiative des Weißen Hauses. Die brutale Einmischungspolitik Kelloggs in die mittelamerikanischen Angelegenheiten hat dem Ansehen Amerikas in der ganzen Welt und besonders in Latein-Amerika sehr geschadet. Sie hat sogar heftigsten Widerspruch bei allen Parteien der Vereinigten Staaten erzeugt. Mit Recht machen die Gegner dieser Gewaltpolitik den Präsidenten Coolidge moralisch dafür verantwortlich.

Die Präsidentschaftswahl vom Herbste 1928 wirft ihre Schatten voraus. Coolidge, dessen Popularität auch aus andern Gründen und selbst in den Kreisen seiner eignen Partei, wie verschiedene Wahlresultate in den letzten Monaten gezeigt haben, stark erschüttert ist, braucht eine populäre Wahlparole, durch die er den äußerst ungünstigen Eindruck der jüngsten Ereignisse wieder verwischen könnte. Der Abrüstungsgedanke muß dafür herhalten. Das ist die einfache, nicht sehr erbauliche psychologische Erklärung für den überraschenden Vorstoß des amerikanischen Präsidenten.

Es scheint jedoch, daß sich Coolidge gründlich verrechnet hat. Von den Mächten, denen er seinen Vorschlag offiziell unterbreitet, hat bisher keine einzige zu erkennen gegeben, daß sie vorbehaltlos darauf einzugehen bereit ist. Nicht einmal England und Japan, die am ehesten daran interessiert wären, daß das Abrüstungsprogramm der ersten Washingtoner Konferenz von 1921 jetzt erweitert und auf die kleinern Bauten, insbesondere auf die U-Boote ausgedehnt werde, zeigen eine besondere Begeisterung. Das hängt wohl mit der Zuspitzung der Lage in China zusammen, die eine für maritime Abrüstungspläne im Augenblick wenig günstige Atmosphäre geschaffen hat. Von Italien ist, solange Mussolini am Ruder ist, eine ehrliche Zustimmung zu einem solchen Programm überhaupt nicht zu erwarten. Aber die Haupthindernisse gegen die Verwirklichung des Vorschlags von Coolidge liegen bei Frankreich.

Frankreich wird, im Gegensatz zu England, am meisten von der Anregung berührt, den Bau von kleinern Einheiten, insbesondere von U-Booten, einzuschränken. Es hat sich bei allen Genfer Vorbesprechungen auf den Standpunkt gestellt, daß nur eine gleichzeitige Abrüstung zu Lande, zur See und in der Luft vorgenommen werden dürfte, und zwar nach Maßgabe der verschiedensten Faktoren: Bevölkerungszahl, wirtschaftliche Mobilisierungsfähigkeit, strategische Lage und so weiter. Dieser Standpunkt, so anfechtbar er auch sein mag, ist schließlich theoretisch als maßgebend für die Arbeiten der kommenden internationalen Abrüstungskonferenz in Genf anerkannt worden.

Nun schlägt Coolidge plötzlich vor, neben der vorgesehenen allgemeinen Konferenz eine auf die wenigen See- und Kolonialmächte beschränkte maritime Abrüstungskonferenz abzuhalten. Diese soll zwar — ein für amerikanische Begriffe sehr weitgehendes Zugeständnis — ebenfalls in Genf, also am Sitze des Völkerbundes, stattfinden, aber der französische Einwand gegen solche „doppelte Arbeit" ist nicht leicht von der Hand zu weisen. Frankreichs Antwort an Coolidge wird sich in der Hauptsache auf dieses Argument stützen.

Leicht ist die Stellung Frankreichs, besonders gegenüber der öffentlichen Meinung Amerikas, schon deshalb nicht, weil das französisch-amerikanische Schuldenproblem noch schwebt: eine französische Ablehnung wird ein Trumpf mehr in der Hand des Weißen Hauses sein, wenn es gilt, sich in der Schuldenfrage unnachgiebig zu zeigen. Der „Mann auf der Straße" in Amerika wird instinktiv auf diese Ablehnung mit den Worten reagieren: „Ihre Schulden zahlen wollen die Franzosen nicht, weil sie behaupten, kein Geld zu haben. Aber wenn man ihnen vorschlägt, durch Rüstungseinschränkungen Geld zu sparen, dann wollen sie's auch nicht!"

Auch Italien wird durch eine Ablehnung in eine unangenehme Lage geraten. Sein Schuldenproblem mit Amerika ist zwar in relativ günstiger Weise gelöst, aber um so größer ist sein Bedürfnis nach amerikanischen Krediten. Nun ist die Stimmung in den Neuyorker Bankkreisen gegenüber dem fascistischen Italien neuerdings sehr kühl. Der begeisterte Empfang den der unerbittliche Gegner des Fascismus, Professor Salvemini, in Neuyork gerade in führenden Finanzkreisen gefunden hat, ist dafür symptomatisch. Soll nun Italien, das sich in einer sehr akuten Finanz- und Wirtschaftskrise befindet, die Aussichten einer amerikanischen Hilfe dadurch noch verschlechtern, daß es, ebenso wie Frankreich, den Vorschlag Coolidges offen durchkreuzt?

Trotzdem ist es schon jetzt so gut wie sicher, daß der Plan des amerikanischen Präsidenten scheitern wird. Damit wird auch sein eigentlicher, innerpolitischer Zweck einer Verbesserung der Kandidaturhoffnungen Coolidges fehlgehen. —

Frankreichs Ablehnung

r Paris, 16. Februar. In ihrer Antwortnote dankt die französische Regierung zunächst für die Initiative des Präsidenten Coolidge, bedauert aber, ihr keine Folge leisten zu können. Die Note unterstreicht dann, daß es außerordentlich unzweckmäßig wäre, die Frage der Entwaffnung zur See von der Frage der allgemeinen Entwaffnung zu trennen. Außerdem halte es die französische Regierung weder für nützlich, noch für klug, die Frage der Abrüstung zur See nur im engen Rahmen von fünf Nationen zu diskutieren, da doch alle Länder an ihrer Lösung interessiert seien. Frankreich lehnt deshalb die Teilnahme an der vom Präsidenten Coolidge vorgeschlagenen Konferenz ab und fordert die Vereinigten Staaten auf, die Vorschläge, die sie der von ihnen beabsichtigten Konferenz vorzulegen gedachten, dem Völkerbund vorzulegen, speziell der vorbereitenden Entwaffnungskonferenz, die in Genf im März zusammentreten soll. —

Kellogg zur französischen Antwortnote

Wb. Washington, 16. Februar. (Reuter.) Staatssekretär Kellogg machte zu der französischen Antwort auf die amerikanische Denkschrift über Abrüstung zur See folgende Bemerkungen: „Das Dokument zeigt in verschiedenen Punkten eine mißverständliche Auffassung der eigentlichen Absichten der von der amerikanischen Regierung ausgegangenen Vorschläge. Nach meiner Meinung würde es einen ernsten Schlag gegen die ganze Sache der Abrüstung bedeuten, wenn alle Bemühungen, das Problem des Abrüstungswettbewerbs zur See ernstlich in Angriff zu nehmen, auf unbestimmte Zeit vertagt würden.

Richtig sei, daß Artikel 8 der Völkerbundssatzung das Problem der Abrüstung dem Völkerbund anvertraue, aber nur auf der Washingtoner Konferenz sei etwas zustande gebracht worden.

Depeschen

Ueber 90 Prozent gegen den Schiedsspruch

Leipzig, 16. Februar. (Eigner Drahtbericht.) In der am Dienstag vorgenommenen Urabstimmung über den Schiedsspruch für die Metallindustrie kam die Erbitterung der Metallarbeiter voll zum Ausdruck. Schon 7 Uhr abends zeigte das Ergebnis aus etwa 100 Betrieben mit 12 000 Arbeitern, daß sich 88 Prozent gegen Annahme des Schiedsspruchs ausgesprochen hatten. Und mit jedem weitern Abstimmungsergebnis stieg dieser Prozentsatz bis auf über 90 Prozent, die am Mittwoch mittag festgestellt werden konnten. Das Gesamtergebnis liegt noch nicht vor, jedoch zeigt jedes weitere einlaufende Resultat die fast restlose Ablehnung des Schiedsspruchs. —

Textilarbeiteraussperrung

Wb. Breslau, 16. Februar. Der Verband schlesischer Textilindustrieller hat die Aussperrung auch für seine sämtlichen bisher nicht betroffenen Bezirksgruppen beschlossen, nachdem die am 10. Februar auf Veranlassung des Reichsarbeitsministeriums in Berlin geführten Verhandlungen zu einer Einigung der Parteien nicht geführt haben. —

Reichswehretat

TU. Berlin, 16. Februar. Der Haushaltsausschuß des Reichstags begann heute die Beratung des Haushalts des Reichswehrministeriums.

Der Berichterstatter, Abg. Stücklen (Soz.) wies darauf hin, daß sich die Positionen wieder erhöht hätten und unbedingt Abstriche vorgenommen werden müßten. Ein Heer, dessen Zahl festgelegt sei, müsse in seinen Ausgaben allmählich einen Beharrungszustand erreichen.

Der Mitberichterstatter Erfing (Zentrum) sprach sich gleichfalls für eine genaue Prüfung des Etats aus. —

Barmatprozeß

Berlin, 16. Februar. (Eigner Drahtbericht.) Im Barmatprozeß nähert sich jetzt der erste Teil der Anklage, der die Kredite der Staatsbank zum Gegenstand hat, seinem Abschluß.

Es ist beabsichtigt, die im Strafprozeß ungewöhnliche Form der Zwischenplädoyers anzuwenden, wobei Staatsanwaltschaft und Verteidigung zusammenfassend nach jedem einzelnen Abschnitt referieren sollen.

Sobald das nach dem jetzt beendeten ersten Abschnitt der Fall gewesen ist, soll in der nächsten Woche der zweite Abschnitt zur Sprache kommen, der den Fall Lange-Hegermann betrifft und politisch sehr interessant zu werden verspricht. Es sind als Zeugen geladen u. a. Reichskanzler Dr. Marx, Reichspostminister Dr. Schätzle und verschiedene hohe geistliche Würdenträger. Auch dieser Abschnitt des Prozesses dürfte mehr als einen Monat in Anspruch nehmen, so daß vorläufig noch gar nicht abzusehen ist, wann der Prozeß zu Ende gebracht werden kann.

Aufwertung bei Feuerversicherung

Berlin, 16. Februar. (Eigner Drahtbericht.) Das preußische Staatsministerium hat im Landtag einen Gesetzentwurf über die Aufwertung der Versicherungsansprüche gegen öffentliche Feuerversicherungsanstalten eingereicht.

Der Entwurf dient zur Ergänzung der Verordnung, die die Reichsregierung am 22. Mai 1926 erlassen hat und durch die lediglich die Ansprüche gegen privatrechtliche Versicherungsgesellschaften geregelt wurden. Der neue Gesetzentwurf betont die Notwendigkeit einer einheitlichen landesgesetzlichen Reglung, soweit Ansprüche aus Gebäudeversicherungen gegen eine öffentliche Feuerversicherungsanstalt vorliegen. —

Kampf um die Wiener Steuerpolitik

Wb. Wien, 16. Februar. Eine vom Abg. Kunschak zur Unterstützung des Kampfes der Christlich-sozialen Partei gegen die Steuern der städtischen Finanzreferenten Breitner für Donnerstag in das Rathaus einberufene Versammlung christlich-sozialer Arbeiter und Angestellter hat den sozialdemokratischen Parteivorstand veranlaßt, durch die „Arbeiter-Zeitung" heute zum zweitenmal durch die gesamte sozialdemokratische Arbeiterschaft Wiens zur Teilnahme an dieser Versammlung aufzufordern.

Von christlich-sozialer Seite wird darauf erklärt, daß die Versammlung trotzdem unter allen Umständen abgehalten werden soll. Die Parteiangehörigen werden aufgefordert, sich Mann für Mann einzufinden. In weitern Kreisen herrscht große Besorgnis, daß sich bei diesem Massenaufgebot der Arbeiterschaft beider Parteien zu ein und derselben Versammlung ernste Vorfälle ereignen könnten. —

Schweizerisches Durchreiseverbot für Cachin

Wb. Paris, 16. Februar. Die kommunistische „Humanité" berichtet, daß der Kommunist Cachin, als er durch die Schweiz fuhr, um sich nach Rumänien zu begeben, gestern in Basel festgenommen, mehrere Stunden in Haft behalten und nach der französischen Grenze zurückbefördert wurde. Daraufhin habe Cachin die Reise nach Bukarest über Deutschland angetreten.

Unsere neuen

Frühjahrs-Kleider

sind sehr preiswert!

Jugendliches Wollkleid 13.50
aus reinwollenen Stoffen mit farbigem Kragen variiert

Einfach und fesch 21.50
Kleid aus Wollrips mit farbiger Garnitur u. Faltenrock mit Blende

Kasha 32.50
Die grosse Mode
Rock aus farbigem Rips

Flottes Rips-Kleid 29.50
mit aparter Goldstickerei u. moderner Rock-Garnierung

Apartes Wollrips-Kleid 24.50
Rock mit Plissefalten

Ein Blick in unsere Schaufenster überzeugt!

Lange & Münzer

Breiteweg 51-52

Haben Sie schon die neuen guten

VOX-Brunswick-Columbia-

u. auch elektrisch aufgenommenen

Schallplatten

auf den von uns vertretenen

VOX-Apparaten

gehört? 159

Eine Spitzenleistung allerersten Ranges!

Vorführung unverbindlich!
Reichhaltigstes Lager!

Heinrichshofen

Breiter Weg 171/172
Schönebeckstraße 12/13

Bei unserm neuen Zahlungssystem ist jeder Interessent Käufer.

Arbeitsmarkt

Damen und Herren

zum Besuch der Privatkundschaft für Magdeburg u. Umgeg. in Wäsche, Strickwaren, Stickereien u. Strümpfen gegen Mt. 5 – tägl. Firum und Provision sof. ges. Vorzustell. b. **Sylla, Magdeburg, Tränsberg 33. II.**

Infolge der Wahl des bisherigen Inhabers zum Ersten Bürgermeister der Stadt Biterfeld ist die Stelle eines

besoldeten Stadtrats

der Stadt Schönebeck zum Mai d. J. zu besetzen.

Die Anstellung erfolgt auf 12 Jahre. Das pensionsfähige Gehalt wird vorbehaltlich der Genehmigung des Bezirksausschusses nach Gruppe 11 der staatlichen Besoldungsordnung gewährt. Die Anrechnung auswärtiger Dienstjahre auf das Besoldungsdienstalter bleibt besonderer Vereinbarung vorbehalten. Zahlung des Ruhegehalts und der Hinterbliebenenbezüge richten sich nach den gesetzlichen Bestimmungen. Der Anzustellende muß die Befähigung zum Richteramt oder zum höheren Verwaltungsdienst besitzen und gründliche Erfahrung auf dem Gebiete des kommunalen Steuer- und Kassenwesens haben. Etwaige Nebenämter darf er nur mit Genehmigung der städtischen Körperschaften annehmen.

Bewerbungen sind unter Beifügung eines Lebenslaufes, von Zeugnissen und eines kreisärztlichen Gesundheitsattestes bis zum 10. März bei dem Stadtverordneten-Vorsteher Herrn Stadtrat Jährling, Schönebeck a. d. E., Friedrichstraße 4, einzureichen.

Schönebeck, den 15. Februar 1927.

Der Magistrat. Dr. Grevenes.

Für Fernsprech-, Signal- und sonst. Schwachstrom-Anlagen

Werbe-Vertreter

gesucht. Angebote unter W V 476 an die Exped. d. Bl.

Dauernde Heimarbeit

Herstellung von Retuscharbeiten

für Lichtdruckerei, u. a. auch Beschriftung von Negativen? Meldungen mit Preis und Lieferzeit unter I H 8967 an **Rudolf Mosse, Berlin SW. 19.**

Korbmöbel

In Arbeit 540
Größte Auswahl!
Billigste Preise!

Beyers Kinderwagenhaus

15 Alter Markt 15

Unentbehrlich für jeden Sozialisten

Taschenbuch der Arbeit 1927

Unter anderm enthaltend
Posttarif, Kalender, Parteiliches, Adressen, A.D.G.B., Verschiedene Organisationen u. a. – Leinenband

Nur 75 Pfennig.

Buchhandlung Volksstimme

Magdeburg, Große Münzstraße 3.

Standesamtliche Nachrichten.

Magdeburg-Altstadt.

Todesfälle. 15. Februar. Herbert, S. des Ausstellsweichenstellers Hermann Bösche, 8 M. Schneider Heinrich Mühlenberg, 71 J. Else geb. Röwert, Ehefrau des Polizeiwachtmeisters Erich Hintz, 29 J. Luise geb. Bernhardt, Ehefrau des Arbeiters Otto Schütze, 50 J. Engelina geb. Willensen, Ehefrau des Schlossers Reinhold Lenz, 42 J. Verw. Gerbereibesitzer Philomena Bumann geb. Striebel, 82 J. Ruth, T. des Arbeiters Heinrich Trenne, 4 M. Verwitwete Lehrer Elisabeth Walther geb. Westermann aus Stendal, 64 J. Kaufmann Ernst Schulz, 67 J.

Magdeburg-Sudenburg.

Todesfälle. 4. Februar. Arbeiterin Elise Lowalski in Dodendorf, 23 J. Landwirt Hermann Peters, 17 J. Arbeiter Adolf Rusche, 49 J. Witwe Henriette Gundermann geb. Schünemann, 65 J. Vorarbeiter Friedrich Mühlenberg, 54 J. Landwirt Johannes Fricke in Eilsleben, 61 J. Kaufmann Kurt Randhahn in Staßfurt, 19 J. Lagerhalter Wilhelm Höft, 76 J. Invalide August Degen, 74 J. und dessen Ehefrau Elisabeth Degen geb. Amhoff, 88 J.

Magdeburg-Buckau.

Todesfälle. 1. Februar. Berta geb. Krause, Ehefrau des Sozialrentners Otto Müller, 62 J. Emma geb. Lift, Wwe. des Gastwirts Andreas Gencke, 79 J.

Magdeburg-Südost.

Todesfall. 15. Februar. Arbeiter Karl Besecke, 54 J.

Magdeburg-Rothensee.

Todesfall. 14. Februar. Invalide Karl Strube, 85 J.

Magdeburg-Neustadt.

Todesfall. 16. Februar. Kaufmann Albert Schwardt, 50 J.

Danksagung.

Nur auf diesem Wege danken wir allen lieben Verwandten, Freunden und Bekannten für die innige Anteilnahme und reichen Kranzspenden für unsern lieben Entschlafenen sowie dem Gastwirtsverein Magdeburg, dem Billardklub Gute Vierzig und dem Internationalen Bund. Dank auch den Bewohnern des Hauses Braunschweiger Straße 61. Besondern Dank Herrn Dr. Köstlin für seine trostreichen Worte in der Kapelle und am Grabe.

Katharina Bethge
geb. Striebel
nebst Kindern.

Danksagung.

Für die herzliche Teilnahme und die überaus reichen Kranzspenden bei der Einäscherung meiner lieben Frau sage ich hiermit allen Verwandten, Freunden und Bekannten sowie den Mitbewohnern des Hauses Weinbergstraße 48 meinen herzlichsten Dank. Besonderen Dank Herrn Pastor Augustin für seine trostreichen Worte am Sarge unsrer lieben Entschlafenen.

M.-Neustadt, den 16. Februar 1927.

Hermann Frey und Kinder.

Reichsbanner-Liederbuch, mit Noten, empfiehlt die Buchhandlung Volksstimme

Magdeburger Fischhallen

der Deutschen Seefischhandels-Aktiengesellschaft

Eigene Fischräucherei und Fischkonservenfabrik.
Eig. Einkaufsgesellschaften an den Fischmärkten Cuxhaven, Wesermünde, Hamburg.

Täglich Zufuhr frischer Seefische und Räucherwaren

In dieser Woche besonders preiswert und frisch:

fl. mildgesalzene grüne Heringe ..... Pfund 25 ₰	fl. Kabeljaufilets ..... Pfund 30 ₰
fl. grüne Seelachs im Ausschnitt .... Pfund 25 ₰	fl. grüne Kochrochen lagerfrisch ..... Pfund 40 ₰
fl. grüne Schellfische im Ausschnitt ... Pfund 30 ₰	fl. frische große Bratschellfische (Wiesfische) .. Pfund 60 ₰
fl. grüne Kabeljaufilets im Ausschnitt .. Pfund 45 ₰	fl. frische Kabeljaufilets im Ausschnitt .. Pfund 2.50
fl. kleine Flundern .... Pfund 120 ₰	fl. Fischbrat ohne Gräten ..... Pfund 70 ₰

Lebende Aale, lebende Karpfen, lebende Schleie, lebende Hechte.

Verkaufshallen:
Alte Markt 15, Breiter Weg 31/33, Schönebeckstraße 23, Schönebeck a. d. Elbe, am Hafen

Für Feinschmecker
Die Delikateß-Hausschlachterei
von
Willi Stegmann,
Straßburger Str. 1
Ecke Hermannstraße
Telephon 3[illegible]

Haus- und Küchengeräte
Luxuswaren
Waschgarnituren
Glas, Porzellan
Steingut, Stahlwaren
Holz-Waschtische
billiger und besser als eiserne
Verlosungsgegenstände mit Rabatt für Vereine

Sommerspielwaren :: Gummibälle

Gross- und Kleinhandel. Gegründet 1893.

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold
Abteilung Altstadt

Sonnabend den 12. Februar starb unser Mitglied, der Kamerad

Anton Schulz

im 54. Lebensjahr. Er war uns allen ein treuer u. braver Kamerad, dessen Andenken wir stets in Ehren halten werden.

Das Begräbnis findet am Donnerstag, den 17. Februar, vorm. 9½ Uhr, von der Kapelle des Südfriedhofs aus statt.

Die Kameraden und Spielleute treten um 9½ Uhr vormittags am Eingang des Südfriedhofs an. Der Abt.-Leiter.

Nachruf.

Am Sonntag, den 13. Februar verschied plötzlich und unerwartet der Vorarbeiter Herr 180

Friedr. Mühlenberg.

Wir verlieren in ihm einen gerechten Vorgesetzten, dem wir ein ehrendes Andenken bewahren werden.

Die Belegschaft der Tischlerei vom Poltewerk.

Zum hundertjährigen Todestage Pestalozzis

Mann und Werk

Ich hatte unbedingt nichts für mich als einen eingewurzelten Vorsatz, einen mir selbst unwiderruflichen Ausspruch: Ich will's, einen durch keine Erfahrung erschütterten Glauben: Ich kann's, und ein namenloses, in mir lebendes Gefühl: Ich soll's. Ich wollte, glaubte, tat — und es gelang!

Pestalozzi.

Er war ein „schlechter" Schüler, der Sohn des früh verstorbenen Züricher Arztes, der am 12. Januar 1746 das Licht der Welt erblickte. Und doch war er einer der geistig bedeutendsten, die unter Bodmer und Breitinger das Gymnasium besuchten! Sein praktisches Unvermögen, das ihm zeitlebens anhing, änderte daran nichts.

Schon als Jüngling hatte Pestalozzi den sehnlichen Wunsch, seine politischen Interessen dem Vaterland dienstbar zu machen, doch mußte er sich damit begnügen, in der Zeitschrift der „Patrioten", dem „Erinnerer", seine frühsten Ansichten über Erziehung einem größern Forum zu unterbreiten. Denn die allmächtige Zensur hatte für Politika ein Verbot erlassen. So ist es verständlich, daß Pestalozzi dem Rate der Aerzte gern folgte und das wissenschaftliche Studium aufgab, um sich einem praktischen Beruf zu widmen. Er wurde Landwirt.

Manche Jahre und Mißerfolge mußten kommen, ehe er seine geringe Befähigung dazu erkannte. Er gründete 1768 das Gut Neuhof. Das Unternehmen scheiterte an seiner „pronunzierten Untüchtigkeit", und leider riß der Mißerfolg ein zweites Menschenleben in Not und Sorge, denn er hatte sich 1769 mit Anna Schultheß verheiratet, einem 8 Jahre ältern Mädchen, dem er nachrühmte, daß sie eine „der reinsten, edelsten Seelen, die er je auf Erden gesehen" gewesen sei. Seine Anna hatte sich durch die ernste Mahnung der Mutter nicht beirren lassen: „Du wirst mit Wasser und Brot zufrieden sein müssen!", dem unpraktischen Träumer die Hand zu reichen. Und es war ein großer Segen für ihn, daß er ein Weib gefunden hatte, das in äußerst glücklicher Weise seine Mängel ausglich.

Der Ehe entsproß ein Kind. Ist es nötig, zu betonen, daß Pestalozzi im Umgang mit diesem Söhnchen Jacqueli eine Quelle reinster Freuden fand? Ist es verwunderlich, daß der Vater über den gegenseitigen Verkehr seit 1774 Tagebuch führte, und muß hervorgehoben werden, daß darin alle erziehungs- und unterrichtsreformatorischen Gedanken des reifen Pestalozzi im Keime zu finden sind? An seinem Kind erfuhr er, daß „der Verstand, der durch Hände und Füße ins Gehirn kommt, ebenso wertvoll ist als der Bücherverstand, weil er den Leuten „Brot ins Maul und Ruhe ins Herz gibt".

Mit dieser klaren Erkenntnis vom Werte der Arbeit, gesellschaftlicher Arbeit, wächst Pestalozzi über seinen Anreger Rousseau hinaus, denn er nähert sich der Erziehungsfrage von der sozialen Seite, stellt sie unter diesem Gesichtswinkel und versucht auch ihre Lösung von der gesellschaftlichen Seite her. Nichts von der Rousseauschen „Großfamilie", diesem Rückfall in primitive Verhältnisse, und noch weniger von den spielerischen Gedankengängen philanthropischer Vorläufer. Daß Pestalozzi neben der Mutter auch die Obrigkeit als Volkserzieher anerkennt, geht auf die Schwäche seines politischen Blickes zurück.

Der Helfer der Armen.

„Es ist für den sittlich, geistig und bürgerlich gesunkenen Weltteil keine Rettung möglich als durch die Erziehung, als durch die Bildung zur Menschlichkeit, als durch Menschenbildung." Er versuchte sie 1775 durchzuführen und gründete auf Neuhof eine Armenanstalt, ein Liebeswerk ohnegleichen! Fünfzig arme, elendeste, schmutzigste Kinder nahm er in sein Haus auf. Der Versuch scheiterte am Material, ebenso wie an Mitteln und Durchführung!

Seinem Grundsatz gemäß, daß der Arme zur Armut auferzogen werden müsse, führte er eine Standeserziehung durch, deren Berechtigung er mit allen Mitteln zu beweisen suchte. Bei aller Kritik dieser Ansicht darf aber nicht übersehen werden, daß seine Methode schon die Lösung des Zentralproblems enthielt: die Entfaltung der von Natur aus im Menschen liegenden Kräfte. Der Fehlschlag auf Neuhof entmutigte ihn nicht. Mit dem sichern Instinkt des Genies schritt er auf seiner Bahn fort. Dafür zeugt die „Abendstunde eines Einsiedlers" (1780).

Schon nannte man, meist in wenig achtungsvoller Form, den Namen des Schweizer Menschenfreundes auch außerhalb der heimatlichen Grenzpfähle, als „Lienhard und Gertrud" erschien, jene „erste, noch unübertroffene deutsche Dorfgeschichte", die leider auch nur als solche bewundert wurde. Er wurde weltberühmt. Freilich: Gerade die Kreise, für die das Werk in erster Linie bestimmt war, brachten das nötige Verständnis nicht auf. Es gab noch keine Volks- und Arbeitermasse, die sich ihrer geschichtlichen Aufgabe bewußt war.

Inzwischen nahmen die Ereignisse der Revolution ihren Fortgang. Pestalozzi, der sie nie überschwenglich begrüßt, aber auch nie in Grund und Boden verdammt hatte, war wie Schiller, Klopstock, Herder u. a. zum „Ehrenbürger der französischen Republik" ernannt worden. Nun nahm er Stellung und wies in der Schrift „Ja oder nein?" die Ansicht zurück, die von den abgetretenen Gewalten geflissentlich genährt wurde, als sei der Umsturz eine Folge der Aufklärung und der Philosophie.

Einmal auf dieses Gebiet verwiesen, blieb ihm Pestalozzi auch treu und veröffentlichte 1797 die „Nachforschungen über den Gang der Natur in der Entwicklung des Menschengeschlechts" die kein Geringerer als Herder als „Geburt des deutschen philosophischen Genius" feierte. Hier untersucht er, was der Gang des Lebens aus der Menschheit macht.

In schwierigen Kämpfen hatte er sich zur Klarheit über die Grenzen auch der kirchlichen Erziehungsmacht durchgerungen. Er faßte nach den Worten seines früheren Mitarbeiters Niederer „das Göttliche nur irdisch, das Ewige nur zeitlich, das Geistige nur sinnlich auf". Zieht man von diesem Urteil ab, was auf Niederers pfäffischen Sinn zurückgeht, so ergibt sich, daß Pestalozzis Religion ein diesseitiges sittliches Prinzip war, das freilich schlecht zu dem frömmelnden Maulheldentum paßte, das für Elend, Armut und Unrecht nur billige Jenseitsphrasen bereit hielt: „Wer nichts tut um den Lauf der Uebel und Leiden in seinen Quellen zu hemmen, der tut übel, wenn er als Tröster unter dem Volk auftritt," sagt er und kommt bereits in den Anfangssätzen des Kapitels über Religion zu dem bittern Schlusse: „Die Kirche ist Betrug!"

Als Schulmeister.

So sah es in Pestalozzi aus, als er den Ausspruch tat: „Ich will Schulmeister werden!" Das helvetische Direktorium bewilligte ihm die Summen, deren er zur Eröffnung einer Erziehungsanstalt bedurfte. Durch Kriegsgewitter verzögert und nach Stans verwiesen konnte sie mit anfangs 50, 1799 aber schon 80 Zöglingen ins Leben treten. Ueber den Zustand seiner Pflegebefohlenen gibt er ein erschütterndes Bild: Krätze, Ungeziefer, ausgezehrte Gerippe, gelb grinsend, frech, bettlerisch, heuchlerisch, falsch mißtrauisch, lieblos furchtsam. „Die meisten dieser Kinder aber hatten gute andre ausgezeichnete Anlagen." Wir grüßen diesen Erzieher, der durch die abschreckendste Kruste hindurch noch einen guten Kern in diesen Verwahrlosten erkannte und anerkannte. Aber „Vater Pestalozzi" der „Tag und Nacht Heu über Hals" arbeitete, hatte bald wieder mit größten Schwierigkeiten zu kämpfen. Kleinliche Kritiker, Verleumder und religiöse Gegner nagten an seinem Werke herum. Bald war das Maß seiner Sorgen gerüttelt voll, daß man es heute als glücklichen Zufall preisen muß, daß die Anstalt als Lazarett gebraucht und Pestalozzi zur Erholung nach Bad Gurnigel geschickt wurde. Er wäre sonst vielleicht in zermürbendem Kampf aufgerieben worden.

Eine neue Geldunterstützung des Direktoriums und die Erlaubnis zur Erprobung seiner Methode an der niederen Schule zu Burgdorf richteten ihn wieder auf. Die entscheidende Anerkennung seines Verfahrens wie seiner Erfolge durch die dortige Schulkommission brachten Pestalozzi — eine Schulmeisterstelle. Fast 55 Jahre alt, konnte er seine Erziehungsanstalt für Kinder der Mittelschichten, verbunden mit einem Schulmeisterseminar, eröffnen. Was er in Burgdorf wollte und erreichte, darüber spricht er sich in seinem zweiten pädagogischen Hauptwerk aus: „Wie Gertrud ihre Kinder lehrt." Es machte seinen Namen noch bekannter als „Lienhard und Gertrud".

Seines Bleibens in Burgdorf war nicht lange. Die Anstalt mußte nach München-Buchhof und später nach Iferten übersiedeln. Trotz aller inzwischen reichlich geernteten Anerkennung von allen Seiten war Pestalozzi nicht zufrieden. Er wollte seine Armenanstalt! In Clindy bei Iferten gründete er sie. Seine mangelnde ökonomische Einsicht zwang zu ihrer Vereinigung mit

Nach einem Linolschnitt von H. Schüler, Magdeburg.

Iferten. Aber auch Fellenbergs geschickte Verwaltung vermochte ihre Auflösung nur zu verzögern, besonders nachdem Pestalozzis Frau 1815 gestorben war. Uebrigens war der Höhepunkt der pestalozzianischen Gründung schon 1813 überschritten. Wieder liegt die Ursache in seiner mangelnden praktischen Begabung, doch trug an den Zerwürfnissen im Lehrerkollegium auch seine aufbrausende, wenn auch rasch versöhnte Art Mitschuld. 1825 hörte seine Gründung auf zu existieren.

Der von Mißerfolgen Heimgesuchte zog zu seinem Enkel auf den Neuhof und kehrte dorthin zurück, wo er seine ersten Versuche gemacht hatte. Als er anfing zu kränkeln, weilte er ständig unter ärztlicher Aufsicht. Am 17. Februar 1827 schloß er die Augen und fand in Birr nahe Neuhof seine Gruft. Jahrelang bezeichnete nur ein schlichter Rosenstock die Stätte, wo der „Vater der Volksschule" von allen Sorgen und Entbehrungen ausruhte. Jetzt aber schmückt ein Denkmal sein Grab.

Auf leblosem Steine steht zu lesen, daß hier der „Erzieher der Menschheit" den ewigen Schlaf schläft, der Mann, der „Alles für andre nichts für sich tat". Die hohe Obrigkeit aber nahm sich seiner Hinterlassenschaft an und verschandelte sie. Noch heute dürfte es kaum einen Seminaristen geben, der erfährt, wie revolutionär Mann und Werk waren!

F. A. Celtis.

Pestalozzi, der Sozialist

Pestalozzi wurde Pädagoge, weil ihn des Volkes jammerte, ihn trieb das Erbarmen mit der großen Masse der Menschheit. Er ist der Sozialist unter den Pädagogen; er wollte, daß die Seelen auch der niedrigsten Tagelöhner aufhören zu tagelöhnern, indem die auch in ihnen schlummernden Kräfte und Anlagen freigemacht, entwickelt und in den Stand gesetzt werden, sich zu betätigen. Seine Größe liegt nicht in den Erfolgen, die er als Erzieher und Methodiker aufzuweisen hat, so wertvoll einzelne Gedanken hier auch sein mögen, sondern darin, daß er den innern Zusammenhang der Erziehung mit der sozialen Frage aufgedeckt, die Individualpädagogik zur Sozialpädagogik erweitert hat. Er gehört wie Stein sagt, zu den Pfadfindern einer naturgemäßen individuellen Erziehung und zu den Bahnbrechern für eine gesunde soziale Bildung.

Pfarrer wollte er ursprünglich werden, aber seine politischen Ideen zwangen ihn, diese Absicht aufzugeben. Begeistert durch Rousseaus „Emil" erschien ihm die häusliche und staatliche Erziehung seines Jahrhunderts als krüppelhaft, und Rousseaus Gedanken waren für ihn das einzige Heilmittel für die Erbärmlichkeit der bestehenden Zustände. Dieser Geist führte ihn und seine Freunde zur Stiftung einer Gesellschaft. Die Regierung verbot ihnen bei Verlust des Bürgerrechts, etwas wider den Staat zu reden und zu tun. Ihr Blatt „Der Erinnerer" wurde sogar von Henkershand verbrannt. So wurde Pestalozzi denn nach mancherlei Wirrnissen, begründet in seiner unpraktischen Natur, allmählich zum Schulmeister, „zum Meister in der Schule".

In der Giebelseite des Schulhauses zu Birr ist ihm anläßlich seines hundertjährigen Geburtstags ein Grabmal errichtet worden. Die Grabschrift lautet:

„Hier ruht
Heinrich Pestalozzi,
geb. in Zürich am 12. Jänner 1746,
gest. zu Brugg am 17. Hornung 1827.
Vater der Armen auf Neuhof
Prediger des Volks in Lienhard und Gertrud,
In Stans Vater der Waisen
Zu Burgdorf und Münchenbuchsee Gründer der neuen Volksschule,
In Iferten Erzieher der Menschheit,
Mensch, Christ, Bürger;
Alles für andere, für sich nichts.
Segen seinem Namen."

Uns interessiert vor allem der Prediger des Volkes in „Lienhard und Gertrud". 1781 erschien dieser Bauernroman, der mehr als ein Namen ist, der ein Buch für das Volk ist, entstanden unter den Eindrücken und Erfahrungen der traurigsten Zeit seines Lebens, als er jahrelang „ein Bettler unter Bettlern lebte, in Armut das Brot mit ihnen teilte, selbst wie ein Bettler lebte, um zu lernen, Bettler wie Menschen leben zu lassen." „Ich litt, was das Volk litt, und das Volk zeigte sich mir, wie es war, und wie es sich niemand zeigte. Ich saß eine lange Reihe von Jahren unter ihnen, wie die Eule unter den Vögeln. Aber mitten im Hohngelächter der Menschen hörte der mächtige Strom meines Lebens nicht auf, einzig und einzig nach dem Ziele zu streben, die Quellen des Elends zu stopfen, in das ich das Volk um mich her versunken sah."

„Dieses Buch," so sagt Pestalozzi in seinem Vorwort selbst, „sollte eine von der wahren Lage des Volkes und seinen natürlichen, ewigen Verhältnissen ausgehende bessere Volksbildung bewirken." Sein Grundgedanke war, zuerst die Wiedergeburt des Hauses unter dem Einfluß der Mutter zu schildern und, dann die Folge davon, die Wiedergeburt einer ganzen Gemeinde und eines ganzen Staates: „Ich will die Bildung des Volkes in die Hand der Mütter legen." So stellte er dann mit psychologischer Meisterschaft das Volk in seinem Denken, Leben und Handeln dar und zeichnete die Charaktere lebensfrisch und naturwahr. Die entwickelten Ideen über Begründung der Volkswohlfahrt wurden eine mächtig wirkende Zeitidee. Ein ganzes, großartiges System sozialer Wohlfahrtseinrichtungen wurde dargelegt. Er erschien als einer der ersten Deutschen, die nicht bloß die staatlichen und politischen Verhältnisse des Volkes, sondern auch die sozialen Volkszustände gehoben und gebessert wissen wollten.

Die Volksschule bekam bei ihm die Bedeutung einer Nationalerziehungsstätte. Er sprach es auch zuerst aus, daß der Pfarrer zum Schulmeister in die Lehre zu gehen habe, und daß, was durch die Kirche nicht zu erreichen sei, eine Verbesserung der sittlichen Volkszustände durch verbesserte Volksbildung, der Staat durch die Schule erreichen könne und müsse. „Das ist das Neue, Epochemachende der Schrift Pestalozzis: dadurch übte sie die Wirkung eines historischen Ereignisses, so daß nicht bloß die französische Republik Pestalozzi das Bürgerrecht verlieh, sondern auch Könige und Kaiser auf den schweizerischen Menschenfreund aufmerksam wurden."

Pestalozzi, der Menschenfreund! In seiner Schrift „Heinrich Pestalozzi" gibt uns Blechmann folgende zutreffende Charakteristik: „Ich habe wenig Menschen kennengelernt, aus deren Lebensmitte ein so reicher Strom der Liebe floß als aus seinem Herzen. Die Liebe war recht eigentlich sein Lebenselement, der unversiegbare göttliche Trieb, der von Jugend auf all seinem Streben und Wirken Richtung und Ziel gab. Wie es aber in der Natur der Liebe liegt, sich den Bedürftenden zuzuwenden, die Mangel Leidenden und Gedrückten zunächst zu erfassen, so zog ihn der Drang seiner Liebe mit einer nie gestillten Glut zu den Hütten der Armen im Volke, zu den Bedrängten und Unterdrückten. Diesen wollte er alles, was er an äußern und innern Gütern empfangen, zum freudigen Opfer bringen; dafür war ihm nichts zu teuer; denn er suchte nie das Seinige!"

Karl Karstädt (Barby).

Es wäre verlockend . . .

Am 17. Februar 1827 ist in Brugg, einem kleinen Schweizer Ort, ein alter Mann mit mehr als 81 Jahren gestorben. Er hieß Johann Heinrich Pestalozzi. Als er zwei Tage darauf begraben wurde, folgten nur einige wenige Menschen seinem Sarge. Nun, da 100 Jahre seit jenen Tagen vergangen sind, ist die ganze Welt voll vom Ruhme dieses Mannes.

Pestalozzi, von italienischer Herkunft, war schwarzhaarig und, da er in seiner frühen Kindheit die Blattern überstanden hatte, pockennarbig. Er galt bei seinen Mitschülern und bei den Lehrern als häßlich.

Seine Mutter, die auf bürgerliche Tradition viel Wert legte, schickte ihn in die gute Schule. Dort wurde Pestalozzi bald zum Spott seiner Mitschüler und seiner Lehrer. Er besaß eine ganze Reihe von lächerlichen und häßlichen Gewohnheiten.

Einmal ist es ihm recht schlimm ergangen. Er wurde, als er in die Stadt Bern wollte, wegen seiner mangelhaften Kleidung und seines verstörten Aussehens als Landstreicher verhaftet. Aber er machte sich nichts daraus. Es schien ihm im Gegenteil eine wertvolle Gelegenheit, das Leben eines von der Obrigkeit erfaßten Landstreichers beobachten zu können. Schließlich darf nicht übersehen werden, daß Pestalozzi eine geradezu krankhafte Liebe für verlauste, krätzige und schmutzige Kinder hatte. Was Wunder, daß dabei sein äußeres Aussehen, ganz besonders die Kleidung, zu leiden hatte.

Man feiert ihn als den Begründer einer vernünftigen Art, in der Schule zu unterrichten. Er war kein gelernter Lehrer. Eben darum scheint er so rasch erkannt zu haben, daß die Unterrichtsmethoden seinerzeit unsinnig waren. Wenn heute in unsern Schulen an der Reform des Unterrichts gearbeitet wird, so ist diese Arbeit nicht zuletzt auf den ungeheuern Anstoß dieses Mannes zurückzuführen, der vor mehr als 100 Jahren sich bemüht hat, Vernunft in den Unterricht der Schulkinder zu bringen.

Es wäre verlockend für eine satirische Feder, den leibhaftigen Pestalozzi zu schildern, wenn er etwa in eine ihn feiernde pädagogische Gesellschaft der Gegenwart um Einlaß bitten käme. Seine Aufnahme würde nicht viel anders aussehen als damals in Burgdorf, wo sein Kollege einen Schüler- und Elternstreik herbeiführte, um dem verhaßten Eindringling die Möglichkeit zu nehmen, Kinder zu unterrichten.

Ob es dem leibhaftigen Johann Heinrich Pestalozzi gelänge, die Minister unsrer Zeit mit seinen „lächerlichen Reformplänen" zu erweichen? Es ist schon besser, einen toten Pestalozzi zu feiern und 100 Jahre nach seinem Tode über seine ungeheure Bedeutung zu reden. —

Revolutionäre Gedanken

Christentum. Die Welt wird nicht christlich regiert; die Regierungen als solche sind nicht christlich, und der Staat als Staat handelt in seinen wesentlichsten Einrichtungen bestimmt wider das Christentum. Eine christliche Armee, eine christliche Schlacht, christliche Feldprediger, christliche Finanzoperationen, christliche Polizeimandate und christliche Maßnahmen, den blinden Gehorsam der Untern und die Allmachtsrechte der Obern auf Kind und Kindeskind zu sichern — das alles sind Sachen, die, wie der Mann im Monde, nur in der Einbildung verirrter Leute ihr Dasein haben. Die Geistlichen wissen das gewöhnlich auch selber wohl, wenn sie die Großen entschuldigen, aber sie vergessen es immer, wenn sie die Kleinen anklagen. — Die Priester stehen in jedem Streite der Macht gegen das Volk immer auf seiten der Macht, und sie können nicht anders, denn sie stehen in ihrem Dienste; sie essen in demselben dann immer ganz das Brot der Macht und nicht mehr das Brot des Volkes, und was man auch immer mit vieler Höflichkeit dagegen einzuwenden beliebt, so bleibt, so lange die Welt steht, das Sprichwort, wes Brot ich esse, des Lied ich singe, bei allen Menschen wahr, die gern essen.

Königtum. Der König, der ohne Zwang der Gesetze das gesellschaftliche Recht gegen sich selber anerkennt, dieser König wird angebetet werden, wenn er erscheint, aber seine Krondiener werden mit ihm handeln wie die dreifachen Krondiener mit dem edelmütigen Papst. Vielleicht ist es nicht möglich, daß er jemals erscheint, vielleicht ist es nicht möglich, unter der Last der Krone nicht im Sumpfe der Ruchlosigkeit zu versinken.

Pestalozzi.

Kleine Chronik

Breslauer Mordprozeß.

Am Dienstag begann vor dem Schwurgericht Breslau ein mit großer Spannung erwarteter Doppelmordprozeß. Angeklagt ist der Versicherungsbeamte August Kollek, der am 29. April 1926 gemeinsam mit seinem inzwischen verstorbenen Bruder den Fischhändler Kochmann und dessen Tochter Elfriede vorsätzlich und mit Ueberlegung zwecks Beraubung ermordet haben soll. Die tödlichen Wunden waren mit einem Küchenbeil und mit einer großen Schere mit ungewöhnlicher Roheit beigebracht worden. Die Tat wurde entdeckt, als die Feuerwehr wegen eines Zimmerbrandes erschien. Die Mörder hatten unmittelbar nach der Tat die Wohnung in Brand gesteckt. Der ermordete Kochmann lag in seinem Bett, an das er infolge einer Rückenmarksverletzung im Kriege seit 7 Jahren hilflos gefesselt war. Die Tochter lag tot im Nebenzimmer. Die Anklage baut sich lediglich auf Indizien auf. Kollek ist unbestraft, 39 Jahre alt, verheiratet, Vater von zwei Kindern und hat es im Kriege zum Leutnant und zum Eisernen Kreuz I. Klasse gebracht. Der Angeklagte bestreitet jede Schuld. Er und sein Bruder sind aber bereits am Tage nach der Tat als mutmaßliche Mörder verhaftet worden. Die Brüder Kollek kannten die Familie Kochmann aus Oberschlesien. 8 Tage vor der Tat waren die beiden Brüder in der Wohnung Kochmanns, um eine Versicherung abzuschließen. Der Vorsitzende hielt dem Angeklagten vor, daß er vor und nach der Tat in der Nähe des Tatorts gesehen wurde. Auch seien bei ihm 280 Mark gefunden worden, ein Betrag, der mit der geraubten Summe übereinstimmt. An dem Papiergeld befanden sich Spuren von Blut und Fischschuppen; an der Hose Kolleks wurden ebenfalls Blutflecke festgestellt. Die Untersuchung ergab, daß die Täter Gummischuhe anhatten. Auch das trifft auf die Brüder Kollek zu. Kollek suchte einen Alibibeweis dahin anzutreten, daß er und sein Bruder am Tage der Tat nach Neiße gefahren waren. Die Angaben der beiden Brüder über diese Reise waren jedoch vollkommen widersprechend. Am Tage nach dem Lokaltermin in Neiße hat sich der Bruder das Leben genommen, indem er sich aus dem zweiten Stocke des Untersuchungsgefängnisses stürzte. Kurz zuvor hatte er dem Untersuchungsrichter erklärt: „Der Lump, der Schuft, hat mich auf dem Gewissen!" Ein Steuerbeamter, der während der Tat an der Wohnung Kochmanns klingelte, wurde von dem Bruder des Angeklagten auf dem Flur empfangen mit der Erklärung: „Herr Kochmann wird gerade elektrisiert." Dabei steht fest, daß Kochmann in Breslau nie elektrisiert worden ist. Zu dem Prozeß sind insgesamt 90 Zeugen geladen. Der Angeklagte bestritt bei seiner Vernehmung alle Behauptungen der Anklage in ruhigem und sachlichem Tone. —

Mißglückter Befreiungsversuch einer Braut.

In der Nacht zum Dienstag suchten in Berlin eine Frau und zwei Männer vom Dache des Nachbarhauses in das Stadtvogteigefängnis zu gelangen. Eine Polizeistreife entdeckte jedoch die verdächtigen Gestalten und nahm sie fest. Das Verhör ergab, daß eine Gefangenenbefreiung beabsichtigt war. Der Plan ging von der Frau aus und galt der Befreiung ihres Bräutigams, der im Gefängnis saß. Die beiden Männer hatte sie gedungen. Alle Drei waren mit Stricken, Feilen und Stahlsägen ausgerüstet, hatten aber keine Stelle gefunden, von der aus sie sich auf das Dach des Gefängnisses herablassen konnten. Vergebens wartete daher der Bräutigam, der Bescheid wußte, auf die Befreier. —

Der Akademiker als Bankräuber.

Ein Berliner Schwurgericht verurteilte am Dienstag den Kaufmann Dr. Otto Ullrich wegen versuchten schweren Raubes und versuchten Todschlags zu 2 Jahren 1 Monat Gefängnis unter Anrechnung von 7 Monaten Untersuchungshaft. Ullrich hat am 13. Juli im Gebäude der Landbank auf den Kassenboten Pöschel einen Raubüberfall verübt, der seinerzeit wegen der Persönlichkeit des Täters großes Aufsehen erregt hatte. Ullrich war nach Ende des Krieges Bankbeamter geworden und hatte während der Inflation mit Glück spekuliert. Nach seiner Angabe besaß er Anfang 1924 75 000 Rentenmark. Dieses Geld verzettelte und verlor er sehr bald, da alle seine Unternehmungen fehlschlugen. Zudem heiratete er eine 6 Jahre ältere Verwandte, die übernervös und hysterisch war. Obwohl er in ständiger Geldverlegenheit war, suchte er ihr gegenüber stets vornehm und reich aufzutreten. War kein Geld da, so machte ihm die Frau dauernd Vorwürfe. Unter diesen Umständen verfiel er auf den Gedanken, einen Raub an einem Kassenboten auszuführen. Am Tage vor der Tat hatte er zu Hause wieder große Szenen, weil kein Geld vorhanden war. Er folgte dem Boten von der Reichsbank zur Landbank, überholte ihn und trat ihm auf dem Flur mit der Pistole entgegen. Er verlangte die Tasche und gab im gleichen Augenblick einen Schuß ab. Als der Bote stürzte, bekam Ullrich es mit der Angst zu tun, er warf den Revolver weg und lief davon. Die Frau gab als Zeugin zu, dem Manne wegen Geldangelegenheiten die Hölle auf Erden bereitet zu haben. Der ärztliche Sachverständige erklärte, das Motiv der Tat sei bei dem Angeklagten zum großen Teile die Furcht vor der Frau gewesen. Diese Umstände wurden bei der Urteilsfällung dem Angeklagten zugute gehalten. —

Unterbindung des Verkehrs durch Nebel.

Der ungemein dichte Nebel, den dem seit einigen Wochen auch Berlin und weite Teile Norddeutschlands heimgesucht werden, hat schwere Verkehrshemmungen zur Folge. Im Kanal ist der Nebel so undurchdringlich, daß der Verkehr vom Festland nach England völlig unterbunden ist. —

Todessturz vom Brandenburger Tor.

Vom Brandenburger Tor in Berlin, das seit einigen Monaten einer gründlichen Erneuerung unterzogen wird, stürzte am Dienstag nachmittag der Monteur Lange ab. Beim Niederschreiten eines Brettes rutschte er aus und fand keinen Halt mehr. Da der Sturz auf die Straße aus einer Höhe von etwa 18 Meter erfolgte, trat der Tod sofort ein. —

Ehedrama im Taunus.

Im Dorfe Glashütten ereignete sich am Dienstag früh um ½7 Uhr ein blutiges Ehedrama, das zwei Menschenleben forderte. Der bis vor kurzem als Verkäufer bei einer Frankfurter Lebensmittelhandlung angestellte 32jährige Heinrich Dorn, der von seiner Frau Elise geborenen Doß, mit der er erst seit einem halben Jahre verheiratet war, getrennt lebte, drang frühmorgens in das Elternhaus seiner Frau ein und gab mehrere Revolverschüsse auf dieselbe ab. Die Frau verstarb bereits nach 5 Minuten. Der Täter, dem nicht das beste Zeugnis ausgestellt wird, begab sich nach der Tat in den Keller des Hauses und erschoß sich dort. Der Grund der gewaltsamen Tat dürfte in ehelichen Zwistigkeiten zu suchen sein. —

Elisabeth und ihre drei Bräutigame.

In Budapest hatte sich ein Bankprokurist mit einem 17jährigen Mädchen, Elisabeth, verlobt. Nach einiger Zeit schien ihm manches im Benehmen der Braut nicht ganz geheuer zu sein. Also ließ er sie durch einen Detektiv beobachten. Das Ergebnis war die Feststellung, daß Elisabeth noch einen Ingenieur und einen Kaufmann zum Bräutigam hatte. Außerdem besuchte das siebzehnjährige Mädchen in den Abendstunden eine Nähschule. Bei deren Leiterin sprach der Bankprokurist-Bräutigam vor. Es wurde ihm rasch zu verstehen gegeben, daß er in der Nähschule die Bekanntschaft junger Mädchen machen könne. Er schilderte der Leiterin das Mädchen seiner Wahl und für den nächsten Tag wurde ein Rendezvous ausgemacht. Der Bräutigam jetzte sich aber mit den beiden andern Verlobten des Mädchens in Verbindung und alle drei erschienen in der Nähschule zum Stelldichein. Bei diesem Anblick ergriff Elisabeth die Flucht. Demselben ereignete sich das Seltsamste: die drei Bräutigame gerieten gegeneinander in Zorn und beschimpften sich; sogar Ohrfeigen wurden ausgeteilt. Die Folge war ein Rattenschwanz von Beleidigungsklagen, die jetzt vor einem Budapester Gericht ausgetragen wurden. —

Unangenehme Memoiren.

Zizi Lambrino, die morganatische erste Frau des Prinzen Karol von Rumänien, will in Paris ihre Memoiren veröffentlichen. Am rumänischen Königshof soll darüber große Aufregung herrschen, da man für das Königshaus und die Hofgesellschaft einen Skandal befürchtet. Am meisten bangt Königin Maria selbst vor Bloßstellungen durch diese Memoiren. —

Die Männerrechtler an Chaplin.

Der österreichische Bund der Männerrechtler hat in seiner letzten Sitzung beschlossen, an Charlie Chaplin ein Begrüßungsschreiben zu richten und ihn aufzufordern, auf Grund seiner Eheerfahrungen in Amerika einen Bund der Männerrechtler zu begründen. Gleichzeitig wurde Chaplin eingeladen, nach Wien zu kommen und einen Vortrag über amerikanische Männerrechte zu halten. —

Eifersuchtstragödie in Wien.

Am Dienstag abend wollte der Heldentenor an der Wiener Oper Grosavescu eine Reise nach Berlin antreten, um dort ein Gastspiel zu geben. Da seine Frau erst vor kurzem entbunden hatte, wollte er sie in Wien zurücklassen. Beim Abschied ergriff die Frau einen Revolver und streckte ihren Gatten nieder. Grosavescu war sofort tot. Der Sänger war vor 3 Jahren aus Rumänien an die Wiener Oper engagiert worden, wo er als einer der ersten Heldentenöre wirkte. —

Deutsche Kriegsgefangene in Sibirien?

In einer Antwort auf eine deutschnationale Anfrage im Preußischen Landtag hat der preußische Innenminister folgende Auskunft erteilt, die sich auf Angaben des deutschen Konsulats in Nowosibirsk stützt. Seit August 1923 sind 216 ehemalige deutsche Kriegsgefangene ermittelt worden, die zunächst in Sibirien freiwillig zurückgeblieben sind. Das Konsulat verfolgt außerdem noch die Spuren von 40 Personen, deren Anschriften und Personalien noch nicht genau festgestellt werden konnten. Von den ermittelten Kriegsgefangenen sind inzwischen 50 in die Heimat zurückgekehrt. Die übrigen 166 Männer, die noch in Sibirien sich aufhalten, haben seit 1924 wiederholt Kenntnis von der Möglichkeit der kostenfreien Heimschaffung durch das Konsulat erhalten. Alle Anzeigen über angeblich zwangsweise Zurückhaltung von Kriegsgefangenen haben sich durchweg als unzutreffend erwiesen. —

600 Todesopfer des Erdbebens.

Das Erdbeben in Jugoslawien hat noch größeres Unheil angerichtet, als ursprünglich angenommen wurde. In Bosnien und Dalmatien sind mehrere tausend Häuser vollkommen zerstört worden. Die Zahl der Toten wird auf 600 geschätzt. In der Nacht zum Dienstag wiederholte sich das Beben. Bei Mostar wurde ein großes Zeltlager errichtet, um den Obdachlosen eine Unterkunft zu verschaffen. Der Schaden wird auf über 100 Millionen Dinar geschätzt. Das Beben, dessen Herd in der Herzegowina lag, wurde auch in Belgrad wahrgenommen, wo zahlreiche Schornsteine eingestürzt sind. In Ragusa wurden beim Einsturz des Rathauses mehrere Personen getötet. —

6 Tage unter Schneemassen.

Wie aus Ajaccio gemeldet wird, sind die beim Einsturz ihrer Baracke verunglückten 13 italienischen Holzhauer am Montag nach schwieriger Arbeit ausgegraben worden. Wunderbarerweise ist einer von ihnen, ein 18jähriger junger Mann, mit dem Leben davongekommen. Er war durch einen Vorsprung des Felsens, an den die Baracke angelehnt war, geschützt worden und hat in zusammengekauerter Stellung 6 Tage unter den Schneemassen zugebracht. Die zwölf andern Arbeiter waren tot. —

Wenn man in San Remo Nelken stiehlt. . . .

Einem der großen Blumenzüchter in San Remo ist eine merkwürdige Geschichte passiert. Schon lange hatte er Verdacht, daß seine um 40 Jährchen jüngere Frau einen andern schöner finde als ihn, und darin bestärkte ihn sein Gehilfe, der allmorgendlich unter dem Fenster der Frau (sie schlief im Erdgeschoß) Fußtapfen bemerkte. Den Gehilfen entrüstete das sehr, denn es waren nicht seine eignen Fußtapfen, sondern die eines Unbekannten. Eines Abends beschlossen der Padrone und der Gehilfe, die Sünder zu überrumpeln. Der Padrone bewaffnete sich mit einem Dreizack, der Gehilfe mit einem Gewehr, und so drangen die beiden in das Schlafgemach der jungen Frau ein, die ihnen unbefangen entgegentrat und sich nur darüber beschwerte, daß man sie aus ihren Träumen geweckt habe, denn eben habe sie von ihrem lieben Gatten geträumt. Schon wollte sich der Herr des Hauses beruhigt und unter Entschuldigungen in sein eignes Schlafgemach zurückziehen, als der Bursche in einem Wandschrank Geräusch vermerkte. Die Tür wurde aufgerissen, und ein unvollständig bekleideter Mann stürzte heraus, der sich alsbald durch das Fenster schwang. Das Gericht von San Remo hat festgestellt, daß der Eindringling Liebe und Nelken gestohlen hat, und es hat deshalb ihn zu ein und einem Vierteljahr, die „gestohlene Nelke" zu 6 Monaten verurteilt . . . Wenn man an der Riviera Blumen stiehlt! —

Sechzehn Jahre im Keller.

In der Stadt Memphis im Staate Tennessee (U. S. A.) ist ein Mädchen entdeckt worden, das 16 Jahre lang einsam und allein in einem dunkeln Keller zugebracht hat. Arbeiter hoben einen Graben in der Nähe eines Kellers aus und entdeckten bei dieser Gelegenheit in ihm ein menschliches Wesen. Es stellte sich heraus, daß dieses Wesen ein Mädchen war, das gleich verkrüppelt geboren, von seinen unmenschlichen Eltern aus Angst vor dem Spott der Nachbarn in diesem Keller versteckt worden war. Als man sie fand, war sie 16 Jahre alt, drei Fuß groß und nur 25 Pfund schwer. Die Eltern wurden in Strafe genommen und das Kind, das den Namen Marie Alexia führte, in das Hospital zu Memphis gebracht. Marie stammelte nur und hatte verglaste Augen. Sie nahm leichte Nahrung und Milch zu sich, hat aber nach Angabe ihrer Wärterinnen keinen Geschmacksinn. Die Aerzte sind der Meinung, sie würde, falls ihr jetziger an sich günstiger Gesundheitszustand anhielte, noch mindestens 20 Jahre leben können, aber bis an ihr Ende hilflos und blödsinnig bleiben.

Die Cousine ermordet.

In der Nacht zum Montag wurde, wie erst jetzt bekannt wird, die 28jährige Tochter Jette des Landwirts Wolfrum von Baiergrün (Bezirksamt Naila) ermordet. Die Leiche wurde am Montag morgen in einem Rübenkeller an der Straße Baiergrün—Windischengrün an einem Haken hängend aufgefunden. Als Täter wurde der 24jährige Bäckermeisterssohn Max Wolfrum, gleichfalls aus Baiergrün, verhaftet. Wolfrum, der der Vetter der Ermordeten ist, hatte mit dieser ein Verhältnis, das nicht ohne Folgen blieb. Da er sich verheiraten wollte, war ihm das Mädchen im Wege. Er hat nach längerm Leugnen die Tat eingestanden. —

Gewinn-auszug

5. Klasse 28. Preußisch-Süddeutsche (254. Preuß.) Klassenlotterie

5. Ziehungstag 14. Februar 1927, nachmittags

Auf jede gezogene Nummer sind zwei gleich hohe Gewinne gefallen, und zwar je einer auf die Lose gleicher Nummer in den beiden Abteilungen 1 und 2

Es wurden Gewinne über 150 Mark gezogen

2 Gewinne zu je 5000 Mk. 4408
8 Gewinne zu je 3000 Mk. 85981 193116 272444 325514
18 Gewinne zu je 2000 Mk. 43051 46603 79409 124764 125593 128629 147863 186134 220526
18 Gewinne zu je 1000 Mk. 13543 46893 79139 119517 136014 181620 244930 303944 315375
64 Gewinne zu je 500 Mk. 10948 22656 48040 62313 78803 89755 93637 109825 120285 135828 144929 155721 164220 168694 176144 191104 195376 210267 236104 238656 241337 261685 287302 290385 305453 312626 317295 330565 331380 333822 339654 344824
158 Gewinne zu je 300 Mk. 5439 6504 8609 22438 27191 32646 35388 41231 42441 45109 52707 57616 61056 62950 69463 70991 72937 74461 77660 80712 83540 92337 109341 115549 117270 119188 119867 121114 129412 130885 145823 150363 154976 157398 163709 167931 170277 172774 180705 188385 192690 206810 218821 221287 230187 230249 230950 232917 233290 238842 244057 245092 251470 261146 263152 284582 296407 298194 298270 298447 303508 303955 305504 306699 310030 315823 316579 317130 317567 319822 324147 326983 332478 334781 341391 342397 343057 345838 346608

6. Ziehungstag 15. Februar 1927, vormittags

Es wurden Gewinne über 150 Mark gezogen

2 Gewinne zu je 10000 Mk. 225494
2 Gewinne zu je 5000 Mk. 302785
12 Gewinne zu je 3000 Mk. 33382 49464 205459 264260 317880 344594
[illegible] Gewinne zu je 2000 Mk. 46580 62114 145719 169978 272294 305269
24 Gewinne zu je 1000 Mk. 41689 134312 145795 149350 157876 187159 224562 257375 275125 289094 295667 302240
60 Gewinne zu je 500 Mk. 2291 11699 18479 23919 31436 31865 36144 43394 49208 71275 86702 106319 112788 134678 136771 145225 149765 156985 171861 180189 207759 210396 228675 271861 280968 286074 292102 314173 325736 343986
220 Gewinne zu je 300 Mk. 375 8132 9318 10363 10696 10878 18427 20362 22179 27336 29143 31510 32987 34727 35169 35553 39355 45543 46787 49831 51840 55489 70208 79344 83398 92379 93756 96807 97850 105899 105928 108687 111970 116566 122818 132824 133156 142108 144846 145645 146507 151697 156783 156913 158469 163512 164329 165673 168593 174343 175107 176552 178651 180424 186595 186774 188084 191980 192235 192656 203351 204357 210168 212323 220400 220418 225686 234791 237488 239414 241052 248173 251050 252741 260111 261987 262634 262704 264803 269930 270839 272008 273541 278923 281213 282386 283029 288224 290708 290731 291487 292825 294446 298765 299473 301249 305546 305621 313192 314587 316802 320963 321259 327680 329520 333190 334412 338444 338888 346266

Der Lebensüberdruß

ist bedrohlich im Steigen. In der Tat hat auch der Kampf ums Dasein Formen angenommen, denen unsere Kräfte kaum mehr gewachsen sind. Mit ganz wenigen Ausnahmen ringen alle um ihre Existenz. Die Sinne werden düster, das Herz schwer. Und trotzdem!

Ein Königreich für ein Gegenmittel gegen diesen Pessimismus! möchte man mit Shakespeare ausrufen. Ein Mittel, das den Lebensmut kräftigt, das in der trübsten Stunde, in der fürchterlichsten Niedergeschlagenheit unfehlbar wieder eine liebliche Hoffnung aufschimmern läßt, ist unsere

Greiling-Schwarz-Weiß
zu 4 ₰

In den schwersten Tagen wirkt diese milde, feinaromatische Zigarette beruhigend und als Lebenströster. Aus ihren zarten Rauchwölkchen formen sich neue Entschlüsse, gute Pläne, und das Leben sieht sich nach ihrem Genuß viel leichter an, der Horizont ist voller Silberstreifen. Wer Greiling-Schwarz-Weiß raucht, kann nie der Verzweiflung anheimfallen.

Magdeburger Angelegenheiten

Schiedsspruch in der mitteldeutschen Metallindustrie

In der am Dienstag den 15. Februar vor dem Schlichtungsausschuß in Halle stattgefundenen Verhandlung über die Arbeitszeitfrage der Tarifgebiete Anhalt, Halle, Magdeburg erklärten die Arbeitnehmervertreter, bevor kein neuer Manteltarif geschaffen sei, worin die Arbeitszeit verankert ist, zu dem Antrag der Metallindustriellen auf Verlängerung des alten Ueberzeitabkommens nicht Stellung nehmen zu können. Die Metallindustriellen stellten daraufhin den Antrag, die alten Manteltarifbestimmungen einschließlich des Ueberzeitabkommens auf unbestimmte Zeit, d. h. bis ein neuer Manteltarif geschaffen sei, zu verlängern. Die Arbeitnehmer-Vertreter hingegen beantragten die alten Manteltarife unter Ausschluß des Ueberzeitabkommens auf 1 Jahr weiter festzulegen. Der Schlichtungsausschuß fällte darauf nachstehende Schiedssprüche:

1. Der Antrag der Arbeitgeber auf Verlängerung der derzeitigen Manteltarifbestimmungen einschließlich der Arbeitszeit auf unbestimmte Zeit wird abgelehnt.

2. Der Antrag der Arbeitnehmer, den Manteltarif unter Ausschluß des Arbeitszeitabkommens auf 1 Jahr zu verlängern, wird abgelehnt.

3. Die derzeitigen Manteltarifbestimmungen einschließlich des Arbeitszeitabkommens werden bis zum 31. März verlängert.

Beschluß:

Zur Verabschiedung des Manteltarifs werden zur Beratung für die Schlichtungskammer folgende Termine festgelegt:

Mittwoch den 16. Februar, 9½ Uhr.
Mittwoch den 23. Februar, 10½ Uhr.
Mittwoch den 2. März, 10½ Uhr.
Donnerstag den 3. März, 9½ Uhr.

Die Metallindustriellen nahmen den Spruch an; die Arbeitnehmervertreter hingegen lehnten ihn mit der Begründung ab, daß das Ueberzeitabkommen für sie untragbar ist. Daraufhin beantragten die Metallindustriellen telephonisch beim Schlichter in Magdeburg die Verbindlichkeitserklärung des Spruches. Der Schlichter setzte sofort Verhandlung auf Mittwoch den 16. Februar, vormittags 9¼ Uhr, in den Räumen des Hallischen Schlichtungsausschusses fest. Wie aus dem Beschluß zu ersehen ist, sind bereits eine Reihe von Terminen angesetzt, wo die Beratungen über die Manteltarife fortgesetzt werden sollen. Außerdem finden am 23. Februar nochmals Verhandlungen statt, ausschließlich zu dem Zwecke, die Arbeitszeitfrage einer gehörigen Aussprache zu unterziehen.

Die Metallarbeiter ersehen aus dem Beschluß des Schlichtungsausschusses, daß es hart auf hart geht. In den nächsten Wochen werden hohe Anforderungen an die gesamte Kollegenschaft gestellt. Die in Frage kommenden Arbeitnehmerorganisationen werden zur gegebenen Zeit die Kollegen zusammenberufen, um zu dem Entscheid des Schlichtungsausschusses über den neuen Manteltarif Stellung zu nehmen. Die letzten Wochen haben gezeigt, daß die Metallarbeiter kampfentschlossen sind. Es gilt die wenigen Wochen bis zur Entscheidung auszunutzen, um die Kampfkraft zu stärken. Die Organisierung des letzten Mannes ist notwendig, um den Metallindustriellen ein geschlossenes, einheitliches Ganzes entgegenstellen zu können.

Die Funktionäre der Magdeburger Metallindustrie nehmen am Freitag den 18. Februar, abends 6¼ Uhr, in einer Vertrauensmännersitzung im „Konzerthaus", Leipziger Straße, zu den Ergebnissen Stellung. —

Sozialdemokratische Anfrage im Landtag

Die alarmierenden Nachrichten über die Bestrebungen, die die Vollendung des Mittellandkanals verhindern wollen und dabei bei der neuen Reichsregierung Unterstützung finden, haben die sozialdemokratische Landtagsfraktion veranlaßt, im Preußischen Landtag eine Kleine Anfrage an die Staatsregierung zu richten, was Preußen gegen diese, die Interessen des Landes schwer schädigenden Bestrebungen zu tun gedenke.

Wie wir dazu von unterrichteter Seite erfahren, hält das Reichsarbeitsministerium daran fest, daß das Reststück des Mittellandkanals ausgebaut werden muß. Die Entscheidung liegt beim Reichstag, der sich endlich einmal darüber schlüssig werden muß, ob die für den Ausbau des Mittellandkanals notwendigen Gelder bereitgestellt werden oder nicht. Daß die landwirtschaftlichen Kreise für den Ausbau des Mittellandkanals nicht viel übrig haben, ist bekannt. Das sollte aber den Reichstag bei der Entscheidung der grundsätzlichen Frage, Kanäle oder Bahnbauten?, nicht abhalten, bei aller Reserve gegenüber fragwürdigen Kanalprojekten mindestens in der Mittellandkanalfrage endlich einmal ganze Arbeit zu machen. —

Die schlechte Großstadtluft

Wir leben in unsrer Stadt alle in schlechter Luft. Schon die vielen Schornsteine überall auf den Dächern genügen zur Verunreinigung der Luft, deren Schädlichkeit durch den Rauch der industriellen Betriebe noch vermehrt wird. Das wissen wir seit Jahrzehnten, aber die Schornsteine qualmen heute wie einst, obwohl die Technik in Verbindung mit einem guten Willen Neues schon längst hätte schaffen können.

Wer von der Luftverpestung durch industrielle Werke einen Begriff bekommen will, braucht nur einmal zu gewissen Tageszeiten nach der Alten Neustadt zu gehen, in die Nähe von Kathreiners Malzkaffeefabriken. Die Hafenstraße, Speicherstraße, Rogätzer Straße und Stendaler Straße haben bei ungünstigem Winde sehr oft unter atemraubenden, brenzligen Gerüchen dieser Fabrik zu leiden.

Die bis zum Jahre 1911 erschienenen wissenschaftlichen Arbeiten aus dem Gebiete der Lufthygiene wurden auf der Internationalen Hygiene-Ausstellung in Dresden seinerzeit bekanntgegeben. Es waren schon damals wertvolle theoretische Arbeiten, aber wie schwer bei uns der Schritt von der Theorie zur Praxis ist, zeigt die Tatsache, daß z. B. die Landesanstalt für Wasser-, Boden- und Lufthygiene in Berlin-Dahlem erst 1924 die Lufthygiene als Arbeitsgebiet aufgenommen hat.

In England hat man bewußt Gartenstädte geschaffen, die eine soziale Verbindung von Wohnen und Arbeiten bedeuten, und da hat man schon vor einem Vierteljahrhundert an die Reinhaltung der Luft gedacht. Die Arbeitsgebiete für die Industrien sind hier bewußt so angelegt, daß der herrschende Wind den Rauch von der Stadt wegtreibt. Aber außerdem hat man die Preise für Gas und Elektrizität absichtlich so niedrig gehalten, daß zur Vermeidung von Rauch Gas und Elektrizität als Kraftquellen praktisch in Betracht kommen und darum auch von den Industrien in großem Maße benutzt werden.

Inzwischen hat man auch eine Wiederverwendung des Rauches technisch möglich gemacht, doch mit welchem praktischen Erfolg? Die Schornsteine qualmen lustig weiter wie stets.

Rund 12 000 Liter solcher Luft atmen wir jeden Tag. An Essen und Trinken nehmen wir täglich nur 3 Kilogramm in uns auf. An Luft aber brauchen wir 15 Kilogramm täglich. Trotzdem kommen wir in der Hygiene der Stadtluft nicht über theoretische Betrachtungen und wissenschaftliche Zusammenstellungen hinaus. Die 3 Kilogramm Essen und Trinken wollen wir sauber haben. Die 15 Kilogramm Luft bietet man uns schmutzig.

Die industriellen Werke haben eben den Hauptzweck, wirtschaftlichen Gewinn zu bringen, und auch die Wohnungen haben keine Kulturaufgabe als Selbstzweck. Sie sind für ihre Besitzer Kapitalsanlage, Profit und Verzinsung! Und darum sind die großen hygienischen Notwendigkeiten und Forderungen nur lästige Anhängsel, statt Kernstücke im großen sozialen Leben zu sein. —

Verhaftung in der Straßenbahn

Am Dienstag abend gegen 9 Uhr gab es in einem Straßenbahnwagen der Linie 4 an der Haltestelle Kölner Straße eine Sensation. Zwei Fahrgäste, die Arbeitslosen Edmund D. und Fritz St. wurden aus der Straßenbahn heraus verhaftet. Ein Patrouillenautomobil der Polizei mit mehreren uniformierten Beamten und einem Kriminalpolizisten war zu diesem Zweck an der Haltestelle erschienen. Die Verhafteten wurden zunächst zur Wache Mitte transportiert und von dort nach Feststellung ihrer Personalien zum Polizeipräsidium. Nach ihrer Vernehmung wurden sie um Mitternacht wieder in Freiheit gesetzt. Der gegen sie ausgesprochene Verdacht hatte sich vorläufig nicht bestätigt. Die Polizei will durch weitere Ermittlungen den Fall restlos klären.

Wie wir erfahren, bildete den Grund zu der Verhaftung ein Gespräch, das von den beiden Verhafteten auf der Olvenstedter Chaussee geführt wurde, und die Aufmerksamkeit eines Passanten fand. In dem Gespräch war u. a. auch von einem Giftmord die Rede. Der betreffende Passant, ein Reichswehrsoldat, folgte den beiden bis zur Straßenbahn, alarmierte die Polizei, die mit einem Ueberfallkommando die Verhaftung vornahm.

Es mag nicht jedermann auf Grund eines halb erlauschten Gesprächs Veranlassung nehmen die Polizei auf seine Mitmenschen zu hetzen, die Polizei aber muß einer Anzeige nachgehen. Ihr ist ein Vorwurf nicht zu machen, wenn auch für die unschuldig Verhafteten sehr unerwünschte Unannehmlichkeiten damit verbunden sind. Man sieht an diesem Vorfall, wie leicht der Mensch in einen Verdacht gerät und wie rasch der berühmte „Arm der Gerechtigkeit" zu Ungerechtigkeiten auslangen kann. —

Schulzahnpflege und Berufsschullehrerschaft

In der Arbeitsgemeinschaft der Berufsschullehrer hielt Klinikleiter Zahnarzt Schwarz einen eingehenden Vortrag über seine Untersuchungen von Schulkindern der Magdeburger Volksschulen. Hiernach waren etwa 87 v. H. der Kinder zahnkrank. Als Ursache dieser betrüblichen Erscheinung sind anzusehen: unzureichende Ernährung, soziale Verelendung, schlechte Zahnpflege, zu späte zahnärztliche Untersuchungen.

Die Bekämpfung dieses Volksübels liegt im sozialen und volkswirtschaftlichen Interesse. Wirksame Bekämpfungsmittel sind: zweckmäßige Ernährung, Fernhalten von Süßigkeiten, dafür lieber Brotrinden und Brotkanten auch kleineren Kindern geben, Verabreichen kalkhaltiger Nahrungsmittel, fleißiges Benutzen zweckentsprechender Zahnbürsten, frühe zahnärztliche Behandlung auch der erkrankten Milchzähne.

Vom 14. Lebensjahr an soll ein jeder individuelle Zahnpflege betreiben und von Zeit zu Zeit die Zähne vom Zahnarzt untersuchen lassen. Gute Konstitution der Zähne gilt als Fundament der Gesundheit. Es ist Aufgabe der Berufsschule, hierauf die Belehrungen einzustellen und so der Volkswohlfahrt bestens zu dienen.

Nach dem Vortrag, der durch allerlei Material instruktiv unterstützt wurde, fand eine Besichtigung der neuzeitlich eingerichteten städtischen Schulzahnpflegestation statt. Der Abschied der Teilnehmer klang aus in Dankesworten an den Leiter und in Anerkennungsworten an die städtischen Körperschaften für diese wirklich soziale Einrichtung. —

Tragödie einer Mutter

Auf der Anklagebank des Schöffengerichts sitzt eine junge Frau. Sie macht aber den Eindruck, als habe sie schon längst die Jahre froher Schaffensfreude hinter sich. Das hat mancherlei Gründe. Die Sonne des Glückes und der Freude hat der Frau noch nicht allzuoft geschienen. Ihr Leben war täglicher Kampf. Sie ist Proletarierin, lebt von der Hand in den Mund, und da ihr Mann als Pantoffelmacher häufig ohne Arbeit ist, muß sie stets tüchtig mit zufassen, wenn nicht alles drunter und drüber gehen soll. Der tägliche Kampf mit dem Leben hat die Frau früh altern lassen. Nie hat sie aber am Leben verzagt. Der Mann war ihr stets eine treue Stütze. Noch nie ist sie vom rechten Weg abgewichen. Eine schlichte, einfache Frau, vor der man den Hut ziehen muß. Im Jahre 1925 gab sie einem Kinde das Leben. Trotz der Armut war die Freude an dem Kinde groß. Es gedieh prächtig. Und als ein Jahr vergangen war, wußten Vater und Mutter, daß die schwerste Zeit der Entwicklung des Kindes vorüber sei und daß nun mit Riesenschritten ihr Kind dem Leben entgegeneilen würde.

Die Not der Zeit hatte aber zur Folge, daß man dem Pantoffelmacherehepaar eine Wohnung nicht zuweisen konnte. Seit einiger Zeit wohnte deshalb das Ehepaar in der eignen Laube der Gartenkolonie am Buttersteig in Cracau. In dieser Laube war das Kind aufgewachsen. Der Garten war sein Spielplatz. Aber in der Laube des Gartens fand das kleine Kindchen im zarten Alter von einem Jahre auch plötzlich seinen Tod. Fahrlässigkeit der Mutter verursachte ein furchtbares Unglück. Die Laube verbrannte fast völlig, und in den Flammen fand das Kind des Ehepaares einen schrecklichen Tod.

Es war am 30. Juli 1926. Der herrliche Sommertag ging dem Ende zu. Die Frau weilte mit ihrem Kind in der Laube und wartete auf den Vater, der jeden Augenblick von der Arbeit kommen mußte. Das Kind saß vergnügt auf dem Sofa und spielte. Es wußte schon, daß der Vater bald heimkommen mußte. Es wußte auch, daß der Vater die späten Nachmittagsstunden benutzte, um sich an dem fröhlichen Treiben seines Kindes zu erfreuen. Das Kind wartete also. Die Mutter hatte die Kartoffeln, die nach der Heimkehr des Vaters gegessen werden sollten, auf den Spirituskocher gesetzt. Der kleine Kocher tat in der armseligen Laube schon seit langer Zeit seine Dienste. Noch nie hatte er versagt, und so oft die Frau schon Spiritus nachgegossen, ehe der Kocher sich abgekühlt hatte, noch nie war etwas passiert. Die Berichte in den Zeitungen, in denen leider immer wieder auf Unglücksfälle durch falsches und unvorsichtiges Umgehen mit Spirituskochern hingewiesen werden muß, hatte die Frau wohl gelesen, sich aber nie danach gerichtet. Sie goß schon so lange Spiritus in den Kocher, und noch nie war etwas geschehen, warum sollte sie das jetzt plötzlich anders machen? Die Kartoffeln auf dem Kocher begannen gerade zu kochen. Der Spiritus war ausgebrannt. In alter Gewohnheit griff die Frau auch diesmal wieder zur Spiritusflasche und goß in den glühendheißen Behälter Spiritus nach. In diesem Augenblick passierte das Unglück. Der Spiritus explodierte, es gab einen Krach, Flammen schlugen empor, erfaßten die Kleider der Frau, so daß die Unglückliche sofort in hellen Flammen stand. In ihrer Todesangst lief sie aus der Laube und schrie um Hilfe. Nachbarn stürzten herbei, löschten die Flammen, rissen der Frau die brennenden Kleider vom Leib und holten dann aus der Laube das Kind der Unglücklichen. Es war tot. Lebendig verbrannt.

Die Mutter des Kindes mußte sofort ins Krankenhaus gebracht werden. Auch sie hat furchtbare Schmerzen aushalten müssen und selbst am Tage der Gerichtsverhandlung, also fast drei Vierteljahre später, trägt sie einen Arm noch fest verpackt in der Binde. Die Wunde will und will nicht heilen, so fürchterlich hatte das Feuer den Arm der Angeklagten zerfressen. Erst als die Frau im Krankenhaus lag, erfuhr sie, daß ihr einjähriges Kind ein Opfer der Flammen geworden ist.

Am Dienstag stand die unglückliche Mutter vor dem Schöffengericht, der fahrlässigen Brandstiftung angeklagt. Sie schluchzt in einem fort. Unter Tränen erzählt sie den Vorgang. Immer wieder und immer wieder klagt sie: „Ich habe mein Kind verloren, ich bin doch genug gestraft, nun soll ich auch noch ins Gefängnis!" Vorsitzender: Wie kam es, daß die Flammen auch das Kind erreichen konnten? — Angeklagte: Das weiß ich auch nicht. Ich kann mir das nicht anders erklären, als daß ich in meiner Todesangst den Kocher umgerissen haben muß, und daß dadurch die Flammen bis zu dem Kinde gedrungen sind, das auf dem Sofa spielte. — Neben der Angeklagten sitzt ihr Ehemann. Er leistet der Frau Beistand, die wegen der erlittenen Verbrennungen noch immer nicht sich selbst überlassen sein darf. Der Mann schweigt. Auch als ihn der Vorsitzende fragt, ob er als Ehemann der Aussage seiner Frau noch etwas hinzuzusetzen hätte, bewegt er nur schwermütig den Kopf. Im Gerichtssaal herrschte Totenstille. Die Tragik des Schicksals ließ für einige Zeit alles verstummen. Arme Menschen haben ihr Kind verloren. Die Mutter weint um das Einjährige, das sie unter Schmerzen geboren und das unter noch unendlich größeren Schmerzen den Tod finden mußte. Der Vater schweigt. Der Gedanke an den furchtbaren Tod seines Kindes schnürt ihm die Kehle zu.

Der Richter spricht dann das Urteil. „Im Namen des Volkes wird die Angeklagte wegen fahrlässiger Brandstiftung zu einem Monat Gefängnis verurteilt. Die Verbüßung der Strafe wird auf die Dauer einer Bewährungsfrist von 3 Jahren ausgesetzt." Der Richter betont in der Urteilsbegründung, daß die Tat äußerst milde zu beurteilen sei und die niedrigste Strafe in Anwendung gebracht worden wäre. Die Angeklagte nahm das Urteil an. Auch der Staatsanwalt war mit dem Urteilsspruch des Gerichts einverstanden.

Der Ehemann führt seine Frau aus dem Gerichtssaal. Noch immer weint die Unglückliche. Der Richter hat „Im Namen des Volkes" Recht gesprochen. Volk, das sind wir alle. In unserm Namen also ein Urteil, das grausam erscheint, das erschüttern muß. Was haben wir getan, um die arme Frau vor der Schuld zu behüten? Wem schlägt nicht das Gewissen, wenn er nach der Ursache des großen Unglücks der jungen Mutter fragt? Einzig und allein die Wohnungsnot ist schuld. In enger Laube mußte eine Familie hausen, auf beschränktem Raum, unter primitivsten Verhältnissen. Wehe der Gesellschaft, die den Armen schuldig werden läßt, und ihn dann den unerbittlichen Paragraphen ihrer Gesetze ausliefert. Darf sie sich wundern, wenn ihr Feinde entstehen, die sie bekämpfen, sie beseitigen wollen? Reiht euch ein, in die Scharen der Kämpfer, die dem Kapitalismus den Kampf ansagen, die einer besseren Ordnung durch den Sozialismus zustreben, die auch dem Armen eine menschenwürdige Wohnung erringen wollen. Anklagen für eine alte, und Flammenzeichen für eine neue Zeit sind solche Vorkommnisse. Versteht sie zu deuten, ihr Bedrückten und Enterbten! —

Unbestellte Warensendungen

In letzter Zeit mehren sich die Fälle, in denen Privatpersonen ohne jede Bestellung Waren, wie Taschentücher, Zigarren, Bücher usw., durch die Post zugeschickt werden. Im Begleitschreiben werden dann die Waren als äußerst billig empfohlen und die Empfänger gebeten, den Preis an die Firma einzuschicken. Bei Nichtgefallen wird um Rücksendung gebeten. Zur Rücksendung liegt ab und zu auch das Rückporto bei. Viele Leute wissen nun nicht, was sie in einem solchen Falle zu tun haben und leisten Zahlungen, zu denen sie nicht verpflichtet sind.

Am besten ist es, unbestellte Warensendungen überhaupt nicht anzunehmen. Ist aber die Sendung aus irgendeinem Grunde doch angenommen worden, weil beispielsweise nicht erkannt wurde, daß es sich um eine unbestellte Warensendung handelt, so ist der Empfänger nicht verpflichtet, die Ware zurückzuschicken. Oft führen die Firmen in ihrem Begleitschreiben auch an, die übersandten Posten gelten als angenommen, wenn nicht binnen bestimmter Zeit die Rücksendung erfolgt. Hier ist weder Rücksendung, noch Mitteilung davon, daß man die Ware nicht zu erwerben wünsche, notwendig. Schweigen gilt hier nicht als Zustimmung. Der Empfänger hat lediglich die Verpflichtung, sich jeder Verfügung wie auch jeder schädigenden Einwirkung auf die Ware zu enthalten. Nicht berechtigt ist der Empfänger, die Ware zu benutzen, weil er damit zu erkennen geben würde, daß er die Ware annimmt. Damit wäre aber auch der Kaufpreis fällig. Der Empfänger ist aber auch nicht berechtigt, die ihm unbestellt zugeschickte Ware einfach auf die Straße zu werfen, da dies eine Schädigung fremden Eigentums in einer gegen die guten Sitten verstoßenden Weise wäre. Es empfiehlt sich daher für den Empfänger, sofern es sich um kleinere Gegenstände handelt, sie aufzubewahren, sofern es sich um größere Sachen handelt, sie auf Kosten der Firma bei einem Spediteur zu hinterlegen.

Wird der Kaufpreis für die unbestellte Ware nicht bezahlt und auch die Ware nicht zurückgeschickt, so kommt oft 3 bis 4 Wochen später von der Versandfirma ein Postauftrag. Auch auf diesen Postauftrag hin braucht selbstverständlich nicht bezahlt zu werden. Oft verklagt nun die Versandfirma den Empfänger auf Bezahlung des Kaufpreises, und zwar regelmäßig an dem Gericht, an dem die Firma ihre Niederlassung hat. Sie begründet das mit der Behauptung, dieser Gerichtsstand sei vereinbart und weist darauf hin, daß in ihrer, der Sendung beigegebenen Rechnung der Vermerk steht, Gerichtsstand ist der Ort der Niederlassung der Firma. In diesem Falle muß dann der Empfänger unbedingt für Vertretung im Termin sorgen, da sonst Versäumnisurteil gegen ihn erginge. Aus diesem Versäumnisurteil wäre aber die Zwangsvollstreckung möglich. Wird dagegen für Vertretung gesorgt, so muß die Klage unter Ueberbürdung der Kosten — insbesondere auch der Kosten für die Vertretung — auf die Versandfirma abgewiesen werden. Verschiedentlich werden auch unbestellte Waren unter Nachnahme versandt. Wird die Nachnahme aus Versehen eingelöst, kann das Geld von der Firma zurückgefordert werden. —

Wer frißt unsre Kleider auf?

Das farbenfreudige und schöne Geschlecht der Schmetterlinge schickt uns einige mißliebige Vertreter ins Haus. Abends beim Lampenschein, oder in der Dämmerung, seltener auch bei Tage, flattern Motten unsicher durch das Zimmer. Besonders der Beginn der warmen Jahreszeit begünstigt die Entstehung und Verbreitung dieser gefürchteten Schädlinge. Der Ruf „Schabenfliegen", bringt manches brave Hausmütterchen zur Verzweiflung. Sie sieht schon im Geiste ihre Kleider, Polstermöbel und Stoffe zerfressen und durchlöchert und schwört den ungebetenen Gästen ewige Rache, meist aber ohne bleibenden Erfolg. Die echten Motten oder Schaben sind eine Familie der Kleinschmetterlinge, von denen es im Freien ein ganzes Heer gibt.

Und wenn wir einmal den berechtigten Grimm beiseite lassen und die winzigen Falter uns näher besehen würden, so könnten wir feststellen, daß diese Kleinschmetterlinge an zierlichem Körperbau und oft wunderbarer Flügelzeichnung ihren großen Vettern nur wenig nachstehen. Die Hausfrau wird aber solchen Erwägungen nur schwer zugänglich sein, für sie bleiben die Tierchen Schädlinge, die mit Recht vertilgt und ausgerottet gehören. Die Motten selbst aber können wegen ihrer verkümmerten Mundwerkzeuge nicht schaden. Ihre einzige Daseinsberechtigung und Aufgabe ist die Erzeugung von Nachkommen. Beim Lampenlicht finden sich dann Mottenmännlein und -weiblein zum tändelnden Liebesspiel, sie „schwärmen". Aus den beinahe mikroskopisch kleinen Eiern, die vom Weibchen in die verborgensten Ritzen abgelegt werden, schlüpfen nach 2 bis 3 Wochen die winzigen Raupen aus, die mit ihrer Zerstörungsarbeit an den hausfraulichen Heiligtümern alsbald beginnen. Nicht selten bauen sich die Raupen ein Futteral aus abgenagten Wollfasern, das sie, wie die Schnecke ihr Haus, mit sich herumtragen und in dem sie auch überwintern und sich verpuppen. Die verbreitetsten Arten unter den Hausmotten sind die Pelzmotte und die Tapetenmotte. Von der Kleidermotte wurde festgestellt, daß ihre Vermehrung auch auf parthenogenetischem Wege vor sich gehen kann, daß sich also auch unbefruchtete Eier zu ausgebildeten Individuen entwickeln können.

Unbedingt sicher wirkende Mittel, mittels deren man sich im Haushalt von diesen unerwünschten Plagegeistern schützen kann, gibt es eigentlich keine. Eingestreute Stoffe, wie z. B. Lavendel, Kampfer, Naphthalin, Tabak usw. besitzen nur eine gewisse vorbeugende Wirkung, töten aber nicht, wie oft irrtümlich angenommen wird, die Motten, sondern hindern sie nur bestenfalls, das so behandelte Material zur Eiablage aufzusuchen. Dasselbe gilt auch von den oft empfohlenen stark riechenden Flüssigkeiten. Fleißige Uebung der bekannten Hausfrauentugenden, als da sind: Lüften und Wenden, Bürsten und Klopfen, bleibt auch hier, wie so oft, das beste Gegenmittel. Der Kuriosität halber sei noch vermerkt, daß ein findiger Kopf der Mottenplage mit dem Kühlschrank Herr werden wollte. Nach seinem Vorschlag sollen Pelz- und Wollwaren in den heißen Sommermonaten in Kühlräumen aufbewahrt werden, deren eisige Temperaturen die Lebensfähigkeit der Motten vernichten. —

Eine Statistik des Grauens

Der preußische Innenminister hat dem Landtag einen von diesem geforderten Nachweis über die seit dem 1. Mai 1925 auf preußischem Gebiet begangenen gemeinen Schwerverbrechen überreicht. Danach sind in der Zeit vom 1. Mai 1925 bis zum 31. Dezember 1926 in den 35 Regierungsbezirken insgesamt verübt worden: Morde 610, Totschläge 438, Raubüberfälle 2819. Davon sind aufgeklärt 522 Morde, 415 Totschläge, 1438 Raubüberfälle. In Prozenten beträgt die Aufklärungszahl der Morde 86 Prozent, der Totschläge 95 Prozent und der Raubüberfälle 51 Prozent; die Gesamtaufklärungszahl beträgt 77 Proz.

In Berlin (Stadt) wurden verübt 106 Morde, 49 Totschläge, 514 Raubüberfälle; die Gesamtaufklärungszahl beträgt hier 76 Prozent; von den 106 Morden waren 60 Mordversuche. An zweiter Stelle steht Düsseldorf mit 62 Morden, 63 Totschlägen und 414 Raubüberfällen. Es folgen Oppeln mit 40 Morden, 21 Totschlägen und 193 Raubüberfällen (Aufklärungszahl 74 Prozent); Schleswig: 34 Morde, 20 Totschläge und 140 Raubüberfälle (71 Prozent); Arnsberg: 33 Morde, 37 Totschläge und 227 Raubüberfälle (76 Prozent); Stettin: 32 Morde, 11 Totschläge und 92 Raubüberfälle (74 Prozent); Magdeburg: 29 Morde, 13 Totschläge und 51 Raubüberfälle (69 Prozent); Breslau: 28 Morde, 14 Totschläge und 91 Raubüberfälle (75 Prozent); Potsdam: 24 Morde, 18 Totschläge und 43 Raubüberfälle (78 Prozent); Köln: 16 Morde, 14 Totschläge und 311 Raubüberfälle (75 Prozent). Für Königsberg lauten die Zahlen: 5 Morde, 10 Totschläge, 71 Raubüberfälle (86 Prozent); für Hannover: 8 Morde, 1 Totschlag, 4 Raubüberfälle. Hier beträgt die Aufklärungszahl 100 Prozent. Die geringste Aufklärungsziffer mit Ausnahme von Sigmaringen weist Schneidemühl mit 61 Prozent auf. Hier wurden verübt: 7 Morde, 4 Totschläge und 14 Raubüberfälle, aufgeklärt 6 Morde, 3 Totschläge und 3 Raubüberfälle.

— **Friede unter den Religionen und Weltanschauungen.** Eingeladen von der Friedensgesellschaft, sprechen über dieses Thema am Freitag abend 8 Uhr im „Wilhelmspark" Pfarrer Richter (Leopoldshall), Vikar Becker, Rabbiner Dr. Wilde und Prediger Dr. Köstlin. Eintritt 20 Pfennig. —

— **Achtung, Metallarbeiter!** Am Freitag den 18. d. M., abends 6½ Uhr, Vertrauensmännersitzung im „Konzerthaus", Leipziger Straße. (Siehe Inserat.) —

— **Arbeitsgemeinschaft des graphischen Gewerbes Magdeburg.** Am Freitag den 18. Februar, abends 7½ Uhr, findet in der Aula der Pestalozzischule, Breiter Weg 199/200, ein Lichtbildervortrag „Führung durch das Kaiser-Friedrich-Museum" statt. Vortragender ist Architekt Henneberg. —

— **Elf Todesfälle an Grippe.** Unserer gestrigen Meldung über die Zahl der Grippeerkrankungen in Magdeburg ist noch nachzutragen, daß beim städtischen Gesundheitsamt in der letzten Woche elf Todesfälle an Grippe gemeldet wurden. —

× **Kein Verbot des Dentistenberufs in Preußen.** Entgegen Nachrichten in der Presse wonach das Preußische Volkswohlfahrtsministerium sich mit dem Gedanken trage, seinen Nachwuchs im Dentistenberuf zugelassen oder gar die Ausübung des Dentistenberufes generell zu verbieten oder zu erschweren, weist der „Amtliche Preußische Pressedienst" darauf hin, daß das Vorgehen des Volkswohlfahrtsministeriums lediglich eine Vereinheitlichung der Zahnbehandler (Zahnärzte und Zahntechniker) bezweckt, um die zwischen beiden Berufsgruppen entbrannten wirtschaftlichen Kämpfe zu beenden. Von einem Verbot der Ausübung des Dentistenberufs kann keine Rede sein. Vielmehr soll nach entsprechender reichsgesetzlicher Aenderung der Reichsversicherungsordnung und der Reichsgewerbeordnung durch ein am 15. Dezember 1925 geschlossenes Abkommen zwischen Zahnärzten und Zahntechnikern unter Zuziehung verschiedener Abgeordneter und des Volkswohlfahrtsministeriums ein vertrauensvolles und einheitliches Zusammenarbeiten beider Berufsgruppen bei der Krankenbehandlung erzielt werden. —

— **Auslegung eines Bebauungsplans.** Auf Grund des Fluchtliniengesetzes ist beabsichtigt, die durch den Bebauungsplan vom 14. Oktober 1899 für das Gebiet zwischen Leipziger Straße, Fermersleber Weg, Dodendorfer Straße und Salbker Straße — gegenüber der Krankenanstalt Sudenburg, förmlich festgestellten Fluchtlinien abzuändern. Nachdem die ortspolizeiliche Zustimmung erteilt worden ist, liegt der neue Bebauungsplan mit Erläuterungsbericht und Vermessungsregister in der Zeit vom 19. Februar bis einschl. 18. März d. J. im Liegenschaftsamt, Spiegelbrücke 1/2 III (Zimmer 33) während der Dienststunden zu jedermanns Einsicht aus. Einwendungen gegen den Plan müssen innerhalb dieser Auslegungszeit beim Liegenschaftsamt geltend gemacht werden, widrigenfalls sie keine Berücksichtigung finden können. —

Schulgeld für die städtischen Fachschulen. Das Schulgeld für den Besuch der städtischen Fachschulen (Handels- und höhere Handelsschule, Haushaltungs- und Gewerbeschule mit Seminar und Hausschwesternschule) für das Vierteljahr Januar/März war bis zum 15. Februar d. J. zu zahlen. Diejenigen Zahlungspflichtigen, die das Schulgeld für dieses Vierteljahr noch nicht gezahlt haben, müssen dieses in der Zeit vom 23. bis 25. Febr. tun, andernfalls zwangsweise und kostenpflichtige Einziehung erfolgt.

— **Wegen Erregung öffentlichen Aergernisses** wurde am Mittwoch mittag ein junger Mann auf frischer Tat in den Anlagen des Glacis am Sudenburger Tor verhaftet. —

— **Selbstmordversuch.** Der Gastwirt H. versuchte sich am Mittwoch früh, vermutlich aus Reue über den Verkauf seines Anwesens, das er am Mittwoch an den neuen Besitzer abtreten mußte, mit einem Lederriemen an seinem Bette zu erhängen. Seine Frau fand ihn bewußtlos auf und holte Hilfe. Wiederbelebungsversuche waren erfolgreich, doch liegt der Mann schwerkrank danieder. —

× **Festgenommener Einbrecher.** Am 13. Februar wurde durch Beamte der hiesigen Kriminalpolizei in Magdeburg-Westerhüsen der Arbeiter Walter Cornehl festgenommen und dem Polizeigefängnis zugeführt. Cornehl hatte einen Einbruchsdiebstahl in das Postamt Jerichow ausgeführt. —

× **Gestohlene Uhren.** Am 13. Februar nachmittags sind aus einer Wohnung in der Basedowstraße eine goldene und eine silberne Damenuhr, Nummer nicht bekannt, ein braunes Damenportemonnaie mit 40 Mark Bargeld und eine schwarze Wachstuchtasche gestohlen. Sachdienliche Mitteilung über irgendwelche Wahrnehmungen erbittet der Polizeipräsident, Kriminal-Dienststelle Mitte, Neue Ulrichstraße 2, Zimmer 14. —

× **Erledigt** sind die Ausschreiben betreffend vermißten Friedrich Heinrichson und Hans Steinlein. —

Sozialdemokratische Partei

Bezirk Buckau. Am Donnerstag Frauenabend bei Meyer, Weststraße

Aus andern Stadtverwaltungen

Vereinigung von Harburg und Wilhelmsburg

Die beiden an der Grenze hamburgischen Staatsgebiets gelegenen preußischen Städte Harburg und Wilhelmsburg wollen sich zu einer Stadtgemeinde vereinigen. Das städtische Presseamt in Wilhelmsburg macht über den Vereinigungs-Vertrag und die Gründe, die zu ihm geführt haben, u. a. folgende Mitteilungen:

Der Vertragsentwurf ist mit Stimmenmehrheit von den Wilhelmsburger städtischen Kollegien angenommen worden. Auch die Harburger städtischen Kollegien haben denselben Entwurf unverändert angenommen. Die städtischen Kollegien Wilhelmsburgs haben sich bei ihrem Beschluß von folgenden Gesichtspunkten leiten lassen: Wie früher, so ist auch jetzt noch der einhellige Wunsch der Wilhelmsburger Bevölkerung, mit der Stadt Hamburg vereinigt zu werden. Diesem einmütigen Wunsche der Bevölkerung hat der preußische Staat ein starres „Nein" entgegengesetzt. Er hat mit aller Deutlichkeit amtlich und öffentlich erklärt, daß eine Abtretung von Wilhelmsburg an Hamburg jetzt und für alle Zukunft ausgeschlossen sei. Für den Fall der Ablehnung des Anschlusses an Hamburg hatte die Bevölkerung und ebenso die städtischen Kollegien die einmütige Forderung aufgestellt, als selbständige Stadt die wichtigen Aufgaben zu erfüllen, die sie im Rahmen des Unterelbeproblems zu meistern hat. Das war aus oft erörterten Gründen unzweifelhaft nur dann möglich, wenn Wilhelmsburg den Gutsbezirk Kattwyk und starke finanzielle Unterstützung des preußischen Staates erhielt.

Aber auch hier haben die preußische Staatsregierung und die gesetzgebenden Körperschaften die Wünsche der Wilhelmsburger abgelehnt. Im Gegenteil, die preußische Staatsregierung hat dem preußischen Staatsrat und dem Landtag ein Gesetz zugehen lassen, worin die zwangsweise Zusammenlegung der beiden Stadtgemeinden Harburg und Wilhelmsburg sowie des Gutsbezirks Kattwyk vorgeschlagen wird. Der Staatsrat hat diesen Gesetzentwurf nicht nur nicht bestätigt, nein, er ist sogar weit über den Rahmen des Gesetzentwurfs hinausgegangen. Auch der Landtag wird sich der zwangsweisen Zusammenlegung von Harburg, Wilhelmsburg und Kattwyk nicht verschließen. Nach dem Gesagten steht mit absoluter Bestimmtheit fest, daß ein Zusammenschluß erfolgen wird.

Die städtischen Kollegien hatten daher nur zu prüfen, ob Wilhelmsburg sich im Falle des freiwilligen Vertragsabschlusses besser steht als dann, wenn der Zusammenschluß durch Gesetz erfolgt. Diese Fragen mußten die städtischen Kollegien bejahen.

Preußen hat sich bisher den Eingemeindungen nach Hamburg entgegengesetzt. Es will die Städte Wandsbek, Altona und Harburg zu Großgemeinden entwickeln. In der Vereinigung von Harburg und Wilhelmsburg ist der erste Schritt in dieser Richtung getan. Erst kürzlich hat der Hamburger Oberbürgermeister Dr. Petersen in einer Rede Stellung genommen gegen die Pläne Preußens. —

* **Mit den Polen gegen das Bürgertum.** In Hamborn am Rhein sollten die Stadtverordneten dieser Tage eine Erhöhung des städtischen Zuschusses für das Theater und Orchester von 174 000 Mark auf 200 000 Mark bewilligen. Sämtliche bürgerlichen Parteien, die Volkspartei, das Zentrum und die Demokraten, lehnten die Erhöhung ab. Mit den Stimmen der Sozialdemokraten, Kommunisten und — Polen wurde sie jedoch genehmigt. Städtische Mittel für deutsche Kultureinrichtungen werden von deutschen Parteien abgelehnt, von Polen bewilligt. Wo bleibt da die „nationale Ehre"? —

* **Eingemeindungsfragen.** Der Oberbürgermeister Dr. Landmann hielt in der Stadtverordneten-Versammlung in Frankfurt a. M. bei der Beratung des Haushaltplanes eine lange Programmrede, in der er bezüglich der Eingemeindungsfrage ausführte: Als ein bedeutsames Werk wirtschaftspolitischer Arbeit müsse der Abschluß der Eingemeindungsverträge mit den Nachbargemeinden Fechenheim, Griesheim, Schwanheim und Sossenheim gewertet werden; denn neben den im Vordergrund stehenden Siedlungszwecken waren wirtschaftliche Ziele, nicht mainburgriger Großstadt-Imperialismus die Triebfeder dieser mit großen Opfern verbundenen Aktion. — Aus Breslau wird berichtet: Nach langen, mühevollen Verhandlungen ist es gelungen, in der Frage der Eingemeindung des Stadterweiterungsgebietes einen Ausgleich der widerstreitenden Interessen zwischen Stadt- und Landkreis Breslau zu erzielen. Das Eingemeindungsprogramm des Magistrats erhält durch diesen Vergleich zwar eine starke Einschränkung, dafür dürfte es aber hoffentlich im Interesse von Stadt- und Landkreis endlich in Berlin zu einer baldigen Entscheidung kommen. —

* **Stadtratswahl in Chemnitz.** Die Stadtratswahlen in Chemnitz brachten gegen den bisherigen Zustand eine kleine Verschiebung nach links. Fünf Wahlvorschläge waren eingegangen. Es erhielten Sitze: die Sozialdemokraten 6 (bisher 5), die Demokraten 1 (1), die Deutschnationalen 2 (3), die Hausbesitzer 2 (1), die Kommunisten 4 (4) und die Volksparteiler 3 (4). Die Sozialdemokraten, die Demokraten und die Aufwertungspartei hatten zusammen einen Wahlvorschlag eingereicht, die Hausbesitzer und die Volksparteiler waren Listenverbindung eingegangen. —

* **Abschied des Oberbürgermeisters Cuno.** In Hagen (Westfalen) verabschiedete sich nach 26jähriger Amtstätigkeit Oberbürgermeister Cuno, ein aufrichtiger Demokrat, von den Stadtverordneten, die ihm in herzlicher Weise ihren Dank abstatteten. —

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold

Abteilung Wilhelmstadt. Donnerstag abend 8 Uhr im „Wilhelmspark" Sitzung des Vergnügungsausschusses — Freitag abend 7 Uhr Sitzung sämtlicher Hundertschafts-, Zug- und Gruppenführer im „Wilhelmspark".

Theater, Konzerte, Vorträge

Kunstverein. Lichtbildervortrag: Museumsdirektor Dr. Kunze (Erfurt) spricht am 21. Februar, abends 8 Uhr, im Stadtmissionssaal über „Mitteldeutsche Plastik". Mitglieder haben freien Eintritt.

Deutsche Friedensgesellschaft, Ortsgruppe Magdeburg. Freitag den 18. Februar, abends 8 Uhr, im „Wilhelmspark". Vortragsabend: „Frieden unter den Religionen und Weltanschauungen". Redner: Pfarrer Richter (Leopoldshall), Vikar Becker, Rabbiner Dr. Wilde und Prediger Dr. Köstlin. Eintritt 20 Pfennig.

„Der Schrei aus der Straße" von Rolf Lauckner — Erstaufführung für die „Junge Bühne" — am Donnerstag den 24. Februar im Wilhelm-Theater. Eintrittskarten, auch für Nichtmitglieder: Volksbühne, Berliner Str 19.

Rundfunkprogramme

Leipzig — Dresden

Donnerstag, 17. Februar. 4.30: Leipz. Funkorch. ⊙ 6.05: Aufwertung. ⊙ 6.20: Steuer. ⊙ 7: Schulrat Wehner: „Der unbekannte Pestalozzi." ⊙ 7.30: Minister a. D. Prof. Richard Seyfert: „Pestalozzi und seine Bedeutung für die Gegenwart." ⊙ 8.15: Von Lehrern und Schülern. Mitw.: Siegfried Lewinsky vom Staatstheater Dresden, Karl Schütte von der Staatsoper Dresden (Klarinette), Prof. W. Bachmann (Klavier). Björnstjerne Björnson: Die Geschichte des alten Schulmeisters Bard Oppdal. — Löwenberg: Auf dem Felde der Ehre. — Findeisen: Der alte Lehrer. — F. A. Zimmer: Frühling in der Dorfschule. — Jeanne Berta Semmig: Die alte Schülerin. — Keller: Der Schulgenoß. — Reger: Sonate für Klarinette und Klavier (B-Dur). — Goethe: Ein Meister einer ländlichen Schule. — Mörike: Schulschmädlein. — Pfarrius: Der alte Fritz und der Schulmeister. — Geibel: Schulgeschichten. — Schmerler: Frühling im Schulhof. — Nagler: Fröhliche Schulerinnerungen. ⊙ 10.30: Funkstille.

Berlin — Königswusterhausen — Stettin

Donnerstag, 17. Februar. 4: Alfieri und Enseren: Spanisch. ⊙ 4.30: Konzert. Purcell: Air. — Mozart: Das Veilchen; Warnung; Sehnsucht nach dem Frühling. — Slamitz-Klengel: Violinkonzert B-dur. — Beethoven: Schottische Lieder: Der treue Johnie; Die Lore am Tore. — Beethoven: Trio für drei Celli, C-Dur. — Beethoven: Irische Lieder: Irisch Blut; O Harfe Irland; Kommt, schließt mir einen frohen Kreis. — Beethoven: Romanze G-dur. — Beethoven: Walliser Lieder: Das Hirtenmädchen; Cupidos Macht. — Schubert: Duo in A-Dur für Violine und Klavier. — Grell: Larghetto in F-dur. — Hollmann: Serenade. ⊙ 6.30: Dr. Singer: Einführung zu dem Oratorium: „Tobias Heimkehr." ⊙ 7.05: Dr. Groß, Semlin: „Vom Deutschtum im südslawischen Banat." ⊙ 7.30: Pestalozzi-Feier a. d. Lehrervereinshaus. Begrüßung (Fr. Buchholz. — Mozart: Ave verum (Berliner Lehrer-Gesangverein). — Ansprache (Prof. Becker). — Mozart: Bundeslied (Berliner Lehrer-Gesangverein). — Zu Pestalozzis Gedächtnis (G. Wolff). — Kämpf: Gebet (Berl. Lehrer-Gesangv.). ⊙ 9: „Tobias Heimkehr", von Haydn. Raphael, Erzengel (in Gestalt des Azarias): Emmy von Stetten. Tobias: Alfred Wilde. Tobit, dessen Vater: van de Sande. Anna, dessen Mutter: Maria Peschke. Sara, Tobias Frau: Marg. Rodowe-Wachsmundt. Chor der Hebräer: Chor und Orch. dr Funk-Stunde Berlin. ⊙ 10.30: Tanz-Musik.

Königswusterhausen. Donnerstag, 17. Februar. 2.30: Wirtschaftlichkeit der verschiedenen Waschmethoden. ⊙ 3.30: Dr. Wienert: Die akademischen Berufe, Studium und Aussichten. ⊙ 4: Prof. Dr. Gins: Forderungen der öffentlichen Gesundheitspflege u. d. Schule. ⊙ 4.30: Dr. Buchenau: Pestalozzi u. d. Zukunft unseres Bildungswesens. ⊙ 5: Vortr. Legationsrat Dr. Soehring: Gedanken zur Kulturpropaganda und Kulturpolitik. ⊙ 5.30: Geh. Konsistorialrat Prof. Dr. Seeberg: Der heilige Augustin und wir. ⊙ 6: Landforstm. Dr. König: Unsere Nadelhölzer u. ihre praktische Bedeutung für Forst- und Holzwirtschaft. ⊙ 6.30: G. van Enzeren, C. M. Alfieri: Spanisch für Fortgeschrittene. ⊙ 6.55: Carl Meißner: Sprechkunst der Gegenwart: Der Januskopf Christian Morgenstern.

Hannover — Hamburg — Bremen

Donnerstag, 17. Febr. 12.30: Hannover (alle Noragsender): Konzert. ⊙ 2.05: Bremen (alle Noragsender): Konzert. ⊙ 4.15: Hannover, Hamburg, Bremen: Aus deutschen Spielopern. Mitw.: Heinz Becker und Norag-Orch. Nicolai: Ouv. Die lustigen Weiber von Windsor. — Weber: Fant. Oberon. — Kreutzer: Aus Nachtlager von Granada. — Lortzing: Balletmusik aus „Zar und Zimmermann. ⊙ 4.15: nur Kiel: Kinderlieder, gej. von Charlotte Gleißberg. ⊙ 5: Hamburg (alle Noragsender): Menschen und Werke der Zeit. „Jacob Wassermann". ⊙ 5.40: Hamburg (alle Noragsender): Apotheker Lampe: Der Apothekerberuf. ⊙ 6: Hamburg und Kiel: Tanztee. ⊙ 6: Hannover, ⊙ 6.15: Bremen: Tanztee. ⊙ 6.50: Hamburg (alle Noragsender): Vilma Mönckeberg: Sprechen und Erzählen, eine Aufgabe für Mütter und Frauen. ⊙ 7.10: Hamburg (alle Noragsender): Dr. Förster: Die Kohle, ein Menschenfreund. ⊙ 7.35: nur Hamburg: Ernst Kumlehn: Wanderjunk. ⊙ 7.35: nur Bremen: Karl Ehlers: Die Giebelzierden des niedersächsischen Bauernhauses. ⊙ 7.35: nur Kiel: Willi Christiansen: Unsere Wälder. ⊙ 8: Hamburg (alle Noragsender): Pestalozzi-Feier (zum 100. Todestage). St. Michaelis-Knabenchor. Schumann: Hermann und Dorothea-Ouv. — Festrede von Oberschulrat Goetze. — Mozart: Brüder reicht die Hand zum Bunde. — Geh' aus, mein Herz und suche Freud'. — Wagner: Ein Albumblatt. — Clasen: Aus Pestalozzis Werk. — Mozart: ABC. — Die Blümelein alle schlafen. — Buhlöden. ⊙ 9.10: Hamburg (alle Noragsender): Ernste und heitere Wunder. Ein volkstümlicher Abend. — Anschl.: Konzert aus Hannover.

Für den

RUNDFUNK

bediene sich jeder unsrer reichhaltigen

RADIO-LITERATUR

Unentbehrlich für alle Teilnehmer sind:

Radio-Zeitschriften

Funk die Wochenschrift des Funkwesens, mit Programmen des In- und Auslandes . 60 Pf

Der neue Rundfunk Mitteilungen des Arbeiter-Radioklubs mit Programm . . . . . 20 Pf.

Radio für Alle Monatsschrift für Radiosport und -Technik . . Mk. 1.00

Der Deutsche Rundfunk mit Programm 50 Pf.

BUCHHANDLUNG VOLKSSTIMME

Magdeburg, Große Münzstraße Nr. 3

Nachrichten aus der Provinz

Der Etat der Provinz

Mit 77 Millionen Mark schloß diesmal der Etat der Provinzialverwaltung ab. Das bedeutet eine Steigerung von fast 15 Millionen Mark gegenüber dem vorjährigen Etat Es soll deshalb beabsichtigt sein, die Provinzialsteuer-Umlage von 12 auf 15 Prozent zu erhöhen. —

Krankheiten der Feldfrüchte

Wie der „Amtliche Preußische Pressedienst" einer Uebersicht der „Statistischen Korrespondenz" über das Ergebnis der im Jahre 1926 gemeldeten Fälle an Schädigungen der Feldfrüchte entnimmt, hat das sehr unbeständige Wetter im Winter 1925/26 und das Auftreten der Kahlfröste im März dem Wintergetreide, dem Klee und dem Raps erheblich geschadet. Die Schädigungen der Pflanzen im Frühjahr und Sommer waren vielfacher Art und häufiger als im Vorjahr. Von den Hackfrüchten haben die Kartoffeln durch Schwarzbeinigkeit, Blattrollkrankheit, Kartoffelkrebs, Blatt- und Knollenfäule in fast allen Gegenden stark gelitten.

Die schweren Gewitter und die andauernde Nässe haben die Lebensmöglichkeit der tierischen Schädlinge sehr eingeschränkt. Hierdurch ist auch die Abnahme der Meldungen über tierische Schädlinge von 22 313 Fällen im Vorjahr auf 14 199 im Jahre 1926 zu erklären. Von allen tierischen Schädlingen treten immer noch die Mäuse am meisten auf Nächst den Mäusen wurden die Ackerschnecken am häufigsten im Westen und Südwesten erwähnt. Stärker verbreitet als im Jahre 1925 war die Raupenplage im Kohl; die Meldungen über Frit- und Blumenfliegen waren seltener als im Vorjahr, desgleichen die Klagen über Saatkrähen, Hamster, Maulwürfe, Engerlinge und Erdflöhe. Die Verunkrautung war im allgemeinen stärker als sonst, da infolge der Nässe nicht viel dagegen getan werden konnte. —

Kreis Wanzleben

Groß-Ottersleben

Vom Arbeitsmarkt. Der schwankende Witterungscharakter wirkte auf die Arbeitsmarktlage ungünstig ein. Der Frost hatte zur Folge, daß die Anfang des Monats aufgenommenen Arbeiten in den Außenberufen wieder eingestellt werden mußten und die hierin beschäftigten Arbeiter ihre Entlassungspapiere erhielten. Die Metallindustrie hat ebenfalls Arbeitskräfte entlassen, dafür stellten aber größere Betriebe vorübergehend Entlassene ein. Dasselbe ist von dem Schnittstoffgewerbe sowie von Kleinhandwerkern zu berichten. Eine größere Anzahl weiblicher Arbeitskräfte konnte in die Landwirtschaft vermittelt werden, die dieselben zum Dreschen angefordert hatte. Nach der letzten Statistik waren 702 Erwerbslose vorhanden. Neu kamen hinzu: Aus dem Baugewerbe 137, Industrie 71, Landwirtschaft 22, Kleingewerbetreibende und sonstige Berufe 21, zusammen 251; mithin sind im Laufe des Monats 953 Personen, nicht eingerechnet Familienmitglieder, aus Mitteln der Erwerbslosenfürsorge unterstützt worden. Ausgeschieden sind während desselben Zeitraums 302 Unterstützungsempfänger, von denen Arbeit fanden: Im Baugewerbe 118, Industrie 71, Landwirtschaft 103, Kleingewerbetreibende 10, so daß am Schlusse des Monats Januar noch 651 Erwerbslose gezählt wurden. Hierin ist die Zahl der sogenannten Krisenfürsorgeempfänger nicht enthalten. Aus Mitteln der Krisenfürsorge wurden am Monatsschluß 64 Erwerbslose unterstützt. —

Die Partei-Generalversammlung heute (Mittwoch) abend in den „Hansa-Sälen", in der Landtagspräsident Peus (Dessau) spricht, muß von jeder Genossin und jedem Genossen besucht werden. Außerdem finden verschiedene Wahlen statt. —

Altenweddingen

Vom Reichsbanner. Die Generalversammlung war mäßig besucht. Kamerad Kirchhoff gab den Abschlußbericht von der letzten Veranstaltung. Kamerad Tietz legte allen Anwesenden ans Herz, stets der Festleitung mustergültiges Entgegenkommen zu zeigen. Kreisleiter Kamerad Jäger machte dann über den Kleinkaliberschießsport Ausführungen, die Zustimmung fanden. Ueber die beabsichtigte Fahnenweihe entspann sich eine rege Aussprache. Die Kreiskonferenz in Schwaneberg wird für die Feier einen geeigneten Zeitpunkt festsetzen. Delegierte zur Kreiskonferenz sind die Kameraden W. Pape, W. Schelze und Chr. Kirchhoff. Am 19. Februar beginnt die Werbewoche. In der nächsten Versammlung wird der Bericht von der Kreiskonferenz erstattet und die Werbeorganisation besprochen. Die Vorstandswahl ergab: 1. Vorsitzender W. Schelze, 2. Vorsitzender H. Widder, Kassierer Chr. Kirchhoff, Unterkassierer O. Meyer, Schriftführer H. Pape, Revisoren Rosenburg und Bohne, Abteilungsführer W. Pape, Jugendführer Albert Noah. Dem Kameraden Tietz wurde für seine Arbeiten Anerkennung gezollt. Als Verkehrs- und Versammlungslokal wurde der „Schwarze Adler" festgelegt. Die hiesigen und auswärtigen Kameraden mögen dies berücksichtigen. —

Bahrendorf

Gemeindevertreter-Sitzung — oder öffentliche Volksversammlung? An Stelle eines ausgeschiedenen wurde der bürgerliche Vertreter Maurer Lampe vom Gemeindevorsteher eingeführt und verpflichtet. Um den Haushaltplan im Gleichgewicht halten zu können, wurde die Erhöhung der Grundvermögenssteuer für unbebaute Grundstücke und der Gewerbesteuer um 100 Prozent für die Monate Februar und März beschlossen. Der Bau der Badeanstalt wurde gegen unsre Stimmen abgelehnt. So ist ein Projekt, das im Interesse der Volksgesundheit errichtet werden und den Arbeitslosen Arbeitsmöglichkeit schaffen sollte, zurzeit unmöglich gemacht. Der Plan gilt aber für uns noch nicht als erledigt. Ein Antrag des Mühlenbesitzers Wallstab auf Entbindung von der Verpflichtung des Reinigens des Zu- und Abflußgrabens zu seiner Mühle wurde abgelehnt, da dieses bei der jetzigen Finanzlage der Gemeinde eine Mehrbelastung ausmachen würde, die nicht getragen werden kann. Das billigste Gebot zur Ausführung der Dachdeckerarbeiten an der kleinen Schule hatte Herr Helling abgegeben; er bekam den Zuschlag. Entschädigung für Benutzung des Raumes des Schiedsmanns wurde mit 24 Mark jährlich genehmigt. Wenn eingangs der Sitzung der Gemeindevorsteher darauf hingewiesen, daß eine sachliche Arbeit im Interesse der Gemeinde läge, so sollte dies anscheinend nur für die Gemeindevertreter gelten. Er selbst befleißigte sich in dieser Sitzung der größten Unsachlichkeit, indem er persönliche Bemerkungen gebrauchte. Angelegenheiten, über die in letzter Sitzung gehim des langen und breiten verhandelt worden sind, werden von ihm überhaupt nicht protokolliert, werden abgetan als „private" Angelegenheiten Oder sollten diese Punkte, weil in der vorigen Sitzung die bürgerlichen Herrschaften in der Minderheit waren, etwa nochmals verhandelt werden, damit ein andres Ergebnis herauskommen sollte? Wir erheben an dieser Stelle schärfsten Protest gegen das unparlamentarische Arbeiten des Gemeindevorstehers Wir verlangen von ihm, daß er sich strikte an die Geschäftsordnung hält. Es geht auf keinen Fall, daß Zuhörer das Wort vom Gemeindevorsteher erhalten, noch dazu Personen, die sich erst vorher Mut angetrunken haben und über die Angelegenheiten, die sie zum besten gaben gar nicht unterrichtet waren. Bezüglich der Rentenkürzungen ist man heute so weit, daß man herausgefunden hat, daß Herr Kempf vom Kreiswohlfahrtsamt schuld daran hätte. So sagte wenigstens der Gemeindevorsteher. Wir glauben nicht, daß Herr Kempf damit einverstanden sein wird. Wir glauben viel eher, daß sich der Landrat des Kreises genötigt sehen wird, dem Gemeindevorsteher erst einmal eine Dienstanweisung zuzustellen, damit dieser in Zukunft ein Verhalten, das man geradezu als skandalös bezeichnen kann, nicht wieder an den Tag legen wird. Eine Gemeindevertreter-Sitzung ist keine öffentliche Volksversammlung. —

Bezirks-Jahreskonferenz des Bergarbeiterverbandes

Am 13 Februar fand in Halle die ordentliche Jahreskonferenz des Bergarbeiterverbandes statt. Das außerordentlich rege Verbandsleben kam am besten durch die Teilnahme von weit über 100 Delegierten zum Ausdruck Den Jahresbericht über die Tätigkeit des verflossenen Geschäftsjahrs erstattete in einem fast alle Gebiete des Verbandslebens umfassenden Referat der Bezirksleiter Reddigau. Er wies besonders darauf hin, daß im Braunkohlen-, Kali- und Erzbergbau sich die Wirtschaftslage und damit die Rentabilität bedeutend gesteigert habe, daß insbesondere trotz großen Arbeiterabbaues die Gesamt- wie Einzelarbeitsleistung wesentlich gestiegen sei.

Wohl seien infolge der rastlosen Tätigkeit der Verbandsleitung die Löhne auch besser geworden, aber noch lange reichen sie für ein menschenwürdiges Leben der schwere Arbeit leistenden Bergarbeiter nicht aus. Weiter hob er die sozialen Verbesserungen die das Knappschaftswesen mit sich gebracht hat, als einen Erfolg unermüdlicher Verbandsarbeit hervor. Einen breiten Rahmen des Berichts nahmen die Ausführungen über die zurzeit brennendsten Fragen der Rationalisierung, der Arbeitslosigkeit und der Arbeitszeit ein. Hinsichtlich der Rationalisierung müsse mit allen Mitteln, hauptsächlich auch solchen der Gesetzgebung, dafür gesorgt werden, daß die Vorteile dieses modernsten Arbeitssystems nicht nur einer Handvoll Großverdiener, sondern dem gesamten Volke zugute kommt. Zunächst müsse an eine Ueberführung der Arbeitslosen in das Arbeitsverhältnis gedacht werden. Aber niemand solle sich einbilden, daß das ohne

Verkürzung der Arbeitszeit

möglich sei. Diesen volkswirtschaftlich bedeutendsten Kampf gelte es jetzt mit aller Rücksichtslosigkeit zu führen. Dazu aber sei die Mitarbeit aller Kameraden notwendig.

Die Erringung der verkürzten Arbeitszeit kann nur der Erfolg einer starken, disziplinierten Organisation sein. Der Verband habe gerade wegen dieser Frage eine erfolgreiche Werbeaktion durchgeführt; über 2000 Kameraden seien trotz aller Schikanen und aller Lockungen der Arbeitgeber in der letzten Zeit für den Verband gewonnen worden. Aber das genügt noch nicht, der letzte Mann muß heran. Es kann festgestellt werden, daß im mitteldeutschen Bergbau der Verband trotz aller Widerstände auf Grund seiner Erfolge für die Bergarbeiter die unbestrittene Führung hat. Der Referent schloß seine mit großem Beifall aufgenommene Rede mit dem Mahnruf: „An die Arbeit zum nächsten Ziele: Verkürzung der Arbeitszeit!"

Im Anschluß an den Jahresbericht gab der Kassierer Lier den Kassenbericht. Auch er konnte von einer erfreulichen Aufwärtsentwicklung des Markenumsatzes und der Kassengeschäfte berichten. Die Abrechnung der Hauptkasse balanciert mit 314 361 Mark, die der Bezirkskasse mit 125 268 Mark.

Bemerkenswert ist, daß der gesamte Jahresbericht in allen Teilen ohne jede Aussprache gebilligt wurde. Die Konferenz beschloß gleichfalls einstimmig die Annahme folgender Entschließung:

Die Jahresversammlung des Verbandes billigt die Tätigkeit der Bezirksleitung und spricht dieser ihr volles Vertrauen aus. Im besondern fordert die Jahreskonferenz die Verbandsleitung auf, kein Mittel zur Herbeiführung einer verkürzten Arbeitszeit unversucht zu lassen. Die Konferenz gelobt ihrerseits, mit allen Mitteln für

eine Stärkung des Verbandes

Sorge zu tragen.

Dieser Beschluß ist um so beachtenswerter, als die kommunistischen Delegierten wegen ihrer Verbandstreue auf der Konferenz am 1. Januar 1927 von ihrer Parteileitung gerüffelt wurden mit dem ausgesprochenen Wunsche, daß so was nicht wieder vorkommen dürfe. Sie haben sich aber auch für diesmal nicht einschüchtern lassen, sondern ihrer innern Ueberzeugung folgend, haben sie, 18 Mann stark, die reformistische Verbandspolitik gutgeheißen und damit auf die unsinnigen gewerkschaftlichen Ratschläge der K. P. D. verzichtet. Schlimme Erfahrung hat sie klug gemacht.

Nunmehr sprach der alte Pionier des Verbandes, der zweite Vorsitzende Waldhecker (Bochum), über „Unsre nächsten Aufgaben". In markigen Worten wies er auf die dornenvolle Vergangenheit in der Entwicklungsgeschichte der Arbeiterbewegung, insbesondere der harten Kämpfe der Bergarbeiter, hin. Er schilderte den Leidensweg des Achtstundentags und richtete mit seinen biedern, verständigen Worten die Hoffenden auf, nicht zu verzagen und ermahnte die Jungen und Stürmer, nicht zu erlahmen, wenn der Baum nicht auf einmal fiele. Er wies die Bedeutung der Aufklärungsarbeit am einzelnen Arbeiter nach, und die Konferenz dankte dem alten Kampfkameraden durch starken Beifall für seine Lehren aus langer Lebenserfahrung.

Ueber die Betriebsratswahlen sprach der Bezirkssekretär Hesse, dessen Ausführungen dahin gingen, daß es Pflicht und Notwendigkeit sei, für jedes Werk einen Betriebsrat zu wählen. Das sei um so mehr erforderlich, als sonst die wichtigsten Arbeitsrechtsbestimmungen für die Belegschaftsmitglieder glatt verlorengehen. Es sei weiter notwendig, daß bei den Wahlen

jede Zersplitterung vermieden

werden müsse und nur freigewerkschaftliche Listen aufzustellen seien. Ferner habe die Erfahrung gelehrt, daß gute Betriebsräte da sein müssen, um für die Durchführung der tariflichen Bestimmungen Sorge zu tragen. Die Betriebsratswahlen sollen in der Zeit vom 28. Februar bis 31. März stattfinden.

Damit waren die Arbeiten der Konferenz erledigt. Mit Recht konnte Kamerad Reddigau am Schlusse der Konferenz feststellen, daß es einer Organisation, deren Wille von so zielbewußter Einigkeit getragen wird, wie es auf dieser Tagung geschah, um die Zukunft nicht zu bangen brauche. Aufklärung der Unentschlossenen, Stärkung des Verbandes, Verkürzung der Arbeitszeit, das seien die nächsten Aufgaben. Mit einem kernigen Hoch auf den Verband, in das die Delegierten begeistert einstimmten, schloß er die verheißungsvolle von bestem Kampfgeist beseelte Konferenz. —

Langenweddingen

Gemeindevertretung am Donnerstag abend 8½ Uhr öffentliche Sitzung. Eine reichhaltige Tagesordnung ist vorgesehen, unter anderm kommt auch der Antrag der Arbeitslosen zur Beratung. Parteigenossen, kommt als Zuhörer in diese Sitzung. —

Osterweddingen

Der Parteiverein hielt am Sonntag eine interessante Generalversammlung ab. Viele Genossen hielten es leider nicht für nötig, diese wichtige Tagung zu besuchen. Vorsitzender und Kassierer erstatteten den Geschäftsbericht vom letzten Jahre. Die Arbeit wurde gutgeheißen. Die Vorstandswahl ergab als 1. Vorsitzenden Frz. Kleinau, als Kassierer O. Bösel junior. Beisitzer wurden Richard Held und Albert Asche; ersterer übernahm den Posten des Schriftführers und 2. Vorsitzenden. Als Revisoren wurden Rob. Sandring und Otto Dankert gewählt. Dann wurde zum Unterbezirkstag Stellung genommen und Genosse Kleinau als Delegierter gewählt. Die Maifeier wurde besprochen: das Programm wird in einer späteren Sitzung endgültig festgesetzt. Danach gab der Gemeindevorsteher Genosse H. Fretag einen Rückblick über die Arbeit der Gemeindeverwaltung, die bei allen Genossen volle Anerkennung gefunden hat. Er behandelte auch das Projekt einer Badeanstalt, welche von großer Wichtigkeit für die hiesige Einwohnerschaft ist. Jugendfragen wurden vom Genossen Kleinau erörtert. Genosse Bösel junior verlangte, daß der Frauenbewegung mehr Beachtung geschenkt wird. Es wurde gewünscht, die Gemeindevertreter-Sitzungen in der Presse anzukündigen und auch darüber zu berichten. —

Westeregeln

Gemeindevertreter-Sitzung. Der Leiter der staatlichen Aufbauschule in Egeln, Herr Brüggemann, hielt einen Vortrag über den Zweck und die Aufgaben der Schule und ersuchte die Gemeinde um Gewährung eines Beitrags, damit begabten und arbeitswilligen Knaben über 13 Jahren, deren Eltern die Mittel nicht aufbringen können, der Besuch der Aufbauschulen ermöglicht wird. Das Schulgeld beträgt pro Jahr und Schüler 200 Mark. Die Gemeindevertretung ist bereit, entsprechende Mittel für diesen Zweck bei der Etatsberatung zur Verfügung zu stellen. Die Aufnahme einer Anleihe von 80 000 Mark zu 6 Prozent Zinsen, 95 Prozent Auszahlung und ¼ Prozent Verwaltungskosten zum Wohnungsbau wurde beschlossen. Ueber die Rückzahlungsmöglichkeit soll die Ortsbehörde nochmals mit der Bank verhandeln. Der Antrag des Gartenbauvereins auf Uebernahme einer Bürgschaft in Höhe von 2000 Mark zur Schaffung einer Umfriedigung der Schrebergärten wird, befristet auf 2 Jahre, beschlossen. Zur Herstellung der Betonsockel für die Umzäunung will die Gemeinde dem Verein 30 Kubikmeter Kies gratis abgeben. Der Beschluß der Wasserkommission, für die in der Schillerstraße neuerbauten Häuser ein Hauptrohr für die Wasserzuleitung zu legen, wird gutgeheißen. Dem Hilfsverein für Blinde in Halle werden auf Antrag 20 Mark und dem Verein für Sanitätshunde in Oldenburg zur Ausbildung von Führerhunden für Blinde 10 Mark überwiesen. Für den im Rathaus gemieteten Geschäftsraum der Kreissparkasse in Wanzleben wird mit Rücksicht auf die schlechte Geschäftslage der Mietzins von 200 Mark auf 100 Mark ermäßigt. Eben so wurde für Heizung des Raumes der Preis auf 25 Zentner Brikette herabgesetzt. Sodann wurde beschlossen, einen laufenden Kredit von 7500 Mark bei der Kreissparkasse in Wanzleben aufzunehmen, damit die Geschäfte bei der Gemeindebehörde keine Störung erleiden. Die Mittel werden nur im Bedarfsfall in Anspruch genommen. Der Platz vor dem Ehrenmal der Gefallenen im Weltkrieg soll mit einer Taxushecke umfriedigt werden. Von einer Bepflanzung des Platzes soll Abstand genommen werden, um das Ehrenmal von der Douglasstraße aus sichtbar zu erhalten. Die Erweiterung der hinter dem neuen Friedhof gelegenen Kiesgrube ist notwendig. Beschlossen wurde ¼ Morgen Ackerland zur Kiesausbeute von der Kirchengemeinde anzukaufen. Die Versetzung der Abortanlage auf dem Anger wurde, entsprechend dem Antrag der Baukommission beschlossen. Der Antrag der Anlieger in der Hadmersleber Straße auf Anlage eines Fußsteigs von der Bergstraße bis Schacht 3 wurde bis zur Etatsberatung zurückgestellt. In nichtöffentlicher Sitzung wurden Beamtenfragen erledigt und die Anschaffung eines Harmoniums für die Friedhofskapelle gutgeheißen. Eine Spende von 100 Mark als Beitrag für diese Beschaffung wurde dankend angenommen. —

Vortragskursus. Der vom Redakteur Genossen E Müller (Magdeburg) abgehaltene wirtschaftspolitische Vortragskursus ist nun beendet. Durch diese Vorträge ist den zahlreichen Teilnehmern ein interessanter Einblick in die Zusammenhänge des Wirtschaftslebens geboten worden, die für jeden denkenden Arbeiter zu erkennen notwendig sind, um die politischen Geschehnisse zu verstehen. Genosse Kunze dankte am Schlusse dem Genossen Müller für seine lehrreichen Vorträge und ersuchte die Teilnehmer, das Studium selbst fortzusetzen durch das Lesen guter Bücher, um sich das für den Befreiungskampf notwendige Wissen anzueignen und den Gegnern gerüstet gegenüberzustehen. —

Kreis Wolmirstedt

Olvenstedt

Arbeitergesangverein Freundschaftskreis. Diesen schönen Namen haben die Gründer dem Verein vor nunmehr bald 30 Jahren gegeben. Leider läßt die Mitgliederzahl, gemessen an der Arbeiterzahl, am Orte viel zu wünschen übrig. Bei allen von Arbeiterorganisationen am Orte veranstalteten Festlichkeiten ist der Arbeitergesangverein gern gesehen, aber leider scheint die hiesige Arbeiterschaft nicht daran zu denken, daß zu einem Arbeitergesangverein auch Mitglieder gehören, und zwar je mehr, desto besser. Der Verein müßte mindestens 100 aktive Mitglieder zählen. Es gibt noch viele stimmbegabte Arbeiter, welche sich für Gesang interessieren, aber dem Verein noch fern stehen. Also, Arbeiter Olvenstedts, hinein in den Arbeitergesangverein! Die Uebungsstunden finden im Lokal von Denecke statt an jedem Dienstag abend um 8 Uhr für den Damen- und Donnerstag für Männerchor. —

Dahlenwarsleben

Eine Pestalozzifeier mit Lichtbildervortrag findet am Donnerstag den 17. Februar, abends 8 Uhr, im Deumelandschen Lokal statt. Eintrittspreis 20 Pfennig. —

Arbeiterturnverein. Sonntag den 20. Februar, abends 7 Uhr, bei Krause Maskenball. —

Niederndodeleben-Schnarsleben

Im Ortsausschuß für Jugendpflege spricht am Freitag den 18. Februar Medizinalrat Dr. Jeske (Magdeburg) über „Volkskrankheiten und ihre Bekämpfung". Hierzu werden neben den Jugendlichen beider Orte auch deren Eltern sowie alle sonst interessierten Personen eingeladen. Der Vortrag findet bei Wernecke statt. Der Eintritt ist frei. —

„Panzerkreuzer Potemkin". Dieser Film, der überall starkes Interesse fand, wird am Sonnabend 8 Uhr im Werneckeschen Saale gezeigt. Wir weisen empfehlend darauf hin. —

Wolmirstedt

In der Parteiversammlung, die am Montag stattfand, gab Genosse Duldhardt einen eingehenden Bericht von der letzten Stadtverordneten-Sitzung und Genosse Erich Meyer vom Unterbezirksparteitag in Barleben. Die Genossen Hotopf und Gebbert sprachen in der Diskussion. Insbesondere machten sie darauf aufmerksam, daß bei der Neupflasterung der Apfelkistenstraße, die Kanalisation gleich in einem genügenden Ausmaß erfolgen müsse, damit bei evtl. Legung der Wasserleitung und Kanalisation dieses Kanalnetz mit benutzt werden könne. Beide führten auch lebhafte Klage über das stark verunreinigte Wasser des Brunnens am ehemaligen Schlachthof. Im Schlußwort ging Genosse Duldhardt noch besonders auf die Wasserverhältnisse der Stadt ein sowie auf die Klage über die Brunnen bei „Stadt Prag" und beim Schlachthof. Der Vorsitzende Genosse Thiele gab die Einladung zur Pestalozzifeier bekannt. Von verschiedenen Genossen wurde es lebhaft bedauert, daß außer dem Handwerker-Gesangverein kein weiterer Verein, der im Arbeiterlager steht, zur Mitarbeit für diese Feier herangezogen ist. Die hiesigen Arbeitersportvereine brauchen ihre Leistungen gegenüber den bürgerlichen Vereinen nicht unter den Scheffel zu stellen, und aus Gründen der Neutralität hätte man Sportler beider Richtungen mitwirken lassen müssen. Pestalozzi genießt als Volkserzieher bei uns großes Ansehen. Mit der Aufforderung, sich insbesondere in der nächsten Zeit mit dem Ausbau der Partei zu beschäftigen und rege Werbearbeit zu leisten, schloß Genosse Thiele 10½ Uhr die gut verlaufene Versammlung. —

Groß-Ammensleben

Einen Lichtbildervortrag veranstaltet am Freitag abend 8 Uhr das Reichsbanner bei Nordt. Der Jugendleiter Kamerad Pape (Magdeburg) wird sprechen. Alle Republikaner sind dazu eingeladen. Die Kameraden aus den umliegenden Ortschaften müssen Gelegenheit nehmen, diesen Aufklärungsvortrag mitanzuhören. Die Reichsbannerkapelle sowie sämtliche Kameraden müssen sich um 7 Uhr am Bahnhof einfinden. —

Kreis Neuhaldensleben

Neuhaldensleben

Der Kampf um den Achtstundentag steht jetzt im Vordergrund. Der Allgemeine deutsche Gewerkschaftsbund und sämtliche Spitzenverbände führen einen scharfen Kampf gegen das Ueberstundenwesen. Zur Unterstützung dieser Bestrebungen wurde von dem Genossen Martin Berger der Film „Schmiede" geschaffen. Dieser Film läuft am Freitag den 18. Februar, abends 8 Uhr, in Neuhaldensleben beim Gastwirt Fehse und in Althaldensleben in Peters Lichtspielen. Daneben wird der Kulturfilm „Die neue Großmacht", der Film der internationalen Arbeiter-Sportolympiade, welche im Juli 1925 in Frankfurt stattfand, gezeigt. Die Sportler aller Länder sind im Wettkampf zu sehen. Jeder Arbeiter und jede Arbeiterin, vor allem aber alle Sportler müssen diesen Film gesehen haben. Einlaßkarten sind durch die Gewerkschaftskassierer, beim Gastwirt Peters in Althaldensleben und im Arbeitersekretariat Neuhaldensleben zum Preise von 55 Pfennig im Vorverkauf zu haben. Genossinnen und Genossen, sorgt für Massenbesuch. —

Die Arbeitslosigkeit hat sich seit Beginn dieses Jahres wenig geändert. Im Bezirk des Arbeitsnachweises sind zurzeit etwa 1700 männliche und 260 weibliche Unterstützungsempfänger vorhanden. Ganz besonders groß ist die Arbeitslosigkeit in der Stadt Neuhaldensleben. In der letzten Woche erhielten 395 Hauptunterstützungsempfänger mit 474 Zuschlagsempfängern Erwerbslosenunterstützung. Die Krisenfürsorge wurde an 42 und 71 Personen gezahlt. Daneben erhielten noch 127 Erwerbslose, welche weder Anspruch auf die Erwerbslosenfürsorge noch Anspruch auf die Krisenfürsorge haben, aus Mitteln des Kreiswohlfahrtsamtes die sogenannte Wohlfahrtsunterstützung. —

Aus der Keramindustrie. Der Reichsmanteltarif für die Keramindustrie war gekündigt und ist mit dem 31. Januar abgelaufen. Bis heute haben die Verhandlungen kein Ergebnis gebracht, so daß für die Keramindustrie eine tariflose Zeit besteht. Die Folge davon ist, daß an Stelle der bisherigen tariflichen Bestimmungen nunmehr die gesetzlichen Bestimmungen treten, was ganz besonders in bezug auf die Dauer der Arbeitszeit zutrifft. Nach der Verordnung über die Arbeitszeit beträgt die regelmäßige Arbeitszeit 8 Stunden, und diese darf nicht überschritten werden. Eine Vereinbarung, welche eine längere Arbeitszeit vorsieht, ist nur durch Tarifvertrag möglich. Der bisherige Tarifvertrag mit dem dazugehörenden Arbeitszeitabkommen sah die Möglichkeit einer Arbeitszeit von 9 Stunden nach Anhörung des Betriebsrates und von 10 Stunden mit Zustimmung des Betriebsrates vor. Diese Möglichkeit ist dadurch gefallen, daß nunmehr ein Tarifvertrag nicht besteht; es gilt daher jetzt für die Keramindustrie eine tägliche Arbeitszeit von 8 Stunden und nicht länger. Auch mit dem Betriebsrat kann eine andre Arbeitszeit zurzeit nicht vereinbart werden. —

Die Arbeitsgerichte. In einer gut besuchten Konferenz der Gewerkschaftsvorstände, Betriebsräte und Vertreter der Gewerkschaften im Ortsausschuß hielt Genosse Feldmann im Rahmen der Bezirkswirtschaftsschule einen Vortrag über die neuen Arbeitsgerichte. Durch das Gesetz vom 23. Dezember 1926 ist über das ganze Deutsche Reich für alle Streitigkeiten aus dem Arbeitsvertrag der Arbeiter, Angestellten und Lehrlinge, Landarbeiter, Hausgehilfen usw. ein Netz von Arbeitsgerichten zu errichten. Diese Arbeitsgerichte werden in Zukunft für alle Streitigkeiten aus dem Arbeits- und Lehrvertrag zuständig sein. Auch in Neuhaldensleben dürfte ein solches Arbeitsgericht errichtet werden, und zwar für die Bezirke des Amtsgerichts Neuhaldensleben und Erxleben, ferner für die im Kreise Neuhaldensleben liegenden Orte des Amtsgerichtsbezirks Weferlingen, und vielleicht auch unter Eingliederung der Orte des Amtsgerichtsbezirks Kalbörde. Die Rechtsprechung nach dem neuen Arbeitsgerichtsgesetz soll bereits am 1. Juli einsetzen. Bis dahin müssen nicht nur alle organisatorischen Vorarbeiten erledigt sein, es müssen sich auch bis zu dieser Zeit alle Gewerkschaftsfunktionäre, insbesondere aber die Betriebsräte mit dem Inhalt dieses Gesetzes vertraut machen. Kleine Ratgeber sind zum Preise von 40 Pfennig im Arbeitersekretariat zu haben. Diese Ratgeber für Beisitzer und Rechtsuchende geben Auskunft über alle Fragen der neuen Arbeitsgerichtsbarkeit. —

Beisdorf

Unfall. Am Sonntag abend fuhr ein hiesiger Motorradfahrer gegen einen bei der Zuckerfabrik Alleringersleben über die Straße liegenden Draht. Der Fahrer kam mit einer Kinnverletzung davon.

Eilsleben

Vernichtung der Mücken. In einer Bekanntmachung weist der Amtsvorsteher auf die Polizeiverordnung des Regierungspräsidenten hin, in der die Hauseigentümer oder deren Stellvertreter verpflichtet sind, die in den Kellern, Schuppen, Ställen und ähnlichen Räumlichkeiten überwinternden Mücken in geeigneter Weise zu vernichten. Das soll bis zum 5. März durchgeführt werden, sonst erfolgt Bestrafung der Säumigen. —

Rentenauszahlungen. Die Zahlung der Zusatzrenten für Kriegerhinterbliebene, Klein- und Sozialrentner findet am Donnerstag den 17. Februar im Rathaus statt. —

Krankenkassenbeiträge für die Zeit vom 8. Januar bis zum 12. Februar d. J. sind von Donnerstag den 17. bis Mittwoch den 23. Februar (außer Sonnabends), abends, im Rathaus, Zimmer 1, zu zahlen. Die Arbeitgeber haben die Empfangsbescheinigungen zur Verrechnung abzuliefern. —

Ummendorf

Der Arbeiterturnverein hielt am letzten Sonnabend alter Sitte gemäß sein geschlossenes Vergnügen ab, das als wohlgelungen bezeichnet werden kann. Das im Programm vorgesehene Konzert wurde gut und exakt von der Barneberger Kapelle, unter Leitung des Herrn Musikdirigenten Gustav Spillner, durchgeführt.

Die Zahl der Erwerbslosen scheint mit 160 augenblicklich den Höchststand erreicht zu haben. Für eine Gemeinde mit 1800 Einwohnern ist das ein großer Prozentsatz. —

Die Tariflage eines hiesigen Landarbeiters, über die seinerzeit berichtet wurde, hatte in der hierfür angesetzten Verhandlung einen Vergleich als Ergebnis. —

Wefensleben

Landarbeiterverband. In der mäßig besuchten Versammlung am Sonntag hielt Genossin Zell (Groß-Quenstedt) einen guten Vortrag. In treffender Weise verstand sie es, den Anwesenden klarzumachen, wie sich die Landarbeiter eine bessere Zukunft verschaffen können. Eine Aussprache schloß sich dem Referat an. —

Brand. Am Sonntag abend entstand im Hause des Maurerpoliers Fr. Rogmann ein Brand. Rechtzeitige Entdeckung verhinderte die Ausdehnung, so daß größerer Schaden nicht entstand.

Elternversammlung am Donnerstag abend 8 Uhr bei Gerecke. Sie ist durch die Lehrer einberufen. —

Frauengruppe Generalversammlung heute Mittwoch abend bei Papenberg. —

Wormsdorf

Einbruch. In der Nacht zum Sonnabend voriger Woche wurde beim Kaufmann A. Hesse eingebrochen. Gestohlen sind u. a. Damenhemden, Weißleinen und Barchentstoff, Damenkleiderstoff, Tischwäsche, Handtücher, Schürzen, Wolle und Schokolade. —

Stadtkreis Burg

Weltliche Schule. Bei der am Dienstag erfolgten Anmeldung der Schulneulinge sind für die Sammelschule 125 Knaben und Mädchen gemeldet. Gegenüber den an den beiden andern Volksschulen gemeldeten Kindern, Pestalozzischule 135 und Luisenschule 170, ist die Zahl noch klein, doch ist zu berücksichtigen, daß die Sammelschule erst 1 Jahr besteht. Im vorigen Jahre ist die gleiche Zahl für die neue Schule gemeldet worden. Wenn man bedenkt, daß die Zahl der Ostern 1926 eingeschulten Kinder um 20 höher war, ergibt sich für die weltliche Schule eine kleine prozentuale Steigerung. Trotz rührigster Agitation der Pfarrer ist es nicht gelungen, den schon vorausgesagten Tod der weltlichen Schule zu erreichen. Leider muß festgestellt werden, daß die Gleichgültigkeit gegenüber Schul- und Erziehungsfragen bei der Arbeiterschaft und auch bei einem Teile der Parteigenossenschaft ziemlich groß ist. Man läßt in Fragen der Erziehung die Frau gewähren, zum Schaden der Kinder und der Arbeiterkulturbewegung. —

In den Kammer-Lichtspielen läuft ab Mittwoch bis Freitag der große Film „Der schwarze Sonntag", der 9. Januar 1905. Die packenden Szenen aus der russischen Revolution werden alle organisierten Arbeiter interessieren. Ein Besuch der Kammerlichtspiele ist zu empfehlen. —

Kreis Jerichow 1

Biederitz

Der Bildungsabend war gut besucht. Genosse Deist (Magdeburg) sprach über das Thema „Europa nach dem Weltkrieg". Er stellte die durch die Friedensverträge herbeigeführte staatliche Neugliederung Europas dar und untersuchte an den Beispielen Elsaß-Lothringen, Oberschlesien, Randstaaten, Polen und Oesterreich-Ungarn, wie zusammengehörige Wirtschaftsgebiete willkürlich auseinandergerissen worden sind. Erst ganz allmählich beginnt Europa sich wieder zu verständigen und durch Handelsverträge und Vereinbarungen der Privatwirtschaft zusammengehörige Gebiete wieder in Zusammenhang zu bringen. Zum Schlusse zeigte der Referent an Hand von statistischen Feststellungen, wie sich das Schwergewicht von Europa nach Amerika verlegt hat. An das Referat schloß sich eine interessante Aussprache an. An dem Abend nahmen zirka 30 Genossen und Genossinnen teil. — Der nächste Vortrag findet am Dienstag den 22. Februar statt. Genosse Crummenerl (Magdeburg) wird über „Sozialismus und Revolution" sprechen. —

Gommern

Eine Pestalozzifeier veranstaltet die Schule am Donnerstag im Schützenhaus, zu der die gesamte Elternschaft sowie der Magistrat, Schuldeputation, Elternbeirat und Stadtverordnete eingeladen sind. Die Schulkinder werden unter Leitung der Lehrerschaft den Eltern und Gästen einige recht frohe Stunden bereiten. —

Ist das Klassenkampf? Zu einer wüsten Keilerei kam es im Stammlokal der Kommunisten, im Gasthof zum schwarzen Roß, in der Brauhausstraße. In dem Lokal gerieten zwei Kommunisten, von denen einer den Spitznamen „Bombe" hat, mit dem Wirt in Meinungsverschiedenheiten. Der Wirt weigerte sich darauf, den beiden noch Bier zu verkaufen. Darüber erbost, warfen sie wutentbrannt dem vom Hofe her in die Gaststube zurückkommenden Maurer Hoffmann ohne jeden Grund einen Stuhl an den Kopf, zogen ihn aus dem Lokal heraus und schlugen ihn vor der Tür mit einem spitzen Gegenstand, wahrscheinlich mit einem Messer, zu Boden. Alsdann stürmten sie in das Lokal zurück, um dem Wirt, der sich noch immer weigerte, Bier zu verkaufen, zu Leibe zu gehen. Dieser flüchtete aber durchs Fenster und benachrichtigte die Polizei. Währenddessen schlugen die beiden im Lokal Bierseidel entzwei, warfen Tische um und richteten sonst noch allerlei Schaden an. Das Ueberfallkommando, unter Leitung des Polizeikommissars Angenendt, war innerhalb weniger Augenblicke zur Stelle und räumte gründlich auf. Hin und wieder trat auch der Gummiknüppel in Erscheinung. Die beiden Rowdys wurden festgenommen. Bei der Festnahme leistete der eine heftigen Widerstand. Er warf sich zur Erde und zog ein Messer, womit er auf die Beamten eindringen wollte. Er hatte aber die Rechnung ohne dieselben gemacht. Ehe er sich recht besann, hatte man ihm die Kampflust derart ausgetrieben, daß er willenlos folgte. Bei der Festnahme mischten sich noch einige im Lokal anwesenden Kommunisten ein, die aber, als die Beamten sich nichts gefallen ließen, fluchtartig das Lokal räumten. Damit hatte das Drama, das sich in mitternächtlicher Stunde abspielte, sein Ende erreicht. Die beiden Rohlinge, der Arbeiter Schnee von hier und der Arbeiter Bruno Mizinski aus Plötzky, wurden dem Gerichtsgefängnis zugeführt. Hoffmann wurde schwer verletzt zum Arzt gebracht. Er hatte außer einer klaffenden Kopfwunde noch eine schwere Augenverletzung erlitten. Der Wirt ist übrigens auch gezwungen worden zuzusehen, wie sich die unwillkommenen Gäste selbst das Bier einschenkten. Alles wird natürlich sein Nachspiel haben. —

Parchau

Die Parteiversammlung hätte besser besucht sein müssen. Genosse Kleye gab die Berichte von der Gemeindevertreter-Konferenz in Burg, von zwei Gemeindevertreter-Sitzungen und von der Unterbezirkskonferenz in Biederitz. Eine rege Aussprache schloß sich daran an. Dann wurde der Bericht von der letzten Kreistagsitzung gegeben und die Maifeier besprochen. Da in diesem Jahre der 1. Mai auf einen Sonntag fällt, soll die Maifeier der Partei und Gewerkschaften eine größere Ausgestaltung erfahren. Es wurde folgender Vorschlag gemacht: Am Vormittag soll ein Ausflug stattfinden. Musik soll die Reichsbannerkapelle dazu stellen. Am Nachmittag ist Umzug durch den Ort, am Abend Feuerwerk und Ball mit Festansprache. Freie Turnerschaft, Reichsbanner, Gewerkschaftler, die schulentlassene Jugend und auch die Schulen

---

Abenteuer in Florenz

Roman von Lawrence-H. Desberry.

Einzig berechtigte Uebertragung aus dem Amerikanischen von Hermynia Zur Mühlen.

Zeichnungen von Rudolf Bethge.

(16. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

Dia lehnte sich, nach einer Stütze suchend, gegen die Wand. Staunen, Schrecken und Erleichterung raubten ihm die Fassung; er rang keuchend nach Worten.

„Wie ... ja wie in aller Welt kommen Sie hierher, Herr Brand? Ich verstehe nicht ..."

„Ich wurde überfallen, in ein Auto geschleppt, hergebracht."

„Wo wurden Sie überfallen?"

„Bei der Versammlung in der „Locanda Toscana"."

Jäh erblickte auf dem Boden den weichen schwarzen Filzhut und den dunklen Ueberzieher.

„Woher haben Sie diese Kleidungsstücke, Herr Brand?" fragte er hastig, mit dem Finger auf die Gegenstände weisend.

„Woher?" höhnte Herr Brand. „Jemand stülpte mir den Hut auf den Kopf, jemand riß mir meinen Mantel vom Leib und warf mir diesen über. Gleich darauf wurde ich von hinnen gerafft. Ist das die vielgerühmte faszistische Ordnung? Wie?"

Dia griff verzweifelt nach einem Rettungsanker. „Sie waren in der Versammlung, Herr Brand; trotz meiner Warnung. Irgendwie müssen die Kommunisten ... Es handelt sich hier um einen kommunistischen Ueberfall ... das dachte ich mir gleich. Wir werden strengste Repressalien ..."

„Wenn es sich um einen kommunistischen Ueberfall handelt," unterbrach ihn Brand streng, „wieso kommt es, daß Sie zu nächtlicher Zeit hier auftauchen, daß dieser Kerl mit dem Galgengesicht," er wies auf Fabio, „den Revolver in der Hand, die Zelle betritt. Wollen Sie mir das gefälligst erklären, Herr Dia?"

Dia suchte krampfhaft nach einer glaubhaft klingenden Erklärung.

„Wir hörten ... es wurde uns mitgeteilt, daß es gelungen sei, einen der gefährlichsten Anführer habhaft zu werden und ihn hierher zu transportieren. Ich erhielt den Auftrag ..."

„Sie erwarteten wohl, Antonio Termetta hier zu finden?" fragte Brand mit unverhohlenem Hohne.

Dia erblaßte; nun erst wurde ihm klar, was Brands Anwesenheit in der Kartause bedeute. Wohl hatte er den Amerikaner wiedergefunden, aber Termetta, der unbesiegliche Feind, war von neuem der Falle entschlüpft, war abermals mit dem Leben davongekommen!

Brand genoß das Entsetzen seines Gegenübers zu genießen. Ein boshaftes Lächeln lag auf seinem Gesicht als er fragte:

„Und mein Verschwinden hat Ihnen gar keine Sorge verursacht, Herr Dia? Niemand hat sich darum gekümmert? Ist Ihnen vielleicht nicht bekannt, was für Beziehungen ich in Amerika habe? Wäre mir etwas zugestoßen, ganz Italien hätte dafür büßen müssen."

„Ich weiß, ich weiß, Herr Brand. Wir suchen nun schon seit zwei Tagen ununterbrochen nach Ihnen. Hatten alle Kräfte aufgeboten."

Brand konnte nur mit Mühe ein Lachen unterdrücken; es war wirklich grotesk; die eignen Leute verschleppen einen Menschen, der dann verzweifelt überall gesucht wird; es wirkte wie ein Filmdrama.

„Sie müssen hungrig und durstig sein; Herr Brand," sprach Dia entschuldigend, fast unterwürfig. „Wir wollen sofort heimfahren."

Sie verließen die Zelle und bestiegen das Auto. Während der Fahrt erklärte Dia im Brustton der tiefsten Ueberzeugung:

„Nun, da wir die Gewißheit haben, daß es sich um einen kommunistischen Ueberfall handelt, werden wir mit aller Energie vorgehen, die strengsten Repressalien anwenden."

„Sie sind also sicher, daß das Attentat von den Kommunisten begangen wurde?"

„Vollkommen sicher. Weshalb lachen Sie, Herr Brand?"

Der Amerikaner zündete sich eine Zigarette an und machte die nicht recht in das Gespräch passende Bemerkung:

„So wird Geschichte geschrieben."

Achtes Kapitel.

Tommys zweites Abenteuer.

Ein äußerst erleichterter, übermütiger Tommy schlenderte durch die Straßen von Florenz. Nicht nur, daß ihm Graf Seckingen von dem Wiederauftauchen Herrn Brands berichtet hatte; er hatte auch den Freund mit eignen Augen heil und unversehrt in einem Auto vorüberfahren gesehen. Nun konnte er sein Abenteuer von neuem genießen. In vier Tagen sollte die große Konferenz stattfinden. Tommy dachte mit heimlichem Bangen an das Zusammentreffen mit O'Keefe; tröstete sich jedoch mit dem Gedanken, daß dieser, selbst wenn er ihn erkannte, nichts tun könne. Vor den Faszisten konnte er ihn unmöglich verraten; er durfte auch nicht verlangen, daß Tommy unverzüglich Florenz verlasse, denn das hätte Aufsehen erregt, Anlaß zu allerlei Vermutungen gegeben. Und vielleicht würde er ihn überhaupt nicht erkennen.

Es fiel Tommy auf, daß Graf Seckingen, der zu Cagli gerufen worden war, einige Stunden bei dem großen Manne verbrachte und mit wichtiger, geheimnisvoller Miene ins Hotel zurückkehrte. Tommys Neugierde wurde wach. Er forderte den Deutschen auf, mit ihm am Nachmittag einen Autoausflug zu unternehmen. Dieser willigte ein, und während das Auto durch die zauberhaft schöne Landschaft fuhr, preßte der einstige Taschendieb den deutschen Aristokraten aus, als ob dieser eine Zitrone gewesen wäre.

Es war keine besonders schwere Arbeit; Tommy hatte schon längst gemerkt, daß man bei dem Grafen alles erreichen konnte, indem man seiner Eitelkeit schmeichelte. So spielte er denn auch jetzt die Rolle des gelehrigen Schülers, der voller Bewunderung zu einem weisen, erfahrenen Politiker aufblickt und über dessen Klugheit staunt. Seine List wirkte rasch, als er erwartet hatte.

Bequem in die Kissen des Autos zurückgelehnt, eine dicke Zigarre im Munde, sonnte sich der Graf gleichsam in Tommys bewundernden Worten, und als sie in Prato angelangt waren und in einer kleinen Osteria goldenen Wermut tranken, erklärte er herablassend, wie ein Hoherpriester, der einen Neophyten einweiht:

„Unsre Freunde hier scheinen irgend etwas zu befürchten."

„So," meinte Tommy gleichgültig; er wußte, daß seine plötzliche Interesselosigkeit den andern reizen würde.

„Etwas Ernstliches." Der Deutsche geriet in die Falle. „Diese verdammten Kommunisten sind nicht unterzukriegen; besonders einer der Führer scheint ein äußerst gefährlicher Mensch zu sein."

„Ich weiß: Antonio Termetta." Tommy warf lässig den Namen hin, wußte gar nicht, ob es der rechte sei, ließ sich vom Instinkt leiten.

„Das wissen also auch Sie? Cagli befand sich heute in einer furchtbaren Aufregung. Sie glaubten schon, dieses Aufrührers habhaft geworden zu sein, dann aber stellte sich heraus, daß sie irrtümlicherweise den Falschen verschleppt hatten."

Tommys früherer Beruf hatte nicht nur seine Finger, sondern auch seinen Verstand geschult; sein Gehirn arbeitete mit höchster Geschwindigkeit: sie hatten den Falschen verschleppt, Antonio Termetta war entkommen, war in O'Keefes Ueberrock und Hut entkommen. Tommy brach in lautes Gelächter aus; er mußte sich die Rippen halten, so sehr schüttelte ihn das Lachen.

„Ich weiß," stöhnte er, „der Verschleppte war Brand!"

„Woher wissen Sie das?" Die Stimme des Deutschen klang mißtrauisch.

Oh weh, dachte Tommy erschrocken, es ist ein Fehler, allzu klug zu sein. Von wem zum Teufel kann ich die Sache wissen? Er starrte auf die Straße hinaus; ein fetter Mönch watschelte vorüber, gab Tommy einen rettenden Gedanken ein: „Von Padre Lorenzo Verator," erwiderte er kühn.

Der Deutsche nickte: „Ach so. Diese Pfaffen sind allesamt Schwätzer. Also jedenfalls befindet sich dieser Antonio Termetta noch in Freiheit, und Cagli fürchtet ihn. Fürchtet ihn so sehr, daß er es nicht wagt, gewisse Dokumente selber aufzubewahren und sie auch keinem der Unsern anvertrauen will."

„Deshalb übergab er sie Ihnen," warf Tommy ein. „Das begreife ich. Auch ich würde Ihnen derart gefährdete Dinge anvertrauen."

Der Deutsche lächelte herablassend.

„Dieser Ansicht war auch Cagli; Sie haben es richtig erraten."

Tommy schwieg erwartungsvoll, hoffte, daß der andre nun auch noch etwas Genaueres über die Dokumente verraten werde. Aber in Graf Seckingen schien das Gefühl erwacht zu sein, er habe bereits zu viel gesagt; er lenkte das Gespräch rasch auf ein andres Thema über, und Tommy bemerkte, daß jede weitere Frage seinerseits Verdacht erwecken könnte.

Es handelt sich also tatsächlich um wichtige Dokumente, dachte er. Wäre es nicht möglich, irgendwie ihrer habhaft werden zu können? Der Kerl wohnt neben mir; zwischen seinem Schlafzimmer und meinem Badezimmer befindet sich eine Tür. Der Schlüssel steckt auf meiner Seite; vielleicht gelingt es ...

(Fortsetzung folgt.)

sollen zur Maifeier eingeladen werden. Eine Kommission wurde gewählt, die in der nächsten Versammlung das endgültige Programm vorlegen soll; ihr gehören an die Genossen Karl Becker, August Hartmann, Otto Gerecke und Otto Kersten. —

Kreis Jerichow 2

Jerichow

Frauengruppe. In einer Versammlung hielt Landtagsabgeordnete Genossin Bollmann (Halberstadt) einen Vortrag über „Warum müssen die Frauen im politischen Leben mehr für unsre Partei interessiert werden, und was hat die Partei bisher für die Frauen getan?". Der interessante, lehrreiche Vortrag wurde von allen Anwesenden mit großem Beifall aufgenommen. Eingehend wurde von der Referentin die Wochenhilfe geschildert. Auch die Erwerbslosenfrage wurde behandelt. Nachdem der Vorsitzende, Genosse Kinne, noch einige beherzigenswerte Worte an die Frauen gerichtet hatte, wurde zur Neuwahl des Vorstandes geschritten. Einstimmig wurden gewählt: Genossin Napp zur 1. Vorsitzenden, Genossin Randau zur 2. Vorsitzenden, und Genossin Wollny als Schriftführerin. Genossin Napp schloß die leidlich gut besuchte Versammlung mit dem Wunsch, in den Kreisen der Frauen mehr zu agitieren, damit in der nächsten Versammlung mindestens die doppelte Zahl an Aufnahmen zu verzeichnen ist. —

Kreis Calbe

Parteitag für den Unterbezirk Calbe.

Am Sonntag den 20. Februar, vormittags 9 Uhr, findet in Calbe im Restaurant Heinze ein Kreisparteitag mit folgender Tagesordnung statt: Referat des Reichstagsabgeordneten Genossen Ferl (Magdeburg); Bericht des Vorsitzenden, des Sekretärs und des Pressekommissionsmitgliedes; Bezirks- und Parteitag; Wahl der Delegierten zum Bezirkstag und Bezirks-Frauentag in Magdeburg; Vorschlag eines Delegierten zum Parteitag nach Kiel; Wahl des Vorstandes.

Die Konferenz setzt sich zusammen aus den Vorstandsmitgliedern, der Pressekommission und aus Delegierten der Ortsvereine, die bis zu 200 Mitglieder einen Delegierten wählen. Für weitere je 200 Mitglieder kann ein Delegierter mehr gewählt werden. Restzahlen über 100 werden voll gerechnet. Die Kosten der Unterbezirkskonferenz trägt die Bezirkskasse. Bei der Wahl der Delegierten sind die weiblichen Mitglieder zu berücksichtigen. Jeder Ortsverein muß durch mindestens einen Delegierten auf der Konferenz vertreten sein.

Die Mandate für die Delegierten sind bereits allen Ortsvereinen zugegangen. Diese sind mit dem Namen des Delegierten, dem Stempel und der Unterschrift des Vorsitzenden zu versehen. Als Ausweis hat jeder Delegierter sein Mitgliedsbuch vorzulegen

Die Unterbezirks-Vorstandssitzung findet bereits am Sonnabend den 19. Februar, nachmittags 4 Uhr, in Calbe, Restaurant Heinze, statt.

Mit Parteigruß

Fritz Buß, Vorsitzender. Wilhelm Peters, Sekretär.

Barby

Stadtverordneten-Sitzung. Die Tribünen waren überfüllt; es zeigte sich wieder, daß der Sitzungssaal viel zu klein ist. Das Publikum stand sogar in den Fensternischen. Mit Spannung wurden die Verhandlungen erwartet, vor allem stand die Frage, wer der neue Beigeordnete wird, im Brennpunkt des Interesses. Um möglichst die kommunistischen Stimmen zu bekommen, verzichtete die wirtschaftliche Fraktion darauf, einen Wirtschaftler für dieses Amt vorzuschlagen, was ihr gewiß recht schwer geworden ist. Sie schlug Studiendirektor Dr. Dreyer von der Aufbauschule vor, während die Kommunisten Maurer August Meyer senior präsentierten, und unsre Fraktion Genossen Rektor Karstädt nannte. Dr. Dreyer bekam im ersten Wahlgang, 6. Meyer 3 und Karstädt 7 Stimmen. Ein Kommunist fehlte. Im zweiten Wahlgang gaben die Kommunisten unbeschriebene Zettel ab, so daß Genosse Karstädt mit 7 Stimmen gegen 6 für Dr. Dreyer zum Beigeordneten gewählt wurde. Stadtv. Dr. Danzfuß protestierte gegen die Einführung des Stadtverordneten Fabian als ersten Tagesordnungspunkt; er schlug vor, zuerst das Bureau zu wählen. Die Rechnung der Wirtschaftsfraktion war offensichtlich, wir wären dann zur Beigeordnetenwahl nur mit 6 Stimmen angetreten, und auch die Wahl des Bureaus hätte ein andres Gesicht bekommen können. Die Versammlung stimmte in ihrer Mehrheit aber der vom Stadtverordneten-Vorsteher aufgestellten Tagesordnung bei, nachdem Genosse Walter Franz noch ausgeführt hatte, daß es seine gesetzliche Aufgabe sei, die Tagesordnung aufzustellen. Die Mandatsniederlegung des Genossen Ollenhauer wurde gegen die kommunistische Fraktion anerkannt, darauf wurde Genosse Fabian vom Bürgermeister Genossen Osten verpflichtet. Es erfolgte Wiederwahl der Bau-, Finanz- und Kassenprüfungskommissionen. Ein Abändrungsvorschlag der Kommunisten bei der Wahl der Baukommission wurde abgelehnt. —

Die leichte Besserung des Arbeitsmarktes kündet sich auch dadurch an, daß der Arbeitsnachweis seit längerer Zeit wieder einmal Arbeitskräfte verlangt. So werden augenblicklich zehn männliche Arbeiter für die Landwirtschaft nach außerhalb gesucht.

Zur Pestalozzifeier der Stadtschule am Donnerstag vormittag 10 Uhr im Schulsaal ist auch der Elternbeirat eingeladen.

Der Republikanische Abend in Breitenhagen nahm den erwarteten guten Verlauf. Die Theateraufführung gefiel sehr. Den fleißigen Spielern und Spielerinnen wurde aufs lebhafteste gedankt. Alle Republikaner des Dorfes und der nähern Umgebung waren zu der Veranstaltung gekommen. —

Unser Konsumvereinsfest hielt, was es versprochen hatte. Es war recht gut besucht und verwirklichte ein unterhaltendes Programm, an dem zwei Magdeburger Künstler besondern Anteil hatten. Die Teilnehmer blieben alle bis über Mitternacht zusammen, so sehr gefiel ihnen der bescheidene, aber schöne und harmonische Abend. Möge er dazu beigetragen haben, der Genossenschaftsbewegung am Orte neues und stärkeres Leben zu geben. —

Ein gräßlicher Unglücksfall. Schiffer Meyer in Klein-Rosenburg, erst von Schiffahrt zurückgekehrt, putzte in seinem Garten Obstbäume aus. Dabei fiel er rückwärts auf das Staket und verletzte sich fürchterlich am Mastdarm. Niemand bemerkte seinen Unfall, so daß er sich unter gräßlichen Schmerzen selbst aus der fürchterlichen Lage befreien mußte. Er fand Aufnahme im Krankenhaus. —

Calbe

Konsum- und Spargenossenschaft. Anläßlich der Eröffnung der Dampfbäckerei hatte die Genossenschaft ihre Mitglieder am Sonnabend und Sonntag zu einer Festveranstaltung eingeladen. Beide Abende hatten sich eines guten Besuchs zu erfreuen. Genosse Prüfer begrüßte durch eine kurze Ansprache die Erschienenen und wies auf Zweck und Ziel der Genossenschaft hin. Ein abwechslungsreiches Programm sorgte für angenehme Unterhaltung. Mitwirkende waren außer dem Konzertorchester der Arbeitergesangverein Eintracht sowie der Frauenchor; ferner Fräulein Hoffmann sowie die Herren Georg Thies und Rudi Hörtinger vom Magdeburger Stadttheater. Alle Mitwirkenden gaben ihr Bestes. Die Veranstaltungen waren in allen Teilen wohlgelungen. —

Eickendorf

Die Arbeiterjugend beginnt ihre diesjährige Osterwerbung mit einem „Bunten Abend", der am Sonnabend den 19. Februar bei Kunze stattfindet. Alle Eltern und Konfirmanden sind eingeladen. Der Eintrittspreis beträgt 30 Pfennig. Konfirmanden haben freien Eintritt. —

Die Bahnhofswirtschaft ist vor einigen Tagen eröffnet. Hoffentlich rentiert sich das Unternehmen, damit nicht umsonst gebaut worden ist. Als Wirt ist von der Verwaltung ein Auswärtiger bestellt worden. —

Antragsformulare zur Lohnsteuerrückerstattung für 1926 sind im Gemeindebureau zu haben. —

Bad Salzelmen

Als Schiedsmann des 1. Bezirks ist jetzt der Privatmann Hermann Bienfeld, Marktstraße 81, durch den Magistrat verpflichtet worden. —

Der Elmener Wohnungsvermieter-Verein hält am Mittwoch den 16. Februar, nachmittags 4 Uhr, im Viktoriabad eine Generalversammlung ab. Es soll für die kommende Saison eine neue Wohnungsliste aufgestellt werden. —

Zwangsweise versteigert wird am 4. April auf dem Amtsgericht in Schönebeck das Grundstück des Kaufmanns Hermann Rücker, Dr.-Tolberg-Straße 14a. —

Gründungsfeier der Arbeiterwohlfahrt. Am Sonnabend den 12. Februar beging die Arbeiterwohlfahrt in Solles Gesellschaftshaus das Fest des einjährigen Bestehens. Trotzdem an diesem Tag in fast allen Sälen der Stadt Festlichkeiten der verschiedensten Art veranstaltet wurden, war der Saal in Solles Gesellschaftshaus fast überfüllt. Genossin Rundt begrüßte mit herzlichen Worten die Anwesenden. Rückblickend besprach sie die Tätigkeit der Arbeiterwohlfahrt, die auch an dieser Stelle des öftern gewürdigt ist. Sie forderte in ihren Schlußworten alle auf, sich auch für die Zukunft nach bestem Können für die Verwirklichung der edeln Ziele der Arbeiterwohlfahrt zur Verfügung zu stellen. Alsdann lockte gute Tanzmusik die Alten wie die Jungen zum Tanz. Einige Sologesänge und urkomische Gesangsszenen sowie die Ulkiepe sorgten für ausreichende Abwechslung und gemütliche Feststimmung. Eine außerdem veranstaltete Verlosung mit großen Ueberraschungen machte viel Freude. Es war in allen Teilen eine wohlgelungene Feier und hat gezeigt, daß die Arbeiterwohlfahrt in unserm Orte festen Fuß gefaßt und daß ihre uneigennützige Arbeit volle Anerkennung gefunden hat. —

Schönebeck

Der Vorsteher Jährling widmet den verstorbenen Stadtrat Körting einen Nachruf, in dem er die Verdienste des Verstorbenen für die Stadt hervorhebt. Durch Aufstehen der Versammlung von den Plätzen wird der Tote geehrt. Der besoldete Stadtrat Ebermann ist zum Ersten Bürgermeister in Bitterfeld gewählt und tritt seine neue Stelle am 8. Mai an. Die Tätigkeit des Stadtrats Ebermann für die Interessen Schönebecks wird vom Vorsteher gewürdigt. Da nun besonders schwierige Aemter verwaist sind, muß bald schon mit den Vorarbeiten zur Wahl begonnen werden. Den Vorwurf in der hiesigen Presse, man wolle Geheimniskrämerei treiben, weist der Vorsteher entschieden zurück, denn auch er sei für die Besprechung in der Oeffentlichkeit, aber die Städteordnung schreibe ihm seine Handlungsweise vor.

Die Berichte über Kassenrevisionen, die vom Genossen Hoyer gegeben werden, sind nicht zu beanstanden. Im Monat Januar sind in der Steuerkasse 111 348,50 Mark an Steuern vereinnahmt worden. Die Prüfung beim Arbeitsamt erfolgt jetzt durch die Revisionskommission allmonatlich. Die Feststellung der Rechnung der Kämmereikasse für 1925 ergibt in Einnahme 1 569 828,91 Mark, in Ausgabe 1 572 404,90 Mark, mit einen Vorschuß von 2575,99 Mark und einem Einahmerest von 3952,37 Mark. Die Ueberschreitungen in Höhe von 64 368,00 Mark werden bewilligt. Der Haushaltplan der Kinderbewahranstalt für 1927 weist dieselben Summen wie 1926 bei einem städtischen Zuschuß von 2400 Mark auf. Der Referent, Genosse Hoyer, verweist darauf, daß die Kinderbewahranstalt eine wertvolle Wohltätigkeit der Stadt bedeutet, was viel zu wenig beachtet wird. Im Durchschnitt sind 30 bis 40 Kinder täglich zu betreuen. Das Entgelt dafür beträgt nur täglich 20 Pf., wofür es Mittagessen, am Nachmittag Kakao oder Milch gibt. Eine Leiterin und eine Köchin sind tätig. Der städtische Zuschuß kommt den minderbemittelten Kindern doppelt zugute, indem auch einem Teile Freistellen gewährt werden.

Für den 4. Bezirk muß die Wahl eines Schiedsmanns stattfinden, weil der bisherige Herr Oskar Hinne, Vorsitzender des Hausbesitzervereins, „wegen Krankheit" plötzlich niedergelegt hat. Es wird vom Referenten Schöklmeyer (bürgerlich) der Futtermittelhändler Gustav Freidank in Vorschlag gebracht. Genosse Hoyer wendet sich im Auftrag unsrer Fraktion gegen Freidank und führt aus, daß der Fall Hinne bewiesen hat, daß recht vorsichtig in der Wahl eines unparteiischen Schiedsmanns vorzugehen sei. Herr Hinne als Vorsitzender des Hausbesitzervereins hat in mehreren Fällen seine Unparteilichkeit vermissen lassen. Der Mieterverein war deshalb schon drauf und dran, Herrn Hinne die Stelle vom Regierungspräsidenten nehmen zu lassen. Das Gericht griff ein, und die Bestrafung einer Mieterin durch Hinne wurde aufgehoben. In einem zweiten Falle, wo auch Hinne Schiedsmann war, wurde die Unparteilichkeit des Herrn Hinne so recht durch einen Artikel gekennzeichnet. Durch Gerichtsurteil wurde wiederum festgestellt, daß Herr Hinne sich geirrt hat. Und nun die Niederlegung seines Amtes wegen Krankheit! Freidank ist unsrer Fraktion noch nicht der unparteiische Mann für diese Posten. Vorgeschlagen wird von uns der frühere Werkmeister Fritz Gödecke, Königstraße, jetzt im Arbeitsamt. Die bürgerliche Fraktion zieht sich zurück und stimmt nachher dem sozialdemokratischen Vorschlag Gödecke zu.

Ein Nachtrag zum Ortsstatut für die Berufsschule, nach dem erwerbslose kaufmännische Lehrlinge bis zum 18. Lebensjahr die Schule besuchen müssen, wird gebilligt. Mehrere Aendrungen des Ortsstatuts für das Wasserwerk machen sich notwendig. Genosse Schneider als Referent geht auf die Aendrungen einiger Paragraphen näher ein. Es sind eine Anzahl neue Wassermesser angeschafft worden, die kostenlos von der Stadt eingebaut werden und Eigentum der Stadt bleiben. Unsre Wassermesser sind veraltet und zeigen den Wasserverbrauch nicht mehr richtig an. Die erforderlichen Arbeiten und Reparaturen dürfen in Zukunft nur noch von den Beauftragten der Stadt ausgeführt werden. Die Durchführung der notwendigen Aendrungen wird einstimmig gutgeheißen. Die Kosten für die Bekämpfung der Mückenplage, vorläufig 3000 Mark, werden bewilligt. Arbeitersamariter-Kolonne und Sanitäts-Kolonne Rotes Kreuz führen diese Arbeiten aus. Der Stadtverordnete Rämisch (Komm.) begründet dann seine Eingabe wegen Schließung der Eisenbahnwerkstätten Halberstadt und Buckau. Etwa 100 Personen würden wieder arbeitslos, was für unsre Stadt einen großen Schaden bedeutet. Es wird ein Protest des Magistrats und der Stadtverordneten beschlossen.

Genosse Hellge begründet nunmehr die vom Ortsausschuß eingebrachte Vorlage, für die Armen und Hilfsbedürftigen der Stadt sofort eine Aktion zu unternehmen. Da sich auch der Kreisausschuß mit den Gedanken einer nochmaligen Hilfsaktion trägt, kann in Gemeinschaft mit dem Kreise vorgegangen werden. Diese Notaktion wird einstimmig anerkannt, und Stadtrat Ebermann versichert, besonders auch durch Kohlen zu helfen. Die eingebrachte Vorlage des Ortsausschusses besagt: 1. Jedem Hilfsbedürftigen der Stadt 5 Zentner Kohlen und 1 Zentner Holz pro Monat zu verabfolgen; 2. Geldmittel bereitzustellen, um die Zahlung einer einmaligen Unterstützung in Höhe von 15 Mark für Verheiratete und 10 Mark für Ledige in die Wege zu leiten; 3. Allen Hilfsbedürftigen einen warmen Mittagstisch zu verabreichen, und zwar 1 Liter Essen pro Tag auf den Kopf der Familie zum Preise von 20 Pfennig pro Woche. (Wird in Schönebeck seit Jahren schon so in der Volksküche gehandhabt.)

Es soll nunmehr in nichtöffentlicher Sitzung die Beratung wegen des zu wählenden Stadtrats vorgenommen werden. Genosse Hellge beantragt und begründet die Oeffentlichkeit für die vorzunehmende Wahl. Die Zustimmung erfolgt von allen Seiten. Die Dringlichkeit wird anerkannt und in der Oeffentlichkeit kann verhandelt werden. Nachdem die Richtlinien vom Vorsteher für die vorzunehmende Wahl bekanntgegeben, wird zur Wahl einer 7gliedrigen Kommission geschritten. Es gehören ihr an die Genossen Hellge, Hildebrandt und Schneider, von der bürgerlichen Seite die Stadtverordneten Hollborn, Schildener, Hafften und der Vorsteher Jährling. Die Kommission zieht sich zurück, und nach einstündiger Beratung wird folgender Beschluß gefaßt: 1. Die Anstellung erfolgt auf 12 Jahr; 2. pensionsfähiges Gehalt wird nach Gruppe 11 der Besoldungsordnung gewährt; 3. Anrechnung auswärtiger Dienstjahre auf das Besoldungsdienstalter bleibt besonderer Vereinbarung vorbehalten; 4. die Zahlung des Ruhegehalts und der Hinterbliebenenbezüge richtet sich nach den gesetzlichen Bestimmungen; 5. der Anzustellende muß die Befähigung zum Richteramt und zum höhern Verwaltungsdienst besitzen. Bewerber muß Arbeitserfahrung auf dem Gebiete des Steuer- und Wohlfahrtswesens haben. Nebenämter darf er nur mit Genehmigung der städtischen Körperschaften annehmen.

Genosse Hellge bekämpfte ganz energisch den Punkt 5, wonach nur Volljuristen in Frage kommen sollen. Man kann diesen Leuten kein Privileg geben. Wir brauchen tüchtige in der Praxis erfahrene Leute. Harke und Schneider sprechen in diesem Sinne. Trotzdem wird der Antrag Hellge mit 15 gegen 12 Stimmen abgelehnt! Der Kommunist Günther versuchte gegen Stadtrat Ebermann persönlich vorzugehen, wurde aber vom Vorsteher daran gehindert. —

Handwerker-, Gewerbe- und Industrieausstellung vom 25. Juni bis 3. Juli 1927. Die Ausstellungsleitung schreibt: Die Vorarbeiten zur Ausstellung, die vom 25. Juni bis 3. Juli stattfindet, nehmen festere Formen an. Der Eingang zum Ausstellungsgelände und -lokal soll eine besondere Sehenswürdigkeit werden. Hier soll ein Teil aus Schönebecks frühern Tagen erstehen. Das Salztor, der Eingang der Stadt Schönebeck aus dem Jahre 1500 soll als Mahner des damaligen Wohlstandes des Handwerks, Gewerbes und der Industrie errichtet werden. Als Ueberrest hiervon ist jetzt nur noch der Turm in veränderter, d. h. umgebauter Form und ein Teil der alten Stadtmauer vorhanden. Die Pläne und Zeichnungen werden von dem technischen Leiter, dem Mauermeister Fritz Schmielau, auf Grund der Chronik und alter Zeichnungen rekonstruiert bzw. angefertigt. Das Interesse an der Ausstellung ist nach den bisherigen Anfragen und Meldungen erfreulich groß. Den Interessenten ist zu raten, sich rechtzeitig einen Platz auf der Ausstellung zu sichern. —

Schönebeck-Felgeleben

Freie Sänger. Die Versammlung war stark besucht. Beschlossen wurde, das Stiftungsfest und Sommerfest fallen zu lassen, dafür desto zahlreicher am Bezirksfest in Neuhaldensleben am 2. und 3. Juli teilzunehmen. Für den 20. August ist eine Dampferfahrt stromaufwärts vorgesehen. Erinnert wird an die Reisesparkasse beim Sangesbruder Wieter. Sangesbruder Bedau berichtete vom Sportkartell, Geseler von der Bezirkskonferenz. In den kommenden Wochen gilt es, alle Kräfte zum Gesangskonzert der Arbeitsgemeinschaften Schönebeck und Felgeleben anzuspannen. —

Der Theaterabend hat voll befriedigt und erfreute sich guten Besuchs. Am Sonntag den 27. Februar folgen eine Nachmittags-Kindervorstellung und eine Abendvorstellung. —

Unternehmerwillkür. Weil er auf die übliche Sonntagsarbeit zugunsten der Reichsbannerversammlung verzichtete, wurde der Pferdebursche S. vom Landwirt und Gastwirt Zenker fristlos entlassen. Der Landarbeiterverband verschaffte dem Entlassenen durch Klage vorschriftsmäßige Entlassungspapiere sowie den zustehenden Lohn und Deputat. Nunmehr folgt wohl auch der Gastwirt Zenker dem Rate seiner Frau, sich seine Leute nicht mehr aus organisierten Arbeiterkreisen zu suchen. Prost Heil! —

Ein Lichtbilderabend der Schrebergärtner über Gartenkultur am Montag den 28. Februar bei Kersten leitet die diesjährigen Gartenarbeiten ein. Interessierte Nichtmitglieder haben Zutritt.

Trotz aller Warnungen lassen sich immer wieder Frauen verleiten, sich auf Anpreisungen gerissener Reisender zu Bestellungen auf „Kräuter-Gesundheitsbücher" unterschriftlich zu verpflichten. Der hohe Preis wird durch kulante Ratenzahlungen schmackhaft gemacht. In seltenen Fällen kommen die Frauen vom Kaufe los; kein Gericht enthebt sie von der Verpflichtung aus dem Vertrag. Meistens kommen die Reisenden, wenn der Mann nicht zu Hause ist. Darum, Vorsicht! —

Staßfurt

Parteiversammlung. Der 1. Vorsitzende, Genosse Möller, eröffnete unter Anwesenheit von 104 Mitgliedern die am Sonntag im Lokal des „Hofjägers" tagende Versammlung. In dem vom Genossen Hartung (Schönebeck) gehaltenen Referat über Erwerbslosenfragen wurden das bestehenden Gesetz und das anzustrebende Arbeitslosengesetz eingehend behandelt. In der Diskussion sprachen die Genossen Hennig, Voigt und Weißflog. Nach Verlesung des Schreibens vom Bezirk über Zusendung von Werbe- und Agitationsmaterial wurde ein Antrag des Genossen Wiczorowski der Unterbezirkskonferenz zur Beratung übermittelt. Die Betriebsvertrauensleute bleiben mit einigen Aendrungen dieselben. Mitglieder des Bildungsausschusses sind die Genossen Weidig, Zimmermann und Frau Richter. Die neugewählte Bibliothekskommission, bestehend aus den Genossen König, Jennert, Matzek, Beckmann, Eckart und Weiß, soll Klarheit schaffen, wessen Eigentum die Bibliothek ist, da sie nach alten Protokollen der Partei gehört, nach Ausführungen ehemaliger Gewerkschaftsvorstände aber auch den Gewerkschaften. Zur Bezirkskonferenz nach Calbe wurden Genosse Gehre und Frau Richter delegiert. Zur Vorbereitung des am 3. Juli in Barby stattfindenden Parteifestes soll durch Rundfrage der Unterkassierer die Teilnehmerzahl festgestellt werden. Die Bearbeitung des Maifeierprogramms wurde dem Bildungsausschuß und Vorstand überlassen. Einige Fragen in Steuerangelegenheiten beantwortete Genosse Becker. Vom Kassierer, Genossen Bertram, wurde mitgeteilt, daß seit dem 1. Januar dieses Jahres 27 neue Mitglieder geworben sind, so daß insgesamt am Orte 376 Mitglieder der Partei angehören, und zwar 247 männliche und 129 weibliche. —

Der Mieterverein hält am Donnerstag den 17. Februar, abends 8 Uhr, im Union-Theater Tränental, eine Versammlung ab.

Staßfurt-Leopoldshall

Ebert-Gedächtnisfeier des Reichsbanners. Im geschmückten Saale des „Hofjägers" in Staßfurt leitete der Gesangverein Sängerbund mit dem Lied „Ein Sohn des Volkes wollt er sein und bleiben" die Gedächtnisfeier zu Ehren des im Februar 1925 verstorbenen Reichspräsidenten Friedrich Ebert ein. In seiner Rede zeichnete der 1. Vorsitzende, Kamerad Meyendriesch, den Lebenslauf des Verstorbenen. Von der Wiege in der Pfaffengasse Heidelbergs bis zum jähren Tod, an dem die völkische Hetzpresse auch unsers Ortes durch den Verleumdungsprozeß Mitschuld trägt. Unvergeßlich wird uns Ebert bleiben. — In der anschließenden Versammlung wurde auf das Verhalten der jetzigen Reichsregierung hingewiesen und aufgerufen, in eine der Parteien der Weimarer Koalition einzutreten. Von der Gautagung in Magdeburg gab Kamerad Meyendriesch bekannt, daß 327 Ortsgruppen dem Gau Magdeburg-Anhalt angehören. Die Kreistagung hat für den Kreis Calbe zwei Pflichtveranstaltungen vorgesehen, und zwar am 20. März Kreisfest in Calbe und am 24. Juli Kreisfest und Jugendbannerwettkampf in Bad Salzelmen. Zur Werbewoche vom 19. bis 27. d. M. wird am 24. ein Lichtbildervortrag gehalten, betitelt „Ereignisse von 1914 bis zur Jetztzeit, in Wort und Bild". Nach reger Aussprache über örtliche Angelegenheiten schloß die Versammlung um ¾11 Uhr. —

Stadtkreis Aschersleben

Wann liegt Bedürftigkeit der Erwerbslosen vor? Die letzte Sitzung des Verwaltungsausschusses des hiesigen Arbeitsamts beschäftigte sich auch mit der Frage, wann die als Voraussetzung für den Bezug der Erwerbslosenunterstützung vorgesehene „Bedürftigkeit" vorliegt. Es sind darüber in den letzten Tagen neue gesetzliche Vorschriften ergangen. Nach diesen kommt die Einnahme der ganzen Familie bei der Beurteilung in Frage. Der Kreis der Familienangehörigen, deren Einnahmen zu berücksichtigen sind, beschränkt sich auf Voreltern, Eltern, Abkömmlinge und den Ehegatten, alle diese aber nur, soweit sie mit dem Erwerbslosen in einem Haushalt leben. Die Einnahmen andrer Familienangehörigen bleiben außer Betracht. Einnahmen eines Erwerbslosen, die bei Prüfung der Bedürftigkeit zu berücksichtigen sind, dürfen nur insoweit auf die Erwerbslosenunterstützung angerechnet werden, als diese Einnahmen zusammen mit der Erwerbslosenunterstützung in jeder Kalenderwoche das Sechsfache des Ortslohnes (§§ 149 bis 152 der Reichsversicherungsordnung) übersteigen. Leben Voreltern, Eltern, Abkömmlinge oder Ehegatten mit dem Erwerbslosen in einem gemeinschaftlichen Haushalt, so erhöht sich das Arbeitsentgelt a) bei den Angehörigen, die selbst Einnahmen aus eigner Beschäftigung haben, um diese Einnahmen, jedoch höchstens um den Ortslohn, der für die Angehörigen maßgebend ist, b) bei den übrigen Angehörigen um den doppelten Betrag der Familienzuschläge, die der Erwerbslose für sie bezieht oder im Falle des Vorliegens der gesetzlichen Voraussetzungen beziehen würde. Haben Eltern, Voreltern, Abkömmlinge oder Ehegatten, die mit dem Erwerbslosen in einem gemeinsamen Haushalt leben, selbst Einnahmen, so sind diese so zu behandeln, als wären sie eigne Einnahmen des Erwerbslosen. Sie sind nur insoweit auf die Unterstützung anzurechnen, als sie die vorstehend angegebenen Grenzen übersteigen. Einnahmen aus Besitz, z. B. Zinsen, ersparte Wohnungsmiete, landwirtschaftliche Erzeugnisse, sind nach Abzug der Werbungskosten unbeschränkt anzurechnen. Als kleiner Besitz, der nicht in Betracht gezogen werden darf, gilt angemessener Hausrat oder ein kleines Hausgrundstück, das der Erwerbslose ganz oder zum größten Teile mit seinen Angehörigen bewohnt. Für Aschersleben beträgt das auf Grund des behördlich festgesetzten Ortslohnes berechnete Arbeitsentgelt wöchentlich für eine männliche Person über 21 Jahre 18 Mark, für eine weibliche 12 Mark, für eine männliche Person von 16 bis 21 Jahren 13,50 Mark, für eine weibliche 9,60 Mark, für eine männliche Person unter 16 Jahren 8,10 Mark, für eine weibliche 6 Mark. Der doppelte Betrag der Familienzuschläge zur Erwerbslosenunterstützung beträgt für die Ehefrau 6,24 Mark, für ein Kind 4,44 Mark.

Hier ein Beispiel der Berechnung: Bei einer aus drei Personen bestehenden Familie verdient der Ehemann wöchentlich 35 Mark. Der 22jährige Sohn ist erwerbslos. Das Arbeitsentgelt (sechsfacher Ortslohn) für den Ehemann beträgt 18 Mark, für die Ehefrau den doppelten Zuschlag zur Erwerbslosenunterstützung 6,24 Mark, das sind zusammen 24,24 Mark. Zieht man das von dem tatsächlichen Verdienst des Ehemannes von 35 Mark ab, verbleibt als auf die Erwerbslosenunterstützung anzurechnen der Betrag von 10,76 Mark. Da die Erwerbslosenunterstützung für den Sohn nur 10,02 Mark betragen würde, also geringer ist, kommt eine solche nicht in Frage. Ein weiteres Beispiel: In einer Familie aus sechs Personen ist der Haushaltungsvorstand erwerbslos. Ein Sohn unter 21 Jahren verdient 23 Mark, eine Tochter unter 21 Jahren 17 Mark, zwei Kinder unter 16 Jahren sind ohne Einkommen. Das Arbeitsentgelt (Ortslohn) beträgt für den Ehemann 18 Mark, für die Ehefrau den doppelten Zuschlag 6,24 Mark, für die Kinder unter 16 Jahren 8,88 Mark, sind zusammen 33,12 Mark. Da die Erwerbslosenunterstützung 17,58 Mark beträgt, kann der Unterstützungsempfänger noch 15,54 Mark verdienen. Zur Anrechnung kommt anderseits Ortslohn für den Sohn 18 Mark, Ortslohn für die Tochter 9,60 Mark. Diese 27,60 Mark abgezogen von dem tatsächlichen Verdienst von 40 Mark, verbleiben 12,40 Mark. Da dies weniger ist als die 15,54 Mark, ist die Unterstützung voll zu zahlen. —

Der Volksbildungsverein hatte am Montag eine Veranstaltung, die besonders erwähnenswert ist. Universitätsprofessor Fleischmann (Halle) sprach über „Deutschland und der Völkerbund". Die sozialdemokratischen Mitglieder des Vereins sind wohl größtenteils mit einigen Bedenken zu der Veranstaltung gegangen. In Wirklichkeit war aber der Vortrag für den Hörer ein Genuß und wurde auf alle Fälle zu einer Bereicherung des Wissens. Sachlich setzte der Redner auseinander, weshalb es für Deutschland vorteilhaft ist, der Gesellschaft der Nationen, dem Völkerbund, anzugehören. Seine außenpolitische Lage werde sich wesentlich verbessern. Nachdem 55 Nationen eine geschlossene Macht bilden, sei es jedenfalls gefährlich, sich zu isolieren. Zum Schluß erörterte der Vortragende in formvollendeter Rede die kulturellen Interessen, die der Völkerbund anstrebt, deren Förderung auch für Deutschland nützlich ist. Starker Beifall der zum weitaus größten Teil bürgerlichen Versammlungsteilnehmer folgte. Die Veranstaltung ruft Erinnerungen wach. Es mögen etwa fünf Jahre her sein, als im „Kaiserhof" eine stark besuchte bürgerliche Wahlversammlung stattfand, in der auch der Völkerbund erörtert wurde. Als in der Aussprache Genosse Kleeis warm für den Völkerbund eintrat, erhob sich ein großer Proteststurm dagegen. Und heute stimmen selbst die Deutschnationalen für das Verbleiben Deutschlands im Völkerbund. —

Kreis Quedlinburg

Unterbezirkstag in Preußisch-Börnecke.

Die Parteikonferenz für den Kreis Quedlinburg fand am Sonntag in Preußisch-Börnecke statt, das eine gute Arbeiterbewegung hat. Die Genossen hatten alle Mühe aufgewandt, um ihre Gäste aufs beste zu empfangen. Am Sonnabend fand ein Empfangsabend statt, der außerordentlich stark besucht war und in bester Harmonie verlief. Der Arbeiter-Gesangverein leitete den Abend ein, die Reichsbannerkapelle hatte sich zur Verfügung gestellt und der Theaterverein Freie Volksbühne führte mit bestem Erfolg eine Operette auf. Reichstagsabgeordneter Genosse Ferl hielt eine Begrüßungsansprache, in der auf die Notwendigkeit der Mitarbeit aller für die Partei mit beredten Worten hinwies. Die Veranstaltung legte Zeugnis ab von der großen Gastfreundschaft der Börnecker Genossen.

Auch die arbeitsreiche Tagung am Sonntag leitete der Arbeitergesangverein mit einem mächtigen Chorlied ein. Dann begrüßte der Vorsitzende, Genosse Groß (Quedlinburg), die Versammlung. Es folgten geschäftliche Mitteilungen. Dann hielt Reichstagsabgeordneter Genosse Ferl ein großzügiges Referat über die politische Lage, in der er zum Schlusse betonte: Geschichtlich wird sich unsre Politik als richtig erweisen. Ziel des kommenden Volkstages muß die Regierungsbeteiligung sein. Wir müssen unsre Agitationsmethoden mehren und stärken. Der Kampf muß ihm jetzt begonnen. Die Masse muß aufgerüttelt und für uns gewonnen werden. Das alles ist schärfster Klassenkampf, den wir niemals aufgeben werden. Wir gehen siegesgewiß in diesen Kampf und werden ihn bestehen. Dann wird uns der größte Reichstag von der Koalitionspolitik nicht mehr ausschließen können.

In der Aussprache wandte sich Genosse Lotz (Aschersleben) gegen die Koalitionspolitik. Genosse Groß (Quedlinburg) legte dar, daß der Kampf um den Inhalt der Republik jetzt erst begonnen hat und daß sie eine bessere Plattform für diesen Kampf ist als der alte Autoritätsstaat. Landtagsabgeordneter Genosse Kaden (Schönebeck) meinte, daß der heutige politische Zustand geschichtlich notwendig sei. Um den Sozialismus geht es heute. Die Anstrengung der Massen sei stärker als früher. Wir müssen hinausgehen und werben. Die Organisation ist die Voraussetzung des Sieges. Genosse Runge setzte sich entschieden für die Koalitionspolitik ein. Die Erfolge bestätigen diese Politik. Man muß jetzt mit den Verhältnissen rechnen. Mehr und mehr müssen wir es lernen, Tagespolitik zu treiben.

Die Debatte drehte sich um die Frage „Koalitionspolitik oder nicht?" Man sollte eigentlich annehmen, daß diese Frage bereits entschieden sei. In allen Gemeinden und Kreistagen arbeiten wir auch mit den Bürgerlichen zusammen und treiben Koalitionspolitik. Die Frage ist, ob wir heute schon Reformen wollen oder nicht. Wir stützen Stresemanns Außenpolitik, weil sie die unsrige ist, das bestätigte die Marseiller Internationale. Die harten Tatsachen werden uns zwingen, Koalitionen einzugehen. Der Radikalismus, alle Mittel anzuwenden, um an der Macht teilzunehmen, ist der allein richtige.

Es folgte nun der Bericht des Sekretärs. Genosse Peters (Magdeburg) dankte allen Funktionären für ihre Mitarbeit im verflossenen Jahre. Es haben 7 Vorstandssitzungen, 3 Kommunalkonferenzen, 2 Unterbezirkskonferenzen und eine Frauenkonferenz stattgefunden. Der Unterbezirk ist in Arbeitsgebiete geteilt. Die Werbewoche hat einen ansehnlichen Erfolg gebracht. Es soll in diesem Jahre eine Bücherkontrolle durchgeführt werden. Der Redner berichtete über die Arbeiterwohlfahrt, die Frauenbewegung und die Arbeiter-Sportbewegung. Der Bildungsarbeit muß ebenfalls regstes Interesse entgegengebracht werden. Der Unterbezirk hat beim Bezirksvorstand angeregt, für alte verdiente Kämpfer und Jubilare der Bewegung ein Gedenkblatt herauszugeben.

Den Bericht der Pressekommission gab Genosse Groß (Quedlinburg). Er berichtete über den Neubau des Druckereigebäudes und die Einrichtung eines Kopfblattes für Wernigerode. Das sind die wesentlichsten Ereignisse des Jahres. Unsre Zeitung hat zur Zufriedenheit aller einen guten Aufschwung genommen.

In der Aussprache beschäftigte sich Genosse Karl Schultze (Aschersleben) mit der Arbeiterwohlfahrt und der Frauenbewegung. Genosse Schinkel (Thale) sprach zur Organisation und Sportbewegung. Genosse Ferl teilte mit, daß der Bezirk Magdeburg-Anhalt zahlenmäßig an der Spitze unsrer ganzen Frauenbewegung marschiert. Der Redner beschäftigte sich weiter mit der Sportbewegung, der Jugend und der Kleinbauernfrage. Genosse Mattheus (Halberstadt) sprach über die Presse. Nach einem kurzen Schlußwort des Genossen Peters, in dem er mit Nachdruck darauf hinwies, daß die Partei allem andern voranstehen müsse, kam man zu den Wahlen. Als Delegierte zum Bezirkstag in Magdeburg wurden die Genossen Pressel (Aschersleben), Gerlach (Thale), Gutbier (Nachterstedt) und Striegnitz (Schneidlingen) gewählt; zur Bezirks-Frauenkonferenz die Genossinnen Schulze (Aschersleben), Kappe (Hedersleben), Tangermann (Pr.-Börnecke), Notdurft (Thale) und Schweinsberg (Quedlinburg). Als Delegierter zum Parteitag in Kiel wurde Genosse Lotz (Aschersleben) gewählt. In den Vorstand des Unterbezirks kamen als 1. Vorsitzender Genosse Groß (Quedlinburg), als 2. Vorsitzender Genosse Lotz (Aschersleben), für den Agitationsbezirk Thale Genosse Wegener (Thale), für den Agitationsbezirk Nachterstedt Genosse Gutbier (Nachterstedt), für die Frauen Genossin Schweinsberg (Quedlinburg) und Dörffing (Nachterstedt), für den Agitationsbezirk Schneidlingen Genosse Striegnitz (Schneidlingen). Anträge verlangten die Verlegung des Sekretariats in die Mitte des Kreises bzw. nach Aschersleben. Der Unterbezirksvorstand wandte sich gegen diese Anträge, da zurzeit kein Bedürfnis vorhanden sei. Die Anträge wurden abgelehnt. Dann wurde noch der Kommunalausschuß bestätigt; ihm gehören an die Genossen Groß (Quedlinburg), Lotz (Aschersleben), Weidling (Wedderstedt), Gutbier (Nachterstedt) und Köthe (Preußisch-Börnecke). Genosse Schuchardt (Quedlinburg) sprach noch zur Jugendfrage. Dann schloß Genosse Groß mit Worten des Dankes an die Börnecker Genossen und mit der Aufforderung, nun für die Partei mit unverminderter Kraft tätig zu sein, die inhaltsreiche Tagung. —

Aus der Altmark

Könnigde

Mietwucher. Ein Maurer, der sein Haus von einer Hauszinssteuerhypothek des Kreises erbaute, verlangte für seine im ersten Stock gelegene Wohnung, die keine Annehmlichkeiten wie Wasserleitung, Abguß, elektrisches Licht aufweisen kann, vor dem Mieteinigungsamt pro Quadratmeter 8 Mark Miete. Er wurde natürlich ausgelacht und die 32 Quadratmeter mit 100 Mark Miete jährlich bewertet. Der Hausbesitzer will sich damit nicht zufrieden geben. —

Gardelegen

Rentenzahlung. Die Auszahlung der Kleinrentner- und Sozialrentner-Unterstützungen findet am 17. Februar, vormittags von 8½ bis 11½ Uhr, in der Stadthauptkasse statt. —

Jugend- und Kindesweihe. Wie schon in einem Kartellbericht erwähnt, beabsichtigt der Verein der Freidenker für Feuerbestattung in diesem Jahre, mit Unterstützung der Gewerkschaften eine Jugend- und Kindesweihe vorzunehmen. Diese Weihe soll am 27. März, vormittags 10 Uhr, durchgeführt werden. Ein prominenter Redner wird sich zur Verfügung stellen. Die Feier soll in äußerst würdiger Form vorgenommen werden. Am Abend wird dann wie gewöhnlich gemütliches Beisammensein der Eltern und Konfirmanden stattfinden, bei dem die Arbeiterjugend einen erheblichen Teil zur Unterhaltung beitragen wird. Falls noch Konfirmanden an dieser Feier teilnehmen wollen, werden diese gebeten, sich beim Kollegen August Wagner, Kaserne, oder bei Gustav Peters, Oelstraße, zu melden. Gewerkschaftskartell und Verein der Freidenker hatten sich an den Magistrat mit der Bitte um Ueberlassung des Rathaussaales oder eines andern geeigneten Raumes zur Abhaltung der Weihe gewandt. Wie nicht anders zu erwarten, lehnte der Magistrat diese Bitte ab. Ganz fadenscheinige Gründe werden für die Ablehnung angeführt. So wird gesagt, daß die städtischen Räume nur für Veranstaltungen gemeinnütziger Art, aber nicht für interne Zwecke einzelner Vereine oder Sekten hergegeben werden können. Dürfen wir einmal darauf aufmerksam machen, daß der Rathaussaal auch den Herren Pastoren zu Konferenzen zur Verfügung gestellt ist? Aber wenn zwei dasselbe tun, ist es nicht dasselbe! Bei der verzeihigen Einstellung des Magistrats war etwas andres nicht zu erwarten. Die Veranstaltungen finden vormittags sowohl als auch abends im Saale von „Stadt Hamburg" statt. Für alle Arbeitnehmer kann es am Konfirmationssonntag nur heißen: Teilnahme an der Jugend- und Kindermeihe! Die Herrschaften sollen nicht glauben, daß sie durch kleinliche Maßnahmen eine große Bewegung aufhalten können! —

Osterburg

Arbeiterjugend. Auch in unsrer Stadt soll jetzt eine Gruppe der Sozialistischen Arbeiterjugend gegründet werden. Die Ziele der Arbeiterjugend sind so allgemein bekannt, daß allen Arbeitereltern nur geraten werden kann, ihre im Alter von 14 bis 18 Jahren befindlichen Kinder der Arbeiterjugend zuzuführen, wo sie für den Lebenskampf geschult und zu Kämpfern für den Sozialismus erzogen werden. Nähere Auskunft erteilt Genossin Neumann, Ballerstedter Straße, welche auch Anmeldungen gern entgegennimmt. —

Börgitz-Lichtspringe

Parteiversammlung. In Börgitz fand unsre Generalversammlung statt, zu der Parteisekretär Genosse Müller (Stendal) gekommen war. Den Geschäftsbericht gab der 1. Vorsitzende, Genosse Barth, und der Kassierer, Genosse Kleineidam, den Kassenbericht. Der Mitgliederstand beträgt 78, davon 53 männliche und 25 weibliche Mitglieder. Genosse Müller (Stendal) regte an, eine Frauengruppe zu gründen. Der Vorstand wurde wiedergewählt. Zum Delegierten für die Unterbezirkskonferenz wurde Genosse Tiedge bestimmt. Parteisekretär Genosse Müller hielt einen interessanten Vortrag über den Kampf gegen die bürgerliche Regierung. —

Tangermünde

Urnenfund. Auf dem Grundstück des Gärtnereibesitzers Guth in der Arneburger Straße stieß man bei Erdarbeiten auf eine Urne, welche Aschenreste und Bronzegegenstände enthielt. Beim Ausgraben fielen die Deckfteine auf die Urne, so daß deren oberer Teil zerstört wurde. Anscheinend stammt die Urne aus der jüngern Bronzezeit. Die Fundstelle gehört einem Gräberfeld an, auf dem schon öfter Funde gemacht wurden. —

Pestalozzifeier. Von den hiesigen Schulen wird am Donnerstag den 17. Februar eine Pestalozzifeier veranstaltet, auf welche die Einwohnerschaft hingewiesen wird. Die Feier findet im „Elbpark" statt; der Eintritt ist frei. Im Interesse der jugendlichen Mitwirkenden wird ersucht, das Rauchen im Saale zu unterlassen. —

Stadtkreis Stendal

Ein falscher Offenbarungseid. Vor dem altmärkischen Schwurgericht mußte am Dienstag der Gastwirt Adolf Lehnecke aus Audorf wegen Meineids auf der Anklagebank Platz nehmen. Im Jahre 1918 heiratete der Angeklagte. Weil er befürchtete, Alimente bezahlen zu müssen, schloß er mit seiner Frau einen Vertrag ab. In ihm waren die Güter genau festgelegt. Er will, so gibt der Angeklagte an, nichts besessen haben. Den Trauring soll seine Frau gekauft haben u. a. m. Die Frau hat also alles mit in die Ehe gebracht, auch eine Gastwirtschaft und ein Stückchen Ackerland. Die Konzession der Gastwirtschaft stand auf den Namen des Mannes. Die Wirtschaft ging gut. Der Gastwirt stand im Dorf in einem guten Ruf. Einmal mußte er ein Darlehen von 300 Mark aufnehmen. Einen Teil zahlte er zurück. Der Rest sollte bald folgen. Doch schließlich dauerte es dem Gläubiger zu lange. Lehnecke wußte sich nicht anders zu helfen, als einen Offenbarungseid zu leisten. Seine Angaben stimmten aber bei spätern Untersuchungen nicht. L. hatte angegeben, er besäße nicht das geringste. Es wurde aber ermittelt, daß er noch einen abgelegten Mantel zu Hause liegen hatte und auch Uhr und Trauring sein Eigentum seien. Die Uhr ist inzwischen gebrauchsunfähig geworden. Diese Lappalien waren Anlaß, Lehnecke vor den Richter zu stellen. Der Vertreter der Staatsanwaltschaft beantragte 1 Jahr Zuchthaus und 3 Jahre Ehrverlust. Der Verteidiger, Justizrat Aßmann, verlangt Freisprechung. Die Gründe, die Lehnecke zur Gütertrennung veranlaßten, sind darin zu suchen, daß er der Vater eines unehelichen Kindes zu werden glaubte. Außerdem hatte er im Krieg eine schwere Kopfverletzung erlitten und es sollte bei einem plötzlichen Ende die Familie nicht im Besitz benachteiligt werden. Diese Maßnahmen lassen den Angeklagten aber als einen ehrlichen Menschen erkennen. Jedenfalls ist aller Wahrscheinlichkeit nach der Offenbarungseid nicht mit Betrugsabsicht geleistet worden. Man könne doch einen Menschen nicht ins Zuchthaus stecken wegen einiger minderwertiger Gegenstände. Lehnecke wurde zu 3 Monaten Gefängnis wegen Falscheids und zu den Gerichtskosten verurteilt. —

Ein Heiratsschwindler verhaftet. In Magdeburg wurde wegen Heiratsschwindels der Zeichner Reinhold Scherf festgenommen. Er gab sich als Reserveoffizier, Nationalökonom und kaufmännischer Ingenieur aus und hat mehreren Damen größere Geldbeträge abgenommen. Auch in Stendal soll er eine Dame erheblich geschädigt haben. Diese wird gebeten, sich bei der Kriminalpolizei zu melden. Ihre Angaben werden vertraulich behandelt. —

Wo mag er sein? Wir erinnern uns immer noch der Raubüberfälle auf den Landstraßen. Zwei der Täter konnten bereits erwischt werden. Ihre Vernehmung brachte Licht in die ganze Geschichte. Nun fehlt immer noch der Steinsetzerlehrling Franz Lietz aus Stendal, dessen man nicht habhaft werden kann. Man spricht davon, daß sich dieser mit dem aus dem Gardeleger Gefängnis entwichenen Bodenstein umhertreiben soll. —

Rasch tritt der Tod . . . Der Friseur W. Dröse wurde am Montag nachmittag von einem Herzschlag ereilt, der seinem Leben ein Ende bereitete. Rasch tritt der Tod den Menschen an. . . . .

Nicht auf einen fahrenden Zug aufspringen. Am Montag mittag hätte es bald einer Frau, die auf den sich schon in Bewegung befindlichen Zug nach Salzwedel—Uelzen aufsprang, schlecht ergehen können. Sie verfehlte das Trittbrett und klammerte sich krampfhaft mit den Händen an einem Türgriff fest, so daß sie mitgeschleift wurde. Der Tatkraft eines Beamten, der sie aus ihrer gefährlichen Lage befreite, ist es zu danken, daß nicht Schlimmeres passierte. —

Einen genußreichen Abend hatten am Montag abend die Gewerkschaften im hiesigen Stadttheater. Zur Aufführung gelangte „Die Rose von Stambul", ein Operette in drei Akten. Sie fand reichen Beifall. So kann auch dieser Abend als gut gelungen bezeichnet werden. Ob noch weitere Veranstaltungen geplant werden, bleibt abzuwarten. Wegen der wirtschaftlichen Verhältnisse unsrer Kollegen und Genossen müssen solche oder ähnliche Veranstaltungen gut vorbereitet sein. Der Zweck, der Arbeiterschaft nach getaner Arbeit ein paar frohe Stunden zu verschaffen, ist am Montag erfüllt worden. —

Aus dem Merseburger Bezirk

Arbeiter-Kraftfahrlinien nach dem Leunawerk. Da die Reichsbahn nicht imstande ist, das gewaltige Heer von Arbeitern, die bei den Erweiterungsbauten des Ammoniakwerks Merseburg beschäftigt sind, heranzuschaffen und da die Städte und Dörfer der Umgegend des Werkes bis Halle, Weißenfels, Naumburg nicht mehr stärker für die Unterbringung von Arbeitern in Anspruch genommen werden können, hat sich das Ammoniakwerk gezwungen gesehen, in Verbindung mit der Kraftverkehr-Freistaat-Sachsen-A.-G. einen umfangreichen Kraftautobusverkehr nach allen Seiten einzurichten. Dadurch ist es möglich, Arbeiter aus Orten, die fast 50 Kilometer von Leuna entfernt liegen, dem Werke zuzuführen. Es sind fünf neue Strecken eingerichtet. Die Kraftwagen verkehren durchschnittlich viermal am Tage. Gegenwärtig werden 1000 Arbeiter auf diese Weise zum Werke befördert. —

Ein zwölfjähriger Kirchendieb. Seit Monaten werden in Halle in den Kirchen die Opferbüchsen ihres Inhalts beraubt. Jetzt gelang es dem Küster der Moritzkirche, einen 12jährigen Schuljungen als Dieb abzufassen. Er hat mit gleichaltrigen Knaben regelmäßig an den Sonntagen die Büchsen geplündert und das Geld in Näschereien, Zigaretten usw. vertan. Auch Reisen hatten die Jungen mit dem gestohlenen Gelde gemacht. —

Den Kopf zermalmt. Der achtjährige Schulknabe Harri Ritter in Halle hängte sich an ein Lastauto, glitt dabei ab und kam zwischen ein Hinterrad und die Bordschwelle zu liegen. Dem Knaben wurde der Kopf zermalmt. Er war auf der Stelle tot —

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold

Altenweddingen. Mitgliederversammlung am 19. Februar, abends 8 Uhr, im „Schwarzen Adler". Bericht der Delegierten von der Kreiskonferenz. —

Wasserstände

			Wuchs	Fall				Wuchs	Fall
	Elbe					**Mulde**			
Nimburg	15. 2.	+ 0,26	—	—	Zwickau	16. 2.	+ 0,30	0,02	—
Brandeis	„	+ 0,46	—	—		**Unstrut und Saale**			
Melnik	„	— 0,04	—	—	Grochlitz	16. 2.	+ 1,28	—	—
Leitmeritz	„	— 0,04	—	—	Trotha Ufr.	„	+ 2,08	—	0,02
Aussig	„	+ 0,29	—	—	Bernburg Ufr.	„	+ 1,80	—	0,10
Dresden	„	— 1,20	—	—	Kalbe Oberweg.	„	+ 1,64	—	0,09
Torgau	16. 2.	+ 0,88	—	0,04	Kalbe Unterweg.	„	+ 1,04	—	0,10
Wittenberg	„	+ 2,26	—	0,04	Frisehne	„	+ 1,08	—	0,10
Roßlau	„	+ 1,45	—	0,04		**Havel**			
Aken	„	—	—	—	Brandenburg Oberwege.	15. 2.	+ 2,28	—	—
Barby	„	+ 1,78	—	0,08	Brandenburg Unterwege.	„	+ 2,20	—	—
Magdeburg	„	+ 1,29	—	0,06	Rathenow Oberwege.		+ 2,10	—	0,03
Tangermünde	„	+ 2,51	—	—	Rathenow Unterwege	„	+ 1,68	—	—
Wittenberge	„	+ 2,59	—	0,09	Havelberg		+ 3,25	—	0,06
Lenzen	„	—	—	—					
Dömitz	„	+ 2,10	—	0,09					
Dalchau	„	—	—	—					
Boizenburg	„	—	—	—					
Hohnstorf		+ 2,13	—	0,09					

Wettervorhersage

Aussichten für Donnerstag: Wolkiges Wetter, vereinzelt ein wenig Regen, Temperatur ansteigend —

Gewerkschaftsbewegung

Sitzung des Bundesausschusses

Am Dienstag wurde in Berlin die 7. Sitzung des Bundesausschusses des Allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbundes eröffnet. Der Vorsitzende Leipart wies einleitend darauf hin, daß der mit der Kabinettsbildung zunächst betraute Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius zum ersten Male die Gewerkschaften berief, um ihre Meinung über die dringlichsten sozial- und wirtschaftspolitischen Fragen zu hören. Er erklärte, daß er es für selbstverständlich halte, daß auch in Zukunft die Gewerkschaften um ihre Meinung gefragt würden.

Die deutsche Arbeiterschaft hätte erwarten dürfen, daß schon vor Weihnachten ihre Forderung nach

Wiedereinführung des Achtstundentags

erfüllt worden wäre. Statt dessen ist von dem Führer der Volkspartei die Regierungskrise heraufbeschworen worden in der Absicht, eine Rechtsregierung zustande zu bringen, um den Achtstundentag zu verhindern. Das Notgesetz über den Achtstundentag ist die vordringlichste sozialpolitische Frage und im Zusammenhang mit ihr eine Gestaltung des Arbeitsschutzgesetzes, die den berechtigten Interessen der Arbeiterschaft entspricht.

Der Bundesvorstand hat sich in den letzten Wochen auch eingehend mit den geplanten Mieterhöhungen beschäftigt. Statt des Abbaues des Mieterschutzes wäre vielmehr ein neues soziales Wohnrecht zu fordern.

Leipart ging dann auf die in der vergangenen Woche veröffentlichte

Eingabe zur Kartell- und Monopolfrage

ein. Sie enthält die Forderung nach Schaffung eines Kontrollamtes mit weitgehenden Befugnissen und verlangt daneben, daß in die Geschäftsführung der monopolartigen Unternehmungen die Gewerkschaften gleichberechtigte Vertreter entsenden. Die Forderung entspricht den Beschlüssen des Breslauer Kongresses, mit allem Nachdruck sich für die Wirtschaftsdemokratie einzusetzen. Auf der gleichen Linie liegt die Forderung nach paritätischer Umgestaltung der öffentlich-rechtlichen Berufsvertretungen, die von den Arbeitnehmervertretern wieder erhoben worden ist, mit dem Erfolg, daß der Reichswirtschaftsrat die Reichsregierung aufgefordert hat, einen dahingehenden Gesetzentwurf vorzulegen.

Leipart erläuterte dann die Beschlüsse des Londoner Wandrungskongresses über die Schaffung von Wandrungsämtern und die Reglung der Arbeitsverhältnisse der Arbeiter in den Einwandrungsländern. Der Vorstand hat sich bereit erklärt, in den Vorstand und Senat des Reichsmuseums für Gesellschafts- und Wirtschaftskunde in Düsseldorf einzutreten und dem neuen Museum alle Unterstützung der Gewerkschaften zugesagt. Die Leitung der Abteilung für Gewerbehygiene und Gesundheitspflege hat Dr. Meyer (Brodnitz) übernommen. Der Vorstand wird eine Büste von Legien herstellen lassen, von der Abgüsse für Versammlungssäle usw. beschafft werden können, ebenso eine Radierung. Beide sollen das Andenken an den großen Führer der deutschen Gewerkschaften lebendig erhalten.

Anschließend äußerte sich Leipart über die in der Presse veröffentlichten Erklärung der

italienischen Gewerkschaftsführer.

Man muß berücksichtigen, daß jede freie Betätigungsmöglichkeit der italienischen Landeszentrale fehlt. Die alten Gewerkschaftsführer standen daher vor der Alternative, entweder von jeder Betätigung ausgeschlossen zu sein oder zu versuchen, in den fascistischen Gewerkschaften die Interessen der Arbeiter wahrzunehmen. Es ist jedenfalls nicht angebracht, über die in langen Jahrzehnten bewährten Führer der italienischen Gewerkschaften voreilig den Stab zu brechen.

In der Debatte ergab sich im allgemeinen die Uebereinstimmung des Bundesausschusses mit den Ausführungen Leiparts.

Anschließend wurde der zweite Punkt der Tagesordnung,

das Notgesetz zum Achtstundentag,

behandelt. Graßmann erstattete hierzu einen Bericht, der sich insbesondere auf die Verhandlungen mit den Regierungsstellen und Fraktionen des Reichstags über Maßnahmen zur Einschränkung der Ueberzeitarbeit bezog.

In der eingehenden Aussprache wurde von den Vertretern aller Verbände scharfe Kritik an der unverantwortlichen Spruchpraxis einiger Schlichter sowie der Verbindlichkeitserklärung derartiger Schiedssprüche durch den Reichsarbeitsminister geübt. Vor allem der Schiedsspruch des sächsischen Schlichters zur Reglung der Arbeitszeit der Metallarbeiter des Tarifgebiets Leipzig wurde allgemein als eine unerhörte Provokation empfunden. Der Bundesausschuß nahm dann zu dieser Frage einstimmig die Entschließung an, die wir im Hauptblatt veröffentlicht haben. —

Kreiskonferenz des Musikerverbandes

Am 15. Februar tagte in Magdeburg eine Kreiskonferenz des Deutschen Musikerverbandes, Gau 10, die zahlreich von den Ortsverwaltungen Dessau, Zerbst, Koswig, Roßlau, Köthen, Wittenberg, Schmiedeberg, Halle und Magdeburg beschickt war.

Nach einleitendem Referat des Bezirksleiters Franz fand eine sehr rege Aussprache über Konkurrenz durch musizierende Beamte und Militärkapellen sowie über das Arbeitsnachweis- und Tarifwesen statt. Durch die Delegierten wurde übereinstimmend zum Ausdruck gebracht, daß trotz der neuen Richtlinien der preußischen Regierung die Konkurrenz der musizierenden Beamten sich in geradezu vernichtender Weise für die Existenzen der Berufsmusiker auswirkt. Auch die sonderbare Auslegung der Bestimmungen über das außerdienstliche Musizieren der Militärmusiker durch die obern Reichswehrbehörden wurde gebührend gekennzeichnet. Zur Reglung dieser Fragen soll in den Parlamenten und in der Oeffentlichkeit mehr noch als bisher Aufklärung betrieben werden.

Unter „Verschiedenes" wurde ausgiebig die Frage der Lehrlingszüchterei besprochen. Kollege Köppen trug der Versammlung die beiden Fälle Stahmer (Hecklingen) und Rohrschneider (Burg) vor. Besonders die Entscheidung der Regierung zu Magdeburg im Falle Rohrschneider rief berechtigtes Erstaunen und Befremden hervor. Die Notwendigkeit, derartige Entscheidungen anzufechten und bis zur höchsten Instanz auszutragen, wurde allseitig anerkannt.

Der Verlauf der Konferenz zeigte, daß die Mitglieder des zehnten Gaues von frischem Mut und Kampfgeist beseelt und gewillt sind, an die Lösung aller wichtigen Aufgaben mit der gebotenen Entschlossenheit heranzutreten. —

Arbeiterschutzgesetz im Reichswirtschaftsrat. Am heutigen Mittwoch beginnen im Reichswirtschaftsrat die Beratungen über das neue Arbeitsschutzgesetz, für die ein besonderer Arbeitsausschuß eingesetzt worden ist. —

Keine Verständigung mit den schlesischen Agrariern. Am Montag fanden zur Beilegung des Lohnstreits in der schlesischen Landwirtschaft im Reichsarbeitsministerium Verhandlungen statt. Bauernbund und Bauernverein hatten mit den beiden Landarbeiterverbänden eine Vereinbarung getroffen, deren Inhalt (Beseitigung des Hofgängerwesens und kleine Erhöhung des Barlohns) vom Schlichter im wesentlichen in den Schiedsspruch übernommen worden war. Trotzdem kam es zu keiner Verständigung mit den Großagrariern. Die Arbeitnehmer haben nun Verbindlichkeitserklärung des Schiedsspruchs beantragt. —

Forderungen der Bankangestellten. In den kommenden Schlichtungsverhandlungen für das Bankgewerbe wird der Allgemeine Verband der deutschen Bankangestellten die Wiedereinführung der während der Inflation aus Geldentwertungsgründen aus dem Tarif beseitigten Weihnachts- und Abschlußgratifikationen verlangen. Daneben wird eine generelle Erhöhung der Monatsgehalte um 40 Mark als erforderlich bezeichnet. Auch die Frage der Arbeitszeit, die untariflich geregelt ist — sie hat in der Praxis bereits in soundso vielen Gerichtsverhandlungen eine Rolle gespielt und mehrfach zu Verurteilungen von Bankdirektoren geführt — wird einen breiten Raum in den Verhandlungen einnehmen. —

Vereinskalender

Reichsbund deutscher Mieter. Bez. Wilhelmstadt. Freitag, 18. Februar, 8 Uhr, kl. Hofjägersaal Generalversammlung. Vorstandswahl. Erscheinen Pflicht!

Arbeitsgemeinschaft des graphischen Gewerbes Magdeburg. Am Freitag den 18. Februar 1927, abends 7½ Uhr, in der Aula der Lutienschule Breiter Weg, Lichtbildvortrag: „Führung durch das Kaiser-Friedrich-Museum"

Thüringer-Vereinigung, gegr. 1899. Am Freitag den 18. Februar, abends 8 Uhr, im Kortes Bierhallen Versammlung. Thüringer Landsleute willkommen. [55

Homöopathischer Verein. Freitag den 18. Februar, abends 8 Uhr, bei Korte, Vortrag: Wassersucht. [57

Warenmärkte

Magdeburger Viehmarkt

Magdeburg, 15. Februar. Auf dem städtischen Schlacht- und Viehhof wurden aufgetrieben 790 Rinder, und zwar 45 Ochsen, 127 Bullen, 454 Kühe, 104 Färsen, 23 Fresser, 763 Kälber, 274 Schafvieh usw., 4109 Schweine.

Seit dem letzten Markte dem Schlachthofe direkt zugeführt: 65 Rinder, 42 Kälber, 158 Schafe, 858 Schweine.

Bezahlt für 1 Pfund Lebendgewicht in Pfennigen.

1. Rinder. A. Ochsen.	
a) vollfleischige, ausgemästete höchsten Schlachtwerts, die noch nicht gezogen haben (ungejocht)	50—54
b) vollfleischige, ausgemästete im Alter von 4 bis 7 Jahren	44—49
c) junge fleischige, nicht ausgemästete und ältere ausgemästete	38—43
d) mäßig genährte junge und gut genährte ältere	30—36
B. Bullen.	
a) vollfleischige, ausgewachsene höchsten Schlachtwerts	54—58
b) vollfleischige, jüngere	50—53
c) mäßig genährte junge und gut genährte ältere	—
C. Färsen und Kühe.	
a) vollfleischige, ausgemästete Färsen höchsten Schlachtwerts	50—56
b) vollfleischige, ausgemästete Kühe höchsten Schlachtwerts b. z. 7 Jahren	46—52
c) jüngere Kühe und Färsen	30—38
d) mäßig genährte Kühe und Färsen	20—28
e) gering genährte Kühe und Färsen	20—26
D. Gering genährtes Jungvieh (Fresser)	25—42

Gut genährte Fresser über Notiz

2. Kälber.	
a) Doppellender feinster Mast	90—120
b) feinste Mastkälber	80—75
c) mittlere Mast- und beste Saugkälber	45—60
d) geringe Mast- und gute Saugkälber	—
e) geringere Saugkälber	30—40
3. Schafe. A. Stallmastschafe.	
a) Mastlämmer und jüngere Masthammel	46—52
b) ältere Masthammel, gering. Mastlämmer u. gut genährte junge Schafe	40—45
c) mäßig genährte Hammel und Schafe (Merzschafe)	26—30
4. Schweine.	
a) Fettschweine über 150 kg (3 Zentner) Lebendgewicht	68—70
b) vollfleischige von 120 bis 150 kg (240 bis 300 Pfund) Lebendgewicht	67—69
c) vollfleischige von 100 bis 120 kg (200 bis 240 Pfund) Lebendgewicht	66—68
d) vollfleischige von 80 bis 100 kg (160 bis 200 Pfund) Lebendgewicht	63—65
e) vollfleischige unter 80 kg (160 Pfund) Lebendgewicht	58—62
f) unreine Sauen	58—64
g) geschnittene Eber	—

Marktverlauf: Bei mittlerem Verlauf geräumt.
Ueberstand: 20 Rinder — Kälber — Schafe — Schweine.

Die Preise sind Marktpreise für nüchtern gewogene Tiere und schließen sämtliche Spesen des Handels ab Stall für Frachten, Markt- und Verkaufskosten, Umsatzsteuer sowie den natürlichen Gewichtsverlust ein, müssen sich also wesentlich über die Stallpreise erheben. —

Notierungen in Kolonialwaren

Gemäß der Verkehrslage an der heutigen Börse in der Handelskammer zu Magdeburg wurden in Kolonialwaren und Landesprodukten folgende Preise für 50 Kilo bei Bezügen größerer Mengen im Verkehr zwischen Importeuren, Herstellern und Großhandel ermittelt:

Mühlenfabrikate	
Gerstengraupen, lose	20,00—20,50
Haferflocken	20,00—21,00
Hafergrütze	21,50
Weizengrieß	21,50—22,00
Hartgrieß	24,25—24,75
Kartoffelmehl	24,75—25,00
Schnittnudeln	27,00—34,00
Makkaroni	40,00—50,00
Maisstärkepudder	20,00—21,40
Hülsenfrüchte	
Bohnen	12,25—22,00
Erbsen, geschälte	20,50—45,50
Linsen, russische	22,00—42,00
Reis	
Rangoon-Reis	17,50—18,00
Tafelreis	18,50—30,00
Bruchreis	15,50—16,50
Früchte	
Pflaumen	30,00—52,00
Korinthen	45,00—50,00
Rosinen	45,00—60,00
Sultaninen, türkische	68,00—78,00
Mandeln, süße	165,00—205,00
Mandeln, bittere	180,00
Gewürze	
Pfeffer, schwarz	140,00—158,00
Pfeffer, weiß	210,00—220,00
Piment, Jamaika	115,00—122,00
Kaffee, roh	
Guatemala usw.	203,00—280,00
Prima Santos	177,00—188,00
Superior Santos	157,00—174,00
Gerste, gebrannt	16,50—17,00
Kakaopulver	80,00—100,00
Tee	280,00—575,00
Speiseöl	47,00—50,50
Mohnöl	— —
Rüböl roh (Backöl)	46,50—47,50
Margarine	— —
Schmalz, amerik. Pur.	69,00
Marmelade	34,00—40,00
Kunsthonig	33,00—35,50
Corned beef, amerikanisch. 12 lbs. je Kiste	49,00—52,00
Deutsches Büchsenfleisch, in Kisten zu 12 Dosen, à 6 Pfund netto	— —
Heringe pro Tonne	
Engl. Matjulls lange	58,00—61,50
Norwegische	28,00
Holländische pa sup.	58,50—60,50
Deutsche kleine sup	48,50—58,50
Sirup	
Zuckersirup	27,00—30,00
Speisesirup	22,50—30,00
Rübensaft	20,50—24,00

Magdeburger Zuckerbörse vom 15 Februar

Der Preis für Weißzucker (einschl. Sack und Verbrauchssteuer) beträgt für 50 Kilogramm brutto für netto ab Verladestelle Magdeburg und Umgebung bei Mengen von mindestens 200 Zentner bei Lieferung innerhalb 10 Tagen 34,25 und bei Lieferung per März 35,00 Mark für gemahlene Melis. Tendenz ruhig.

Als Terminpreise für Weißzucker frei Seeschiffseite Hamburg für 50 Kg. inkl. Sack wurden genannt: per Februar 18,30 B., 18,10 G.; März 18,80 B., 18,10 G.; April 18,30 B., 18,20 G.; Mai 18,35 B., 18,25 G.; Juni 18,35 B., 18,30 G.; Juli 18,50 B., 18,35 G.; August 18,50 B., 18,45 G.; September 18,80 B., 18,20 G.; Oktober/Dezember 16,70 B., 16,50 G. Tendenz ruhig.

Magdeburger Produkten-Börse vom 15. Februar

Weizen 13,30—13,40, Tendenz ruhig. Roggen 12,55—12,65, Tendenz stetig. Sommergerste 11,00—12,00, Tendenz still. Hafer 10,90—11,20, Tendenz stetig. Mais 9,25—9,50, Tendenz ruhig. Viktoriaerbsen 4,00—21,00, Tendenz ruhig. Alles für 50 Kilogramm netto ab Magdeburg oder benachbarter Stationen bei Ladungen von 300 Zentner. Weizenmehl, 70proz., 40,00—40,50, Tendenz ruhig. Roggenmehl, 70proz., 36,00—38,50, Tendenz stetig. Alles für 100 Kg. einschl. Sack. Weizenkleie 7,00—7,75, Tendenz fest. Roggenkleie 7,00—7,50, Tendenz stetig. Alles für 50 Kg. ab Verladestation.

Devisen-Notierungen in Reichsmark

		14 Februar Geld	14 Februar Brief	15 Februar Geld	15 Februar Brief
Amsterdam-Rotterdam	100 Gulden	168,10	169,08	168,61	169,03
Buenos-Aires	1 Papierpeso	1,755	1,761	1,761	1,765
Brüssel-Antwerpen	100 Belga	58,40	58,75	58,61	58,75
Danzig	100 Gulden	81,11	81,31	81,11	81,31
Oslo	100 Kronen	108,41	108,61	108,28	108,56
Kopenhagen	100 Kronen	112,33	112,61	112,53	112,81
Stockholm	100 Kronen	112,46	112,74	112,45	112,73
Helsingfors	100 finnl. Mark	10,602	10,642	10,602	10,642
Italien	100 Lire	18,19	18,23	18,145	18,185
London	1 Pfund	20,440	20,492	20,441	20,493
Neuyork	1 Dollar	4,214	4,224	4,214	4,224
Paris	100 Frank	16,58	16,62	16,565	16,605
Schweiz	100 Frank	81,04	81,24	81,03	81,23
Spanien	100 Peseten	71,18	71,31	71,03	71,21
Japan	1 Yen	2,056	2,060	2,056	2,060
Rio de Janeiro	1 Milreis	0,500	0,502	0,499	0,501
Wien	100 Schilling	59,35	59,49	59,32	59,46
Prag	100 Kronen	12,477	12,517	12,478	12,518
Jugoslawien	100 Dinar	7,396	7,416	7,398	7,418
Budapest	100 Pengo	73,67	73,85	73,69	73,87
Bulgarien	100 Leva	3,042	3,052	3,047	3,057
Lissabon	100 Escudos	21,445	21,595	21,565	21,615
Athen	100 Drachmen	5,54	5,56	5,49	5,51
Konstantinopel	1 Pfund	2,155	2,165	2,149	2,159

Kanada G. 4,207 B. 4,217, Uruguay G. 4,255 B. 4,265

Noch nie so billig!
Echt eich. Schlafzim., Schr. 1,80 br., m. oval. Spieg., kompl. 600 Mk.
Gestr. Schlafzimmer, Schr. 1,50 br., kompl. 300 Mk.
Küchen, lasiert u. gestr. von 125 Mk. an.
Speisezim., eich., kompl. m. Stühl. u. Tisch 450 Mk.
G. Genze, Halberstädter Str. 72

Dienstag eingetroffen 50 schwere u. leichte Futterschweine. Verkauf preiswert
Bringner, Lemsdorf.
Lieferung frei Haus.

Kaufe **Kanarien** alle Farben, höchste Preise, gelbe Wach. 1.40
Eitner, Lessingstr. 26

Chaiselonques
Sofas, Sessel, Auflege-Matratzen, ohne jeden Zwischenhandel, grundreell in eigner Werkstatt angefertigt, verkauft äußerst preiswert
Karl Bencke, Tapeziermeister **Apfelstr. 3.**

Am 18. Febr. 1927, von 10 Uhr vorm. an, findet in unserm Fundbureau hier, Ostseite d. Hauptbahnhofs, **öffentliche Versteigerung von Fundsachen statt.**
Reichsbahndirektion Magdeburg.

Grundstücks- und Wohnungsmarkt.

Leeres sonn. Zimmer v. junger Dame gesucht. Angebote m. Preis unt. **B 459 an die Volksst.**

Verdingung.

Die Herstellung der Reichsbahnunterführung Magdeburg-Stendal in Kanalkilometer 143,8 (etwa 9000 m³ Beton und Eisenbeton, 1100 m³ Klinkermauerwerk und 17000 m³ Bodenaushub, ausschließlich Baustofflieferung, Bauzeit 16 Monate) soll öffentlich vergeben werden. Die Verdingungsunterlagen (Leistungsverzeichnis und besondere Bedingungen werden doppelt beigegeben) können **vom 23. Februar an** im Geschäftszimmer des Kanalbauamtes Magdeburg, Domplatz 10, eingesehen oder gegen bestellgeldfreie Einsendung von 7 Reichsmark bezogen werden.

Versiegelte Angebote sind bis zum Eröffnungstermin **am 14. März, mittags 12 Uhr,** mit der Aufschrift „Angebot für die Herstellung der Reichsbahnunterführung Magdeburg—Stendal" dem Kanalbauamt Magdeburg, Domplatz 10, II einzureichen.

Zuschlagsfrist 11 April 1927.

Kanalbauamt Magdeburg Mittellandkanal

Bekanntmachung.

Durch nachträglich eingegangenen Erlaß des Herrn Reichsministers der Finanzen werden die nicht buchführenden Umsatzsteuerpflichtigen, deren Gesamtumsatz einschl. der etwa steuerfreien Umsätze im Kalenderjahr 1926 den Betrag von 1 000 Rm. nicht übersteigen hat, von der Verpflichtung zur Abgabe der Umsatzsteuererklärung entbunden. Auf Ziffer 4 der Bekanntmachung vom 8 Februar 1927 wird jedoch aufmerksam gemacht.

Magdeburg, den 12. Februar 1927.

Finanzamt.

Bekanntmachung.

Betrifft Führung von Fremdenbüchern.

Wir weisen nochmals auf Beachtung und Ausführung der Regierungspolizei-Verordnung vom 5 November 1926 hin.

Fremdenbuch und Meldeformulare können von der Vanjaschen Buchdruckerei in Magdeburg, Große Klosterstraße Nr. 18, bezogen werden. Das Fremdenbuch muß haltbar eingebunden und mit fortlaufenden Seitenzahlen versehen sein. Die Gesamtzahl der Seiten muß von der Polizeiverwaltung bescheinigt sein.

Nach dem 25. d. M. wird nochmals revidiert und müssen wir dann gegen die Säumigen Strafen festsetzen.

Burg, den 11. Februar 1927.

Die Polizeiverwaltung.

Bekanntmachung.

Das Betreten des Eises auf dem Flickschuwerk ist wegen Lebensgefahr polizeilich verboten.

Wir bitten die Erziehungsberechtigten, die Kinder auf das Verbot aufmerksam zu machen.

Burg, den 14. Februar 1927.

Die Polizeiverwaltung.

28. Februar
dem Todestage
des ersten Reichspräsidenten
zum Gedächtnis
empfehlen wir
gerahmte Bilder
Friedrich Eberts
Photogravüren, Radierungen und gute Drucke in reicher Auswahl
Zur bleibenden Erinnerung
des großen Sohnes seines Volkes
Im Preise von Mark
90.00 50.00 30.00 25.00
15.00 12.00 6.00 4.00
bis herab zu
2.50 Mark
Buchhandlung Volksstimme, Magdeburg.

Ufa
Das Theater der internat. Großfilme

Diese Woche zeigen wir:

Ein deutsches Monumentalwerk von wuchtiger Wirkung

Brennende Grenze

Die Berliner Uraufführung war ein Triumph!

Lesen Sie die Urteile der verschiedensten Blätter

B. Z. am Mittag	Ein spannender, anregender, ungemein stimmungsvoller Film.
Deutsche Zeitung	. . . Zum Schluß bricht orkanartiger Beifall los
Berliner Tageblatt	. . . man atmet auf, endlich ein guter Film!
Germania	Kein Herzfilm, nirgends Kitsch, atemberaubende Momente.
Vorwärts	Ein Film, den man bedingungslos zustimmen kann!
Lichtbild-Bühne	. . . zum Schluß brausender, kaum endender Beifall!

Hauptrollen:

Jenny Hasselquist
Adalbert von Schlettow
Olga Tschechowa, Alb. Steinrück
Fritz Alberti, Wilh. Diegelmann
Camilla Spira

Sonntag vormittag 11 Uhr

Auf vielfachen Wunsch

Die Biene Maja

von

Waldemar Bonsels.

Vier Jahre

unermüdlicher Arbeit waren nötig, um dieses Meisterwerk der Filmkunst entstehen zu lassen.

Zentral-Theater
DIREKTION: WALTER STEINERT

Täglich 8 Uhr

Madame Pompadour

Operette von Leo Fall.

Gastspiel

Hilde Wörner

und Kammersänger

Eduard Lichtenstein.

Sonntag zwei Vorstellungen

Nachmittags 4 Uhr (kleine Preise) und **abends 8 Uhr**

Madame Pompadour.

In beiden Vorstellungen Gastspiel **Hilde Wörner** und Kammersänger **Eduard Lichtenstein.**

103

Stadt-Theater

Donnerstag den 17. Februar
Anfang 7½ Uhr 3 Abend Ende nach 10¼ Uhr

Die Macht des Schicksals

Freitag den 18. Februar
Anfang 7½ Uhr 5. Abend Ende geg. 10¼ Uhr

Kilian oder Die gelbe Rose

Wilhelm-Theater

Offene Vorstellungen

Gastspiele des Kurt-Götz-Ensembles

unter Mitwirkung von

Hermann Valentin

anläßlich des großen Erfolges in and. Städten

Freitag den 18. und Sonnabend den 19. Februar

Hokuspokus

Donnerstag den 17. Februar
Vorstell. f. d. Volksbühne (7) **Die Macht der Finsternis.**

Kammer-Lichtspiele
Burg Schartauer Straße 4 Burg

Mittwoch, Donnerstag und Freitag:

Organisationen, Arbeiter, Beamte, Angestellte aller Stände u. Berufe, jeder sollte sich die wahre Begebenheit

Der schwarze Sonntag

der 9. Januar 1905, ein heiß. Kampf um den 8-Std.-Tag

ansehen.

Dazu: Das große Beiprogramm

Anfang tägl. 6 Uhr und 1/9 Uhr.

Besuchen Sie bitte schon die erste Vorstellung!

Guter gepr. Kino-Vorführer sofort gesucht

Gegen Urinaus Blut
Stuhlverstopfung Hautausschläge
Haemorrhoiden Gebrauchen Sie
zum nur **Segrega-Pillen**
HOF-APOTHEKE
Breiteweg 158 am Ulrichsbogen

Lest Bücher: Wissen gibt Macht

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltung Magdeburg.

Am Freitag den 18. Februar, abends 6½ Uhr, findet im

Konzerthaus,

Leipziger Straße, eine 5.

Vertrauensmänner-Sitzung

statt. Tagesordnung: **1. Bericht von den Verhandlungen über Manteltarif und Arbeitszeit. 2. Verbandsangelegenheiten.**

Die Verwaltung.

Kammer-Lichtspiele

Wir sind heute in der angenehmen Lage, unserm verehrlichen Publikum mitteilen zu können, daß wir die Aufführungsrechte des

75. Harry-Piel-

Films erworben haben.

Harry Piel

ist seit Jahren der populärste Filmschauspieler Deutschlands, dessen Filme unstreitig zu den besten ihrer Art zählen. Daß Harry Piel seinen 75. Film mit besonderer Sorgfalt hergestellt und besondere Ueberraschung vorbereit hat, versteht sich von selbst

Der Jubiläum-Film

Was ist los im Zirkus Bailey?

ist der beste aller Sensationsfilme.

Die Aufführungen beginnen am Freitag.

Heute letzter Tag:

Vater werden ist nicht schwer. Auf Tierfang in Abessinien.

VERBOTENE KÜSSE

REVUE

12 BILDER von **EUGEN REX**

GASTSPIEL DES BERLIN. RESIDENZ-THEATERS

20. 21. 22. FEBRUAR **8** UHR ABENDS

MITWIRKUNG
H. OESTERHELD
GRETE THERAU
6 TANZGIRLS 6

IM HOHENZOLLERNPARK

Gut. Gelegenheit für Kuß-Hunger

[illegible]

Grippe!
[illegible]
Willy Walter
[illegible]

Schneiderinnen
[illegible]

Akkumulatoren!
Ladestation
[illegible]

[illegible]

Reparaturen
auch an [illegible] machen.
[illegible]
Silbermann
Breiter Weg 1

Das Geschlecht

seine Erscheinungen, seine Bestimmung, sein Wesen bei Tier und Mensch

Von Prof. Dr. Jul. Schaxel

Aus dem Inhalt:

Geschlech. und Fortpflanzung — Der wesentliche Geschlechtsvorgang — Die Geschlechtszellen, ihre Herkunft und Reifung — Die Befruchtung — Die mittelbare Geschlechtstätigkeit Die Bestimmung des Geschlechts — Geschlecht und Gesellschaft.

Orientiere Dich

und lies die wissenschaftlichen Ausführungen dieses bekannten Forschers, die jetzt als Buch-Beigabe zu den „Urania"-Monatsheften erschienen konnten. Die Inhaltsangabe wird Dir sagen, daß auch Du dieses äußerst interessante, belehrende wie unterhaltende Werk besitzen mußt. Es enthält viele gute Illustrationen. Broschiert nur RM. 1.50, in Ganzleinen gebunden RM. 2.—.

Zu beziehen durch:

Buchhandlung Volksstimme, Gr. Münzstraße 3.